



Wohlspruch:
Was wir begehrn von der Zukunft Fernen:
Dass Brod und Arbeit uns gerüstet stehen,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Freizeit nicht mehr betteln gehen.
O. Herwegh.

Der Eisenbahner

Zentralorgan des Österreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Rentagasse Nr. 5.

Redaktionschluß: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Auf jeden Tag mit Ausnahme der Sonne und Feiertage von 10 Uhr
vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterseite oder deren Raum 14 Heller.

Bei Jahresabzug Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88

Ganzjährlich 5.76

Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.— Für das
übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 1

Wien, den 1. Jänner 1913.

21. Jahrg.

Eine Verhöhnung der Eisenbahner.

Der 17-Millionen-Antrag Tomischk von den bürgerlichen Parteien
abermals abgelehnt!

Topaz Rinde

Der Deutsche Nationalverband, dieser Schandfleck des deutschen Volkes, und die ihm gesinnungsverwandten Christlichsozialen haben just drei Tage vor dem Abend, wo sie in allen Kirchen ihr Christentum verkünden ließen, abermals aller Welt kundgetan, daß sie den alten Traditionen der Bedienstetenfeindlichkeit und des verlogenen Demagogentums treu bleiben: sie haben bei der Abstimmung über das Budgetprovisorium im Ausschuß, den vom Abgeordneten Tomischk gestellten Antrag auf Einstellung der noch fehlenden 17 Millionen Kronen für die restlichen Forderungen der Eisenbahner ebenso glatt, wie sie es am 2. Juli 1912 taten, abgelehnt.

So naheliegend und vielversprechend es wäre, im Zusammenhang mit dieser Tatsache sich in Be trachtungen darüber zu ergehen, daß das Christentum dieser ganzen ehrenwerten Gesellschaft fast in demselben Augenblick durch die Verleugnung jeglichen Gerechtigkeitssinnes versagte, wo sie die Wohlthat vom Frieden und Wohlgefallen, von Nächstenliebe und völkischen Gemeinsinn von einer feilen Presse in alle Winde tragen ließen, so fern liegt es uns, von diesem Standpunkt aus mit der Sippe zu rechten, deren Geist die niederrächtigste Feindschaft gegen jeden arbeitenden Stand überhaupt atmet, und deren ganzer Werdegang zugleich die Geschichte eines zum Himmel stinkenden Verfalles ist. Aber was mit aller Schärfe hervorgehoben werden muß, daß ist die grenzenlose heuchlerische Demagogie, die seit dem 38 Millionen-Beschluß des Parlaments vom Dezember 1911 mit nie dagewesener Frivolität fortgesetzt betrieben wird und die mit der neuerlichen Ablehnung des Antrages Tomischk einen Grad erreicht hat, der wohl kaum je noch übertroffen werden kann. Den sozialdemokratischen Antrag, der klipp und klar, sowie es eben in der letzten Sommertagung geschah, verlangte, daß in das Budget die Mittel einzustellen sind, die zur Durchführung der noch ausständigen Forderungen der Eisenbahner nötig sind. Lehnten sie und w e g a b. Die "Gründe" dafür wird man, wenn man Lust hat, das Gewäsch der nationalen und christlichsozialen Schandpresse zu lesen, in den nächsten Tagen wohl hören können, denn verlegen werden die abgefeimten Hochstapler auch diesmal nicht sein, wenn es gilt, ihrem Anhang die Lügen zur Bemantelung des Eisenbahnerverrates mundgerecht zu machen. Und wir wetten sogar tausend gegen eines, daß man es als eine den "tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Realpolitik" preisen wird, daß die fingerfertigen Schwindler auch diesmal um einen neuen Beschluß nicht verlegen waren, den sie an Stelle des niedergestimmten sozialdemokratischen Antrages den Eisenbahner präsentieren. Die Eisenbahner, denen ja ein Teil der Nationalverbändler und der Patentchristen ihre Mandate verbannt, sollen nicht sagen können, daß man nichts für sie tut. Und so fand sich sofort der Herr Hummer mit folgenden neuen Antrag, der natürlich auch angenommen wurde:

"Die Regierung wird ermächtigt, im Sinne des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 16. September 1911 zur Befreiung des für die materielle Besserstellung der Eisenbahnbediensteten und Eisenbahnarbeiter notwendigen Aufwandes die erforderlichen Beträge nach Maßgabe der im Rahmen des Eisenbahnetz zu schaffenden Bedeutung zu verausgaben."

Eine so niederrächtig-zynische Verhöhnung ist wohl kaum je dagewesen, wie sie dieser auf den aller-

größten Bluff berechnete Schwindelanspruch enthält. Man denke sich auch nur: am 11. Dezember 1911 wird vom Abgeordnetenhaus einstimmig ein Resolutionsantrag beschlossen, der die Regierung aufordert, 38 Millionen auf Verbesserungsmaßnahmen für die Eisenbahner zu verausgaben. Die Regierung aber kommt dieser Auflorderung nur teilweise nach und läßt einen Teil der Forderungen der Bediensteten und Arbeiter unerfüllt. Damit nun die Regierung im Wege eines gehegeberischen Altes gezwungen werde, den Beschluß des Hauses vom 11. Durchzuführen, stellt der Abgeordnete Tomischk namens des sozialdemokratischen Klubs im Sommer 1912 im Budgetausschuß den Antrag, der erforderliche Geldbetrag sei hierfür in das Budgetprovisorium einzustellen. Die nationalverbändlerisch-christlichsoziale Mehrheit lehnt diesen Antrag ab, und beschließt dafür neuerlich eine Resolution, in der „die Regierung aufgefordert wird, den Beschluß des Hauses vom 11. Dezember 1911 voll durchzuführen“. Das geschieht, obwohl Christlichsoziale und Nationalverbändler bereits im März 1912 in einer Interpellation den Eisenbahnaminister gefragt hatten, ob und wann er die noch fehlenden 17 Millionen zu vertreiben gedenkt. Die Regierung versteht natürlich das Komödienpiel ihrer Majorität ganz gut und legt die „Auflorderung“ vom 2. Juli 1912 zu der „Auflorderung“ vom 11. Dezember 1911. Der Abgeordnete Tomischk bringt nun seinen am 2. Juli 1912 niedergestimmten Antrag im Budgetausschuß neuerlich ein, wonach die Einstellung der finanziellen Mittel für die noch restlichen Eisenbahnerforderungen in das Budgetprovisorium verlangt wird. Er wird abermals abgelehnt, und zwar, obwohl die Nationalverbändler am 23. Oktober und die Christlichsozialen am 22. Oktober je einen Antrag im Plenum des Hauses stellten, in denen gleichlautend verlangt wird, „daß Abgeordnetenhaus wolle beschließen, in das Finanzgesetz und in den Staatsvoranschlag für das Jahr 1913 seien jene noch restlichen Beträge für die Eisenbahner und die übrigen Staatsangehörigen einzustellen“. Die Herren desavouieren also durch die Ablehnung des Antrages Tomischk zugleich ihre eigenen Anträge, womit zunächst klar bewiesen wurde, wie recht wir hatten, als wir am 1. November 1912 in unserem Blatte über diesen demagogischen Schwindel schrieben:

Die beiden Anträge sind in ihrer Form einfach Anträge, wie sie zu Duhenden in das Haus geworfen werden, ohne daß sie jemals wieder zum Vorschein kommen. Wäre es den Herren wirklich darum zu tun, daß die Eisenbahner wenigstens jetzt, für das Jahr 1913, die restlichen 17 Millionen erhalten, dann hätten sie den sicher W w w a h l e n müssen, ihre Anträge im Ausschuß zu den einzelnen Paragraphen einzubringen, um sie so im kurzen Wege der Verhandlung und Abstimmung zu führen. Das ist nicht geschehen und sie ziehen es vor, einfach zu den alten Resolutionen auch noch einige neue hinzuzufügen.

Eine solche abermalige neue Resolution, die den alten hinzugefügt wird, ist eben der beschlossene Resolutionsantrag Hummer, in der die Regierung „ermächtigt“ wird, die Mittel für die Eisenbahnerforderungen — „nach Maßgabe der im Rahmen des Eisenbahnetz zu schaffenden Bedeutung zu verausgeben“. Nicht darüber wollen wir mit den Herren rechten, daß sie sich abermals auf das Kommando der Regierung hinter die Frage der Bedeutung verstecken, in einem Augenblick, wo sie bedenkenlos der Re-

gierung ein Kriegsleistungsgesetz bewilligten, das, wenn es je angewendet wird, ungezählte Millionen kostet, denn über den kostspieligen Stiefelwirtschaftspatriotismus der ehrenwerten Gesellschaft sich zu entrichten, hat man nach dem, was vorgefallen ist, längst verlernt. Aber daß sie zu dem immer wiederholten Verrat, den sie an den Eisenbahnhern, an den gesamten Staatsangehörigen verüben, auch noch den zynisch-frechen Hohn sügen, die Regierung zu etwas zu „ermächtigen“, wozu sie nach dem Beschluss des Parlaments vom 11. Dezember 1911 längst verpflichtet ist, das ist soziemlich das höchste, was je an widerlich-demagogischer Heuchelei geleistet wurde. Weil die Regierung eine zweimalige „Auflorderung“, etwas zu tun, unbeachtet ließ, wird sie jetzt durch einen regelrechten parlamentarischen Beschluß „ermächtigt“, die „Auflorderung“ zu vollziehen! Ist eine solche Narrentollheit jemals schon dagewesen? Und um diesen hundsdörnigen Schwindel unter Dach zu bringen, dazu wurde durch nahezu zwölf Monate mit einer großzügigen Regie gearbeitet, dazu wurden, wie der Aus- und Wiedereintritt der Hospitanten im Nationalverband und im christlichsozialen Verband beweist, alle Register gezogen, um kunstvoll den Schwindel zu verdecken!

Wäre das deutsche Bürgertum nicht politisch und geistig banalisiert, es müßte sich wahrlich zu guter Letzt selbst gegen ein so unerstes Gaufelspiel seiner parlamentarischen Vertreter auflehnen. Denn wie sehr auch eine solche Haltung, wie sie von diesen in der Eisenbahnerfrage an den Tag gelegt wurde, seinen reaktionären Scharfmachergruppen entsprechen mag, so steht damit dennoch auch die Würde und der sittliche Ernst des Parlaments im engsten Zusammenhang. Und da sollte sich das Gefühl und das Bewußtsein gegen jeden solchen blamablen Widerstand aufbauen, daß schließlich jedes Ansehen der bürgerlichen Demokratie zerlos vor den Augen der Regierung verschwinden muß, wenn sie zusicht, wie das unwürdige Possenspiel einiger gewissenloser Komödianten den Grundgedanken jeder Verfassung mit jedem Tage aufs neue disreditiert. Aber daß es geschehen kann, ohne jene flammende Empörung aller auszulösen, die das Geschmeiß aus dem politischen Leben hinwegfegt, das ist wohl der stärkste Beweis dafür, daß der bürgerliche Freisinn schon längst am Schindanger der Geschichte verreckt ist.

Die Abstimmung im Budgetausschuß.

Der Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom Samstag den 21. Dezember über den von uns in der letzten Nummer vollinhaltlich veröffentlichten Antrag Tomischk abgestimmt. Die Abstimmung erfolgte auf Verlangen der Sozialdemokraten namentlich. Der Antrag Tomischk wurde mit 24 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer den Sozialdemokraten, die Tschechischradikale, Ruthenen und Slowenen, dagegen die deutschen Nationalverbändler, die Christlichsozialen, Polen und Rumänen. Die Namen jener Abgeordneten, die den Antrag niedergestimmt sind: Angermann, Demel, Erler, Franta, Friedmann, Viktor Fuchs, Herzmannsky, Huber, Medzior, Nolisch, Kuranda, Marchl, Mastalka, Josef Mayer, Miklas, Onciu, Mosner, Schraffl, Schreiner, Steinwender, Stözl, Tenzel, Wollek, Baransky. Abgeordneter Hummer entfernte sich vor der Abstimmung.

Dagegen wurde ein vom Abgeordneten Hummer namens des Nationalverbandes gestellter Schwindelantrag angenommen, der folgendermaßen lautet:

Die Regierung wird ermächtigt, im Sinne des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 18. Dezember 1911 zur Befreiung des für die materielle Besserstellung der Eisenbahnbediensteten und Eisenbahnarbeiter notwendigen Aufwandes die erforderlichen Beträge etappenweise nach Maßgabe der im Rahmen des Eisenbahnetz zu schaffenden Bedeutung zu verausgeben.

Die Frage ist nämlich nicht, wozu die Regierung ermächtigt ist, sondern wozu man sie verpflichten soll. Ermächtigt ist die Regierung doch schon durch den Beschluss vom 11. Dezember 1911; aber sie will ja eben von der "Ermächtigung" nicht Gebrauch machen. Also der ordinarie Schindel! Abgeordneter Genosse Tomischik hat darauf seinen Antrag als Minoritätsvotum angemeldet.

Nede des Abgeordneten Tomischik.

Wir tragen hiermit den Schluss der Nede, die Abgeordneter Genosse Tomischik zur Begründung seines unterdessen von den Mehrheitsparteien abgelehnten Antrages hält, nach:

Abgeordneter Tomischik: Ferner sind auch noch andere Verschlechterungen eingetreten.

So hat die Direktion Villach den

Oberbauarbeiter

die Zulage im Falle der Ausübung als Kohlenarbeiter von 40 auf 20 H. herabgesetzt.

Den Verschubarbeitern der L. I. St. G. wurde ab 1. Jänner 1912 der Lohn um 20 H. aufgebessert, am 1. Juni laufenden Jahres ihnen aber die Zulagen von 20 H., die sie außerhalb des Lohnes bisher bezogen hatten, entzogen. Den

Wächtersubstituten

der L. I. St. G. und der S. N. D. B. wurde der Verdienst reduziert, indem ihre bisherige Stundenverrechnung ganz einfach aufgehoben wurde und sie nun für jede Substitutionschicht nur mehr den einfachen Lohn erhalten. Bei diesen Arbeitern kommt noch in Betracht, daß sie bei der heutigen Lohnregulierung nichts erhalten haben.

Mit der ganzen Lohnregulierung im Jahre 1912 hat es überhaupt keine eigene Bewandtnis. Nach der Erklärung des Eisenbahnministers mir gegenüber sollte für die Lohnregulierung eine Summe von 66 Millionen Kronen zur Verwendung kommen. Für 100.000 Arbeiter würde das eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 20 H. per Tag für jeden Arbeiter ergeben. Nun haben aber die Arbeiter der verstaatlichten Bahnen — mit einigen Ausnahmen — davon nichts erhalten, und zwar unter Hinweis darauf, daß erst im Vorjahr eine Lohnregulierung vorgenommen worden sei. Diese Regelung war aber nur eine Nachholung der bei den alten L. I. Staatsbahnen im Jahre 1909 durchgeföhrten Lohnregulierung, die man den Arbeitern der verstaatlichten Bahnen bis zum vorigen Jahre zuläufig geblieben ist. Zugleich waren die Magazinarbeiter der L. I. Nordbahn, welche, da sie im Alltag arbeiten und eine Aufzugsbesserung nicht erhalten, von der Lohnregulierung nichts hatten, auf eine Regelung ihrer miserablen Verdienstverhältnisse heute noch, denn ihre Alltagsverhältnisse bestehen seit den Achtzigerjahren.

Nachdem die Zahl der Arbeiter der verstaatlichten Bahnen gut ein Drittel der gesamten Arbeiter beträgt, waren keine 100.000 an der Regelung beteiligt und kann demnach der Betrag von 66 Millionen Kronen für das Jahr 1912 zur Lohnregulierung nicht ausgewendet werden sein. Das ist auch noch aus dem Umstand zu schließen, daß eine große Zahl von Arbeitern, die am 1. Jänner 1912 die ordentliche Lohnvorrückung bekommen hätten, diese unter Hinweis auf die bevorstehende Regelung nicht bekommen, bei der Regelung aber nicht mehr als ihre ordentliche Lohnvorrückung bekommen haben.

Die am 1. Juli 1912 fälligen ordentlichen Lohnvorrückungen sind den Arbeitern unter Hinweis auf die neuen Lohnvorrückungszeiten ebenfalls in vielen Fällen nicht mehr ausgeföhrt, respektive ausgezahlt worden, so daß auch hieraus ein ganz unzulässiger Vertrag resultiert, den man

den Arbeitern nicht zukommen hat lassen,

so daß man außer an dem für die Regelung bestimmten Betrag auch noch von den laufenden Lohnausgaben bei den Arbeitern gehörig abgewartzt hat. Hierüber ist eine genaue Aufklärung seitens der L. I. Staatsbahnverwaltung dringend nötig und stelle ich daher folgenden Antrag:

Feuilleton

Fräulein Chrissi und

"Ich bitte, mein Herr . . . Hier das Feinsie, das Beste, das Neueste. Egale Arbeit, beispiellose Haltbarkeit, unübertreffliche Sicherheit. Sieben Schüsse; eine Durchschlagskraft, die unglaublich ist. Direkt märchenhaft . . ." sagte der Kommiss.

"Nein, nein . . ." wehrte Philippe den Ungeflümm ab. "Das ist ja zu teuer. Mir liegt gar nichts an der Modernität des Systems . . ."

"Ein Schab . . . ein wahrer Schab ist diese Waffe. Vortrefflich geeignet als Weihnachtsgeschenk . . ."

"Haben Sie nicht einen Revolver System Lefaucheur . . . zu fünf Franc, wenn ich nicht irre . . ."

Der Kommiss schwieg wie erstarrt; er sah den jungen Mann an, legte die matt-schwarze glänzende Browning Pistole in ihr mit grünem Samt gefüttertes Etui und sagte langsam: "Lefaucheur . . . Aber das kann man doch gar niemand schenken . . . So ein veraltetes System . . ."

"Mir genügt es vollkommen . . . Ich kaufe die Waffe zum eigenen Gebrauch."

"Ich bitte, mein Herr," sagte der Kommiss, und seine Stimme klang geringschätzig, "wir haben zufällig noch ein Stück. Am Lauf sind ein paar kleine Rostfleden . . . deshalb kostet es nur vier Franc fünfzig . . ."

"Das macht nichts," sagte Philippe. "Nein — Sie brauchen das Ding nicht einzupacken. Und jetzt noch ein paar Patronen . . ."

"Zehn Stück sind mit dem Preis inbegriffen . . . Oder wünscht der Herr noch mehr? . . ."

"Keineswegs . . ." lächelte Philippe, nahm das kleine Päckchen in Empfang, lüftete den Hut und trat auf die Straße.

Es schneite. Oben, zwischen hohen Häusern lag schmuckgrau der Himmel ausgespannt. In den Fenstern war Licht, auf hohen Masten schaukelten Glühlampen, spiegelten sich im nassen Asphalt. Vor den Schaufenstern standen die Leute ungeschickt des Schnees und starrten die strahlenden Weihnachtswunder an, die alle in diesen kurzen Stunden gelaufen werden wollten. Ein Gewirr von geöffneten Megaphonen, ein Schimpfen, Schreien, Vorrätsstoßen. Philippe bahnte sich mühsam seinen Weg. Er sah nicht rechts, nicht links, hielt den Blick auf den feuchtglänzenden Boden gerichtet, lief in durch-

das Eisenbahnministerium und aufgesfordert, über die getroffenen Maßnahmen zur Aufbesserung der Löhne der Arbeiter, und zwar über die Lohnausbesserungen, Lohnvorrückungen (Lohnordnungen) und Arbeitsordnungen detailiert nach Direktionsbezirken die aufgewendeten Kosten beim Budgetausschuß so bald als möglich in einem Bericht belanzt zu geben.

Ein weiterer Schaden für eine große Zahl Arbeiter liegt in dem geplanten System der

Lohnzuschläge

für die qualifizierten Arbeiter. Den Vorarbeitern, Parteidurchführern, Maschinenschaffern u. s. w. wird für die Dauer der Verwendung eine Zulage von 10 bis 50 H. auf den gewöhnlichen Arbeitslohn gegeben, anstatt wie bisher und wie das überall geschieht, einen bestimmten höheren Lohn festzusetzen. Den bisherigen Vorarbeitern etc. wird ihr Lohn, den sie bisher hatten, in Lohn und Zulage geteilt und so in die Lohnliste eingestellt. Was dabei herauskommt, zeigt folgender Fall aus der Praxis:

In Bodenbach (L. I. St. G.) sind zwei Arbeiter bei der Bahnhofshaltung eingetreten, erhielten einen Lohn von 3 Kr., rückten bis jetzt auf Kr. 8'30 vor und sind unterdessen Vorarbeiter geworden. Nachdem der Zuschlag 40 H. beträgt, so würden sie, wenn sie heute von den Vorarbeiterposten abgezogen, nur Kr. 2'90 Lohn erhalten, also als gute Arbeiter nach mehrjähriger Dienstzeit um 10 H. weniger als Lohn erhalten als bei ihrem Eintritt.

Nachdem es sich hier um dauernde Posten handelt, ist nicht einzusehen, zu was gerade da ein solches System angewendet werden soll. Bei diesen Posten kommen die Leute häufiger als sonst wo anders nicht nur mit den Untergebenen, sondern auch mit ihrem Vorgesetzten aus dienstlichen Interessen in Streit. Soll der Betrieb nicht Schaden leiden, so muß der betreffende Mann auf seinem Posten einigermaßen gesichert sein, was bei diesem Zuschlagsystem nicht der Fall ist. Er kann, wenn er sein Recht allzu sehr gegenüber seinen Vorgesetzten verteidigt, nicht nur den Posten sondern auch an Verdienst verlieren und wird darum schweigen. Die Staatsbahnverwaltung gibt hier selbst

die Handhabe zu Schikanen

dieser Leute und ließt dieselben direkt ihren unmittelbaren Vorgesetzten aus. Das um so mehr, als oft Leute als Vorgesetzte in den Dienst eingestellt werden, die zwar die Prüfungen theoretisch bestehen, aber sich in die Dienstespraxis erst nach Jahren hineinfinden, wie es zum Beispiel bei der Anstellung von Militärerzüglichkeiten der Fall ist, so daß nur die mit den Vorgesetztenposten verliehene Autorität den Vorgesetzten ausmacht.

Unverständlich ist auch, warum man für die

Professionisten,

wo jeder ein gewisses Maß können mitbringen muß,

keine Grundlöhne festsetzen will.

Man könnte ja trotz der festgesetzten Löhne einem besonders tüchtigen Arbeiter mehr Lohn geben. Es ist gar nicht einzusehen, warum man für 80 Prozent der Professionisten keinen Grundlohn festsetzen kann, wenn man bei 20 Prozent eine Ausnahme machen will, die man trotzdem machen kann. Das System der Grundlöhne anzuwenden, ist überall praktisch, besonders aber in großen Betrieben, und besonders bei den Eisenbahnen, wo man von vornherein gerechte Vorkehrungen treffen soll, daß keine Unzulänglichkeiten eintreten können.

Die Einführung der Arbeitsordnungen, abgesehen von kleinen Verbesserungen, haben weitere Verschlechterungen im Gefolge.

Für die Turnusarbeiter ist keine Normalarbeitszeit festgesetzt, so daß die Arbeitsordnung bei ihnen zwar in Bezug auf die Pflichten, nicht aber in Bezug auf die Rechte Anwendung findet und jeder Vorgesetzte diesen Arbeitern beliebig viel Arbeitszeit diktieren kann, ohne daß sie für die Mehrleistung etwas bezahlt bekommen. Sie erhalten freilich in den meisten Fällen jeden Tag bezahlt, trotzdem steht aber die Bezahlung mit der Leistung nicht im Einklang.

Für die Arbeiter der Bahnhofshaltung sind in dem Passus über die Arbeitszeit im Winter dreierlei Arbeitszeiten angegeben: 1. "Vom Tagessprung bis zum Eintreten der Dunkelheit", 2. "mindestens 8½ Stunden" und 3. "ohne Über-

zeitgebühr auch 10 Stunden". Den letzteren Passus haben bereits einige Vorstände benutzt (Fehring, Admont, Herzogenburg etc.) und haben die Winterarbeitszeit auf zehn Stunden verlängert, ohne Überstunden zu bezahlen.

Wie schon erwähnt, sind auch in der Bezahlung der Substituten Verschlechterungen eingetreten.

Bei den Magazins- und Stationsarbeitern ist nur ein freier Tag im Monat vorgesehen und nicht ausgedrückt, ob derselbe bezahlt wird, so daß überall dort, wo bisher mehr freie und bezahlte Tage gewährt wurden, sich der bisherige Zustand verschlechtert.

Für die

Bahnhofshaltungsarbeiter

wird die Bezahlung der Überstunden und Sonntagarbeit allgemein mit Kr. 1'25, der Nachtarbeiten mit Kr. 1'50 festgesetzt, während im Direktionsbezirk Wien die Überstunden und Sonntage mit Kr. 1'50 die Arbeiten bei Nacht mit 2 Kr. festgesetzt waren, so auch bei der L. I. St. G., L. I. St. G. B. und L. I. Nordbahn.

In Prag (L. I. St. G. B.) wurde den Oberbauarbeitern

seit 1907 die Sonne und Feiertagsarbeit mit 1'5 und die Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh mit 2 Stunden ge- rechnet. Nun wurde aber den Oberbauarbeitern im Sinne der neuen Arbeitsordnung für jede an Sonn- und Feiertagen geleistete Arbeitsstunde bloß 1'25 gerechnet. So haben zum Beispiel die Arbeiter bis jetzt für eine Sonnagsarbeit von 7 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags 10 Stunden bezahlt bekommen.

Für diese Leistung erhalten sie nun bloß 8½ Stunden. Für eine Sonn- und Feiertagsarbeit von 7 bis 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr erhalten die Arbeiter früher 15 Stunden, jetzt bekommen sie bloß 12½ Stunden. Noch ärger ist die Sache bei der Nachtarbeit, wo die Arbeiter von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh 12 Stunden angerechnet bekommen haben, wogegen sie jetzt für dieselbe Arbeitszeit bloß 7½ Stunden bezahlt bekommen.

Ich will ohneweiters zugestehen, daß die Arbeitsordnungen in mancher Hinsicht und bei einigen Direktionen, wo bisher nichts Besseres bestand, den Arbeitern eine Regelung zum Besseren bringen, dafür wurden, aber in vielen Fällen, wo bereits bessere Verhältnisse bestehen, oder besser gezeigt bestanden, diese durch die neuen Arbeitsordnungen verschlechtert.

Es ist daher dringend geboten, daß neben den neuen Lohnordnungen und Arbeitsordnungen von der L. I. St. G. Bahnverwaltung angeordnet wird, die bisher bestandenen besseren Verhältnisse haben auch fernerhin aufrecht zu bleiben und sind die bestreitenden Bestimmungen in den Arbeitsordnungen und Lohnordnungen in jeder Direktion entsprechend abzuändern.

Ferner wäre es höchst angezeigt,

die Stabilisierungsnormen

endlich einmal und im Einverständnis mit den Vertretern der Arbeiter entsprechend abzuändern, die zu Schaden gekommenen Arbeitern entsprechend einzutreihen, um das geschehene Unrecht gutzumachen und den gegenwärtig unsicheren Zustand zu beenden.

Eine Verbesserung bedeutet die Einführung des Erholungsurlaubes für die Arbeiter, nur ist er etwas summierlich ausgeschlossen, und wäre er mindestens auf jenes Maß, das die Arbeiter der Südbahn bereits haben, auszurechnen, und zwar von 8 bis 10 Jahre mit 3 Tagen, von 10 bis 20 Jahre mit 6 Tagen, von 20 bis 30 Jahren mit 9 Tagen, darüber mit 12 Tagen zu bemessen.

Dies wäre um so leichter, als die Urlaube der Arbeiter im allgemeinen nicht so viel kosten und die Ausdehnung nur den älteren Arbeitern, die nicht sehr zahlreich sind und sich diese Urlaube verdient haben, zugute käme.

Ferner soll den Vorständen beigebracht werden, daß sie nicht mit Anwendung aller möglichen Mitteln den Arbeitern die Urlaube vorbehalten. Wenn ein Arbeiter seinen Urlaub haben will, heißt es: "Sie sind nicht solange ständiger Arbeiter; nur Substituten erhalten Urlaub; nur Professionisten erhalten Urlaub; Sie sind nicht verheiratet; nur wenn keine Arbeit ist, erhalten Sie Urlaub; im Winter u. s. w."

Was die Behandlung der Arbeiter anbetrifft, so muß ich hier einen Fall erwähnen, der sehr bezeichnend ist für

die Rechtszustände auf den L. I. Staatsbahnen.

Für den 21. April 1912 war die Generalversammlung des Lebensmittelmagazins der Eisenbahndienststellen in

ein Mädchen. Ein fremdes Mädchen, das er nicht kannte. Auf dem Tisch brannte eine Kerze, und deren Schein beleuchtete ein blaßtes Gesicht und zwei große, schwarze Augen, die ruhig, furchtlos auf den Eintretenden gerichtet waren.

"Guten Abend," sagte das Mädchen.

"Guten Abend . . ." erwiderte Philippe.

"Sie sind mir doch nicht böse . . .?" fragte das Mädchen, ohne vom Sofa aufzustehen.

"Durchaus nicht . . ." sagte Philippe.

"Ich wußte mir nämlich keinen anderen Platz. Und da kam ich hier herein, weil es die erste Tür war, die ich offen fand . . . Er war wieder betrunkener . . . Denken Sie . . . heute am Weihnachtstag . . ."

"Wer . . .?"

"Jules . . . der Maler von Nummer 8 . . . mein Freund . . ."

"Ihr Freund . . .?"

"Er wollte mich schlagen . . ."

"Nein . . ." Philippe trat auf sie zu und sah sie unwillkürlich die magere Hand.

"Ja doch . . . Glauben Sie nicht, daß mir das was Neues wäre . . . Aber am Weihnachtstag . . . Nein, sagte ich mir, das läßt du dir nicht gefallen."

"Das war sehr vernünftig von Ihnen . . ."

"Und da bin ich . . ."

"Nawohl . . ."

"Ein bißchen überrascht waren Sie doch, als Sie mich hier sitzen sahen? Ich komme doch nicht ungelegen . . .?"

"Nei . . . leineswegs . . ." Plötzlich schoß ihm etwas durch den Kopf. Instinctiv griff er in die Tasche. Dort ruhte er und sah sie jetzt schon ganz warm an: Lefaucheur . . .

"Die Kerze habe ich angezündet. Sie sind doch nicht böse darüber . . .? Aber es war so dunkel hier . . . Wer konnte wissen, wann Sie nach Hause kämen. Und ich fürchte mich im Dunkel . . ." Sie sah ihm ganz treuerherzig in die Augen. "Ich heiße Nini . . ."

"Fräulein Nini . . ."

"Und ich darf heute abends bei Ihnen bleiben . . .?"

"Aber gerne . . . Das heißt . . ." Wieder schoß ihm der Gedanke von vorhin durch den Kopf. Da hatte er sich alles so schön zurechtgelegt. Und nun kam dieses fremde Mädchen zu ihm in die Stube gestlogen und wollte ihn binden . . . Daraus durste nichts werden. Er sah ihr ins Gesicht und merkte, daß

Knittelfeld einberufen worden. Diese Versammlung tagte in den Räumen der Werkstätte und fand durch das aggressive Vergehen einiger Beamter ein vorzeitiges Ende. Da es zu stürmischen Kontroversen kam, installierte sich der Oberkommissär Hugo Kossmat sch als Sicherheitsbehörde, ließ Feueralarm blasen, rüste an der Spitze von 16 Feuerwehrmannern (durchwegs aus den Reihen der Bediensteten) im Sturme in das Versammlungslokal ein und vertrieb die Versammlungsteilnehmer.

Bei dieser Aktion gab es selbstverständlich Zusammenstöße und da soll der Kesselschmied Karl Timischl versucht haben, den Feuerwehrmann Werkmeister Schöberl mit dem Schirm zu stoßen. Die Folge davon war, daß die Staatsanwaltschaft gegen Timischl die Anklage auf Verleumdung einer Amtsperson (?) erhob. Timischl wurde tatsächlich vom Bezirksgericht zu 48 Stunden Arrest verurteilt mit der Begründung: "Wenn Schöberl von dem Schirm nicht getroffen oder verletzt wurde, so bestand doch die strafbare Absicht des Beklagten, den Schöberl zu stoßen!" Gegen dieses merkwürdige Urteil wurde von Timischl recursiert. Das Landesgericht in Leoben bestätigte aber dieses Urteil und nun sollte Timischl seine 48 Stunden absitzen.

Am 25. Juli 1912 wurde Timischl zu Herrn Oberkommissär Kossmat sch in die Kanzlei gerufen und ihm dort mitgeteilt: "Nachdem in der Berufungsverhandlung das erstrichtliche Urteil bestätigt wurde, sind Sie mit heutigem Tage entlassen! Sie bekommen die 14 Tage Entschädigung ausbezahlt und müssen sofort aus dem Dienst treten, da Leute, welche abgestoßen sind, in der Werkstatt nicht arbeiten können."

Dieser Vorgang hat unter der Weisheit der Knittelfelder Bediensteten große Empörung hervorgerufen. Der Arbeiter Timischl wird wegen 48 Stunden Arrest -- die Strafe mit so merkwürdigen und ansehnlicher Begründung verhängt -- entlassen. Der strengste Paragraph der Dienstordnung wird höchstens in Anwendung gebracht, denn -- Timischl ist Sozialdemokrat. Aber eine Reihe Deutschnationaler -- mir liegen vorläufig die Namen Geißler und Fröhlich vor -- die schon Wochenlang eingesperrt waren und wegen viel gravierender Delikte -- arbeiten ruhig weiter! Ja, der selbe unfehlbar strenge Herr Kossmat sch ist wegen Verleumdung eines Teilnehmers an ebendieselben Versammlungen nach demselben § 430 zu 24 Stunden Arrest oder 10 Kr. Geldstrafe, zu 4 Kr. Schmerzensgeld und zur Tragung der Gerichtskosten (80 Kr.) verurteilt worden! Und dieser Herr hat den traurigen Mut, einem Arbeiter gegenüber sich als Sittenwächter aufzuspielen und ihn um seine Eigentags zu bringen!

Sie wende mich an den Herrn Eisenbahminister und bekomme folgende Information: "Nach dem Ergebnis der eingehend gepflogenen Erhebungen mußte gegen den Arbeiter Timischl mit der Dienstentbindung vorgegangen werden, weil ihm ein schweres disziplinäres Vorgehen infolge zur Last fällt, als er gegen einen vorgesetzten Werkmeister -- wenn auch außerdiestlich -- in gewalttätiger Weise vorgegangen ist, welches Verhalten auch seine strafgerichtliche Verurteilung nach sich zog."

Und nun frage ich: Was ist es denn mit den Herren Kossmat sch, Geißler und Fröhlich? Liegt da kein Vergehen vor?

Man mischt eben mit zweierlei Maß.

Sie kann nur sagen, daß ein solches Vorgehen entschieden zu verurteilen und nicht geeignet ist, bei den Arbeitern das Bewußtsein hervorzurufen, daß sie ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung gerecht behandelt werden.

Ein zweiter Fall: Der Arbeiter Ferdinand Rauter alias Rötter in Götz wurde von dem Arbeiter Josef Gesam, gleichfalls in Götz, beschuldigt, mehrere der I. L. Staatsbahndirektion gehörende Gegenstände, wie: Stahl, Eisen, Petroleum und dergleichen, nach Hause getragen zu haben. Von Gesam erfolgte im Laufe der Zeit mehrere dienstliche Anzeigen, die jedoch nichts nützten; dem Rauter war auch fürderhin die Gelegenheit günstig.

Erst über persönliche Intervention des Herrn Josef Kopac, Sekretär des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines in Triest, bei dem Herrn I. L. Staatsbahndirektor Horvat Alexander Galambos wurde Rauter dienstlich beauftragt, den Gesam gerichtlich zu belangen, während Gesam, ohne die gerichtliche Entscheidung abzuwarten, sofort infolge dieser gegen Rauter erhobenen Beschuldigung entlassen wurde.

Ihre Augen ganz traurig geworden waren. Sie stand auf und trat hinter dem Tische hervor. Da sah er, daß sie groß war und ganz schlank, daß sie einen feinen, zarten, jungen Körper hatte. Und er trat neben sie und nahm ihre Hand. "Was haben Sie denn . . ." fragte er, und seine Stimme klang ganz weich und teilnehmend.

"Ich werde wieder gehen. Sie wollen mich nicht bei sich behalten . . ."

"Was fällt Ihnen ein . . . ? Ich lasse Sie nicht fort."

"Wirklich nicht . . . ?" lachte sie.

"Ich bin ja so froh, daß Sie hier sind . . ." Und Philippe fühlte, daß er diesmal die Wahrheit sprach.

"Sind Sie nicht böse, Herr . . . Herr . . . ja wie heißen Sie denn eigentlich . . . ?"

"Ich bitte tausendmal um Vergebung, Fräulein Nini . . . , er verneigte sich mehrerenmal hastig; "ich vergaß. Ich heiße Philippe . . . das genügt doch für den Weihnachtsabend . . . ?"

Sie lachte aus großen dunklen, jungen Augen, in denen es plötzlich seltsam leuchtete.

"Weshalb sollte ich denn böse sein . . . ?, fragte er und näherte seine Wangen ihrem Gesicht.

"Es ist so toll hier . . . Wenn Sie nichts dagegen haben . . . möchte ich mich ins Bett legen . . . Aber Sie müssen sich umdrehen . . . Bis ich rufe . . ."

Philippe stellte den Stuhl in die Zimmerrede, setzte sich dorthin und hielt sich die Augen überdies zu. Wirklich und wahrhaftig zu. Und als sie rief, da zog er den Seifel zu seinem Bett, in dem nun dieses fremde, entzückende Mädchen lag, und setzte sich wieder.

"Und jetzt müssen Sie mir etwas erzählen. Herr Philippe . . . rief sie und hüllte sich in die Decke. „Solange die Kerze brennt . . ."

"Und wenn sie herabgebrannt ist . . . was dann . . . ?"

Als auf dem Tische über dem Leuchter ein winziges blaues Flämmchen ersterbend über einem Restchen flüssigen Wachs hüppte, warf Philippe plötzlich etwas, das er aus seiner Tasche zog, in den Winkel, wo es polternd niederfiel.

"Was war das . . . ?" rief Nini und zitterte.

Da neigte er sich über sie und küßte sie und sagte: "Hab' Dank, Fräulein Christkind . . ."

Rauter alias Rötter ist ein Liebling des Herrn Heizhausvorstandes in Götz. Schon im Jahre 1909 hätte Rauter über Bemühung des Herrn Heizhausvorstandes stabilisiert werden sollen und wurde dessen Stabilisierung nur dadurch vereitelt, daß bekannt wurde, daß Rauter eine Kerkerstrafe von vier Monaten hinter sich hatte. Damals ordnete die I. L. Staatsbahndirektion Triest an, Rauter zu entlassen. Damals wurde jedoch Rauter unter dem Namen Rötter geführt und nur so war es möglich, daß er nach einigen Tagen unter dem Namen Rauter Aufnahme fand. Indessen hatte sich weder Gesicht noch Person verändert gehabt und die Kerkerstrafe des "Rötter" hatte doch auch Rauter verbüßt. Das hatte jedoch nichts zur Sache, denn während "Rötter" als "entlassen" verbrüht erscheint, arbeitet doch Rauter, von dem man nicht wissen will, daß er mit Rötter identisch ist, als unbeschäftelter Arbeiter im Heizhaus weiter!

Nun kam die Klage, die Rauter über Auftrag der I. L. Staatsbahndirektion Triest gegen Gesam angekündigt hatte, endlich zur Austragung und wurde bei dieser Verhandlung der Angeklagte Gesam vollständig freigesprochen. Durch diesen Freispruch ist mithin erwiesen, daß Gesam keine ungerechtfertigte Beschuldigung gegen Rauter erhoben hatte, sondern daß tatsächlich Rauter alle jene Delikte begangen hat, deren er ihm beigelegt. Dieser Schuldspruch hatte für den schuldigen Arbeiter Rauter keine weiteren Konsequenzen.

Wegen der erfolgten Entlassung des Arbeiters Gesam intervenierte ich beim Eisenbahministerium und erhielt folgende sonderbare Information, die wahrscheinlich anders ausgehen hätte, wenn der Arbeiter Rauter alias Rötter sich als Sozialdemokrat ausgegeben hätte. Die Information lautet: "Die eingeleiteten Erhebungen haben ergeben, daß die Staatsbahndirektion Triest bereits im Jahre 1909 von der gerichtlichen Verurteilung des Arbeiters Rauter (alias Rötter) Kenntnis hatte und daß die Direktion aus diesem Grunde jeden Antrag auf Stabilisierung desselben im Sinne der bestehenden Normen abgelehnt hat. Die damals in Aussicht gestellte Entlassung des genannten Arbeiters wurde mit Rücksicht auf das fadellose dienstliche und außerdiestliche Verhalten Rauters sowie im Hinblick auf eine zu dessen Gunsten laufende Relation der politischen Behörde nicht vollzogen."

Anfang des Jahres 1910 beschuldigte der Bürger Josef Gesam den Rauter einiger Diebstähle im Heizhaus Götz; da die diesfalls von der Heizhausleitung Götz in jedem einzelnen Fall sofort gespülten Erhebungen zu seinem Neutat führten, wurde Rauter zum Zweck der Klärstellung der Angelegenheit seitens der Staatsbahndirektion Triest beauftragt, Gesam gerichtlich zu belangen; Gesam wurde freigesprochen, da durch die Aussagen von Zeugen solche Umstände dargelegt wurden, aus welchen sich hinreichend Gründe ergaben, die von Gesam vorgebrachte Beschuldigung für wahr halten zu können; es sei daher dem Beklagten gelungen, den subjektiven Wahrheitsbeweis zu erbringen". Der objektive Wahrscheinheitsbeweis dagegen gelang Gesam nicht und lag auf Grund des Ergebnisses der Gerichtsverhandlung weder für die Staatsanwaltschaft noch für die Staatsbahndirektion eine Verurteilung vor, gegen Rauter einzuschreiten. Sowohl Rauter als auch Gesam stehen dermal noch, und zwar seit ihrer Aufnahme ununterbrochen im Dienst; eine Entlassung des letzteren -- wie die Information behauptet -- ist nicht erfolgt, und zwar ebenso wenig wie die Stabilisierung Rauters in Aussicht steht. Schließlich wird noch erwähnt, daß sich sowohl die Staatsbahndirektion Triest als auch die Heizhausleitung Götz stets wohl bewußt waren, daß Rauter und Rötter ein und dieselbe Person ist.

Ich frage den Herrn Eisenbahminister, ob er diesen sonderbaren Vorgang gutheilt. Bei dem Fall Rauter handelt es sich natürlich um keinen sozialdemokratischen Arbeiter.

Der Arbeiter Timischl in Knittelfeld hat nichts geschlossen, hatte im Dienst keinen Anstand, war nur wegen einer aus einer Versammlungsangelegenheit entstandenen Streitsache zu einer Arreststrafe von 48 Stunden verurteilt worden und wurde sofort gefündigt,

weil es sich um einen sozialdemokratischen Arbeiter handelt.

Der Vorgesetzte hat dasselbe getan, wird ebenfalls verurteilt, ihm geschieht aber nichts.

Der vor der Behörde sonderbarweise so günstig beschriebene Rauter in Götz wird vom Eisenbahministerium auf alle mögliche Weise herausgestrichen, der Freispruch des Arbeiters Gesam wird als keine Verurteilung des Rauter aufgefaßt und es geschieht ihm nichts, weil es sich hier um keinen Sozialdemokraten handelt.

Zur Verwollständigung habe ich, entgegen der Information des I. L. Eisenbahministeriums, folgendes, mir als wahrheitsgetreu mitgeteilt, anzufügen:

Josef Gesam war entlassen, und zwar durch eine volle Woche. Erst durch Intervention des Herrn Josef Kopac, Sekretär des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines in Triest, bei der Staatsbahndirektion Triest wurde er neuwärts aufgenommen und bekam die restlichen Beiträge ausgezahlt. Bei der Gerichtsverhandlung, bei welcher Gesam freigesprochen wurde, spielte sich folgender Vorfall ab:

Als Gesam mit Zeugen nachgewiesen hat, daß Rauter Petroleum und diverse der Bahnanstalt gehörige Gegenstände nach Hause genommen hat, rief der Richter erregt aus:

"Eine schöne Wirtschaft habt ihr bei der Staatsbahn!"

Nun wurde Gesam freigesprochen. Rauter hat aber auch sein Handwerk noch heute nicht verlernt. Am 2. März 1912 hat er drei Zehnteltonnen Kohle während der Arbeitszeit durch die Arbeiter nach Hause bringen lassen. Bezahlt hat er nur ein Zehntonne Kohle. Beuge Josef Selva, Magazinmeister im Heizhaus Götz, I. L. Staatsbahn gibt an, daß am 8. März 1912 der Bürger Kertec mit einer eingeschriebenen Fensterscheibe 35x45 ins Oelmagazin kam und erklärte, die Scheibe sei für den Rauter. Der Heizhauschef, dem die Angelegenheit bekannt war, hat nichts gegen Rauter unternommen. Der Bürger Kertec ist vom Herrn Heizhauschef befragt worden, wer ihm eigentlich den Auftrag gegeben hat, für Rauter die Fensterscheibe einzuziehen. Darauf erwiderte er: "Der Werkmeister Natur!" Der Chef sagte: "Ja, was werden denn die Leute sagen, da kann ja jeder stehlen, was er will."

Rauter hat auch heute noch den allerbesten Posten inne und äußerte sich wiederholte: "Dass alle diese Automobilführer, die gegen ihn arbeiten, eher gehen werden als er, weil, wenn er geht, ihm mehrere große Köpfe nachfolgen werden."

Solche Vorgänge sind gewiß nicht danach angetan, unter der Arbeiterschaft der I. L. Staatsbahnen das Bewußtsein zu heben, daß sie ohne Unterchied gerecht behandelt werden. Es ist hoch an der Zeit, daß die Arbeiter und Bediensteten

ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung gleich, und zwar gerecht behandelt werden.

Zum Schluss bin ich noch bemüht, eine Angelegenheit vorzubringen, und zwar die

Uniformlieferungen an die Bediensteten

im Wiener Direktionsbezirk. Ich habe hier eine Unterbeamtenuniform mitgebracht, um den Herren zu zeigen, wie skandalös diese Uniformen hergestellt werden. Ein größerer Skandal ist

natürlich die Übernahme dieser Uniformen. Die Uniformen sind so ausgesetzt, daß der Bedienstete nicht imstande ist, diese zu tragen. Säckt er sie zurück, so dauert es lange Zeit, bis er sie wieder bekommt. Geändert hat sich aber an der Uniform nichts. Um zu sparen, wurde die Uniformherstellung einer Firma übertragen, die nicht leistungsfähig ist und die Sparmaßnahmen gehen auf Kosten der Uniformherstellung und deren Auslieferung. Der leidende Teil sind die Bediensteten. Es ist höchste Zeit, daß dieser Skandal ein Ende nimmt. (Die Uniform wird von den Budgetausschüssemitgliedern besichtigt und auf die Mängel derselben vom Redner hingewiesen.)

Unmittelbar nach der Rede des Abgeordneten Tomischl ergreift der Eisenbahminister Dr. v. Forster das Wort.

Eisenbahminister Dr. v. Forster

verweist mit Bezug auf die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge auf Einstellung eines Betrages von 17 Millionen Kronen für die Zwecke einer neuerlichen Bezugserhöhung für die Staatsbahndiensteten auf seine in der heutigen Plenarsitzung in Beantwortung mehrerer Interpellationen gegebenen Darstellungen und führt an der Hand einer mit Detailsziffern belegten Rekapitulation der durchgeföhrten Personalmaßnahmen den Nachweis, daß die Kosten dieser Maßnahmen den seinerzeit für Zwecke der gedachten Bezugsergänzung ausgeworfenen Betrag von 21 Millionen Kronen vollständig erschöpft haben. Übergehend auf die gestellten Anträge wegen Zuwendung von 17 Millionen Kronen für die Eisenbahndiensteten erklärt der Minister, er könne selbstverständlich keinen anderen Standpunkt vertreten als den, den im Sommer dieses Jahres der Minister des Innern in Vertretung des Ministerpräsidenten gegeben habe. Der Tenor dieser Regierungserklärung ist in der Hauptsache dahin gegangen, daß die Regierung die Momente, welche für eine fortgesetzte Pflege der Beziegs- und Gehaltsverhältnisse der Bediensteten sprechen, anerkenne, daß sie sich aber im vollen Umfang die Entscheidung vorbehalten müsse, in welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang solche Verbesserungen einzutreten haben werden. Die dem Eisenbahministerium in großer Fülle vorliegenden Vorschläge und Wünsche werden einem eingehenden Studium unterzogen. Das Eisenbahministerium ziehe gegenwärtig einzelne Verbesserungen in nähere Erwägung und hat hauptsächlich drei Maßnahmen vor Augen: die Frage der Ernennung von Unterbeamten zu Beamten, die Gewährung einer Nachdienstzulage an die Wächter und eine lokale Korrektur der Lohnverhältnisse dort, wo diese noch nicht ganz befriedigen. Die generelle Bezugsergänzungswirkung der Staatsbahndiensteten möchte aber der Minister vorläufig als abgeschlossen erklären. Die finanzielle Bedeutung für die Auslagen, die aus den verhaltensmäßig geplanten Maßnahmen hervorgehen, müssen in den vorhandenen Geldmitteln und innerhalb der der Eisenbahndirektion zugewiesenen Kredite gefunden werden, so daß eine besondere Fürsorge dafür nicht notwendig sein wird. Die zu treffenden Maßnahmen werden wie alle Vorläufigkeiten im Wege der Verordnung zu Stande kommen. Über den Zeitpunkt soll heute zu äußern, seit der Minister vorläufig nicht in der Lage, daß die Verhandlungen mit dem Finanzministerium zwar eingeleitet, aber zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Der Minister bittet schließlich, angesichts der Tatsache, daß in dem vorliegenden Vorschlag eine Bedeutung nicht gegeben ist und auch nicht geschaffen werden kann, die gestellten Anträge abzulehnen und ihm und der Regierung das Vertrauen zu schenken, daß die Bediensteten so wie bisher in Bezug auf ihre materielle Stellung nicht zu kurz kommen.

Nach Schluß des Blattes.

Der Antrag Tomischl als Minoritätsvotum im Abgeordnetenhaus.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses erledigte am 28. Dezember in später Nachsitzung das Budgetvorprojekt. Abgeordneter Tomischl begründete seinen Minoritätsantrag auf Einstellung von 17 Millionen für die Eisenbahner. Er erörterte in eingehender Weise die von der Regierung für die Arbeiter der Staatsbahnen zur Durchführung gebrachten Maßnahmen und hob hervor, daß nach den hierüber angestellten Berechnungen berechtigter Zweifel darüber besteht müsse, daß die Regierung tatsächlich für die Arbeiter der Staatsbahnen 10 Millionen verwendet habe. Er sprach sodann die zu Gunsten der staatlichen Arbeiter getroffenen Maßnahmen und rüttete die Aufforderung an das Haus, die Regierung endlich zu zwingen, die einstimmig gefassten Beschlüsse des Hauses durchzuführen. Die Majoritätsparteien dürfen auch nicht davor zurückstehen, daß die Regierung niets mit dem § 14 droht. Wenn sie vor den Drohungen der Regierung nicht zurückweichen werden, dann werde die Regierung nachgeben müssen. Der Deutsche Nationalverband habe sich mit den Resolutionen tragen beginnen, in welchen die Regierung aufgefordert werden, das zu tun, was das Haus bereits im Dezember 1911 einstimmig beschlossen hat. Sein Antrag bezwecke, die Regierung zu zwingen, für die Erhöhung der Beziege der Eisenbahner und staatlichen Arbeiter den Betrag von 17 Millionen Kronen zu verwenden.

In diesem Antrag könne absolut keine Demagogie erblitzen werden. Demagogie war es, wenn die Majoritätsparteien im vorigen Jahre einen Resolutionsantrag angenommen haben, in welchem zur Regelung der Verhältnisse der Eisenbahnerarbeiter 38 Millionen Kronen verlangt wurden, es bisher aber ruhig mitangesehen haben, daß die Regierung diesen Antrag nicht durchführte und damit dem einstimmigen Beschuß des Abgeordnetenhauses nicht Rechnung trug.

Sein Minoritätsantrag verfolgt den Zweck, daß der Betrag von 17 Millionen Kronen in das Budget eingestellt wird, damit die Regierung genötigt wird, diese Summe zur Aufrechterhaltung der Beziege der Eisenbahner und staatlichen Arbeiter zu verwenden. Er bittet, seinem Antrag zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nur mit zehn Stimmen Mehrheit abgelehnt!

Um 12 Uhr nachts gelangt das Haus zur Abstimmung. Sie erfolgt mit Namensaufruf. Als sie beschlossen wird, macht der Dechant Prisching folgenden "Witz": er macht das Zeichen des Kreuzes und ruft: "Vereinsgesetz!" (Dass es deswegen nicht mehr erledigt wird.) Herr v. Baehlo stimmt für den Antrag! Darauf schreit Steinwender: "Das ist schön!" Und Herr Sommer: "Dann stimmen wir alle für den Antrag!" Das genügt, daß nun alle Christlichsozialen gegen den Antrag stimmen! Der Antrag wird mit 153 gegen 148 Stimmen abgelehnt, also nur mit zehn Stimmen Mehrheit! Im Juli war die Mehrheit

192 gegen 136 Stimmen! Gegen den Antrag stimmen alle Agrarier geschlossen; von den städtischen Abgeordneten hatte sich eine große Anzahl abgesetzt. Herr Heine, der Eisenbahner, stimmte aber wacker gegen den Antrag. Wir kommen auf diese Abstimmung noch ausführlich zurück.

Das Amtverschwiegenheitsgesetz für die Staatsangestellten.

Die bürgerlichen Parteien, allen voran die Nationalverbändler und ihre Busenfreunde die Christlichsozialen, haben den Staatsbeamten und Dienern den Schlingbecher gereicht, in welchem der politische Tod enthalten war. Profit Neujahr! Endlich ist es gelungen, das große Heer der Staatsangestellten politisch und wirtschaftlich für alle Zeiten zu Heloten zu machen. Die Regierung hat es gewollt, das Herrenhaus hat es ausgeführt und die guten „Nazis“ und „Christen“ haben es beschlossen.

Das Vorspiel zum neuen Strafgesetzentwurf ist damit absolviert. Mit der Annahme dieses Gesetzes im Parlament sind die Staatsangestellten zum Teil außerhalb der Staatsgrundgesetze gestellt, das Vereins- und Koalitionsrecht für diese Gruppe außer Wirksamkeit gebracht worden. Das Gesetz ist ärger als die „neunfachzige Kaka“, die das Vöterchen Zar bei seinen Untertanen anwendet.

Um zu zeigen, von welcher Art die Fessel sind, die man Hunderttausenden von Staatsbürgern zwangswise anlegt, lassen wir aus dem aus 188 Paragraphen bestehenden Gesetz bloß drei Paragraphen im Wortlaut folgen:

Amtsverschwiegenheit.

§ 23.

Der Beamte hat über alle ihm in Ausübung des Dienstes oder mit Beziehung auf seine amtliche Stellung befannigewordene Angelegenheiten, die im Interesse des Staates oder der Parteien oder sonst aus dienstlichen Rücksichten Geheimhaltung erfordern oder ihm ausdrücklich als vertrauliche bezeichnet worden sind, gegen jedermann, dem er über solche Angelegenheiten eine amtliche Mitteilung zu machen nicht verpflichtet ist strenges Stillschweigen zu beobachten.

Eine Ausnahme hiervon tritt nur insoweit ein, als ein Beamter für einen bestimmten Fall von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsehemmisse entbunden wurde.

Die Pflicht der Amtsverschwiegenheit besteht auch im Verhältnis außer Dienst und im Ruhestand sowie nach Auflösung des Dienstverhältnisses unverändert fort.

Verhalten.

§ 24.

Der Beamte hat in und außer Dienst das Standesanhänger zu wahren, sich stets im Einklang mit den Anforderungen der Disziplin zu verhalten und alles zu vermeiden, was die Achtung und das Vertrauen, die seine Stellung erfordert, schädeln könnte.

Auch im Ruhestand ist der Beamte zu einer dem Standesanhänger angemessenen Haltung verpflichtet.

§ 25.

Dem Beamten ist die Teilnahme an einem Verein untersagt, wenn sie wegen der Bestrebungen des Vereines oder wegen der Art der Vereinsbetätigung den Pflichten eines Beamten widerstreitet.

Kein Beamter darf einer ausländischen, politischen Zweide verfolgenden Gesellschaft angehören.

Ebenso ist das Eingehen von Verbindungen untersagt, welche den Zweck verfolgen, Störungen oder Hemmungen des Amts- oder Dienstbetriebes herbeizuführen.

In dieser Fassung wollte die Regierung den Patentmaulorb haben, dem das Herrenhaus zustimmte und die Mehrheitsparteien, ohne auch nur einen Versuch zu unternehmen, eine Verbesserung durchzusehen, geschlüssigt haben. Alle Änderungsvorschläge der Sozialdemokraten fanden bei den „Nazis“ und Christen kein Gehör. Die Regierung befahl und ihre Mameluden gehorchten wie gut dressierte Birkusbulde. In einer Zeit, wo man daranschreitet, den Hindus staatsbürglerliche Rechte zu garantieren, scheut man sich nicht, die notwendigsten und heiligsten Rechte der Kulturmenschen zu beschneiden.

In der Generaldebatte gab Abgeordneter Stahl im Namen des Deutschen Nationalverbandes die Erklärung ab, keine Redner für diesen Gegenstand zu entsenden und der Vorlage in der Fassung des Herrenhauses zuzustimmen. Dasselbe taten die Christlichsozialen, die sich nach dieser devoten Erklärung nichts mehr vergaben.

In der Debatte sprach auch unser Genosse Rudolf Müller, dessen Ausführungen wir hiermit folgen lassen:

Meine Herren! Wir haben innerhalb kurzer Zeit, wie schon der Herr Berichterstatter gesagt hat, in diesem Hause eine Reihe von Staatsnotwendigkeiten so prompt absolviert, daß es an der Zeit ist, eine Volksnotwendigkeit zu beschließen, damit wenigstens ein Teil des Volkes, die Beamtenchaft, zu den schönen Weihnachtsfeierungen, wo Friede sein soll, irgend eine Freude bekommen möge. Wenn wir nun das, was wir jetzt beschließen sollen, nämlich dieses Gesetz, ein bisschen anschauen, so sehen wir, daß es durchaus nicht eine Gabe, eine Erweiterung des Rechtes ist, sondern daß es für einen großen Teil der Staatsbeamten und der Staatsdiener eigentlich einen Maulorb für alle Seiten bedeutet.

Würden wir in Österreich sicher sein, daß ein solches Gesetz in absehbarer Zeit geändert werden könnte, so wären vielleicht nicht so schwere Bedenken dagegen, als sie gegenwärtig

bestehen. Aber wir wissen, daß bei uns alles Glende und Schlechte eine ungeheure lange Lebensdauer hat, während irgend etwas Gutes sich kaum einzuleben vermag. Und gerade deshalb, weil die Regierung so besonders und so hartnäckig darauf bestrebt, dieses Gesetz in der Form, wie es das Herrenhaus beschlossen hat, zu schließen und weil sie anderseits ihre Meinung durch den Mund des Herrn Referenten überall zum Ausdruck bringt, das Gesetz muß so angenommen werden, wie es vorliegt, oder die Beamten bekommen gar nichts.

So schaut dies einer Erpressung verflucht gleich. Der Referent hat von der Tribune herab betont, daß derjenige, der eine gegenteilige Meinung dazu äußert, an der Verzögerung Schuld trägt, daß die Interessen der Staatsbeamten auf längere Zeit unberücksichtigt bleiben.

Die Regierung hat zu wiederholten Malen im Ausschuss feierlich erklärt — und der Referent Cech hat dies bestätigt — daß sie nicht daran denkt, die bürgerlichen Rechte der Staatsbeamten und Staatsdiener, insbesondere das allgemeine und passive Wahlrecht derselben, einzuschränken.

Wer aber bürgt dafür, daß ein solches Versprechen, das vor der Regierung gegeben wird, auch für alle Zeiten aufrecht erhalten bleibt?

Wir haben ja schon des öfteren solche feierliche Erklärungen von der Regierung erhalten; aber dann ist eine andere Regierung gekommen und hat sich an diese „Feierlichkeit“ nicht gehalten. In Österreich sind die Regierungen so billig wie Brombeeren; heute ist Sturzgäng noch Ministerpräsident und morgen vielleicht schon ein anderer.

Wir haben für meine Behauptung auch Beispiele. Im Jahre 1894, als das Eisenbahnunfallversicherungsgesetz, beziehungsweise dessen Ergänzungsgesetz für die Eisenbahner beschlossen wurde, hat auch die Regierung in der feierlichsten Weise erklärt — es war dies damals Graf Wurmbart — daß sie niemals daran denken wird, die Rechte derjenigen Bediensteten, die aus dem alten Haftpflichtgesetz Ansprüche haben, irgendwie beeinträchtigen zu wollen. Und jetzt, nach ungefähr 19 Jahren, kommt eine andere Regierung und legt das Sozialversicherungsgesetz vor, in dem alle diese

feierlichen Erklärungen vollkommen zunächst gemacht

und alte, wohlerworbene Ansprüche eliminiert werden.

Wenn wir die §§ 24 und 25 und die korrespondierenden §§ 163 und 164 dieses Gesetzes anschauen, wo es sich um die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes, um die Teilnahme an Vereinen und um die Dienstverschwiegenheit handelt, so müssen wir sehen, daß die Bestimmungen wohl

ein Novum seltener Sorte vorstellen

und wir alle niemals geglaubt haben, daß das Herrenhaus diese vom Parlament ohnehin eingeschränkten Rechte nochmals drosseln wird. Das Herrenhaus ist hingegangen und hat selbst dieses Minimum, das hier im Hause beschlossen worden ist, nochmals einer strengerem Korrektur unterzogen und die Staatsbeamten und die Staatsbediensteten vollkommen dieser Rechte entledigt. Es wollte dadurch offenbar den Beamten den Wahlspruch unseres Kaisers:

„Einigkeit macht stark!“

ad absurdum führen, um zu zeigen, daß die Beamten und die Diener, die über die Gesetze zu wachen und sie überall sehr gewissenhaft anzuwenden haben — das Gefühl sollte verstärkt werden — daß man ihnen selbst einen Teil

der wichtigsten und wichtigsten Rechte, die für jeden einzelnen Staatsbürger Geltung haben, weg nimmt.

Wenn die Regierung im Herrenhause ebenso hartnäckig und zielbewußt auf ihrer Meinung bestanden wäre, wie sie es im Ausschuss und hier im Hause getan hat, dann wäre zweifellos diese Gefahr von den Beamten abgewendet worden. Aber die Regierung hat zu dugenden Malen und immer wieder von neuem erklärt — auf diesem Gebiet war sie einmal konsequent, das muß man ihr nachsagen — daß sie nur den

Änderungen des Herrenhauses zustimme, und wenn hier anders entschieden wird, dann sei das ganze Gesetz in Frage gestellt. Jedes

zweite Wort der Regierung war eine Drohung und leider Gottes haben sich die sogenannten Mehrheitsparteien auch vollkommen einschüchtern lassen und haben das, was die Regierung ihnen vorgelegt hat, fast mit einer Art Jubel angenommen.

Im Ausschuss ist es möglich gewesen, eine Reihe von sowohl für die Bediensteten als auch für die Beamten harten und drückenden Bestimmungen dieses Gesetzes zu ändern, insbesondere wurde im Staatsangestelltenausschuss unser Antrag angenommen, daß, wie dies bei der Post zumeist und teilweise auch bei den Bahnen praktiziert wird, ein Bediensteter, der eine gewisse Anzahl von Dienstjahren zurückgelegt und seine Fachprüfungen absolviert hat,

Anspruch auf einen Posten als Unterbeamter

erhält. Den anderen Tag aber hat die Regierung wieder abgenommen und die Mehrheitsparteien sind fast vollständig im Ausschuss erschienen, um zu beantragen, daß dieser Beschluß wieder reassembliert und die im Herrenhause beantragte und beschlossene Legierung aufrecht erhalten werde, und mit einem wahren Jubel haben die Mehrheitsparteien diesen kleinen Fortschritt, der da errungen worden ist, wieder zunächst gemacht. Wer dieses Verhalten mit dem, was sie vorher in Zeitungen geschrieben und vor den Wahlen gezeigt haben, vergleicht, wird wohl sagen müssen, daß bei diesen Herren

Versprechungen und Taten

zweierlei ist. (Abgeordneter Kostiner: Wenn es gegen die Bediensteten geht, dann sind die Herren einzig!) Sehr richtig, nur sind sie bei den Beamten bei der Wegnahme ebenso einig gewesen wie bei den Bediensteten, obwohl

die Beamten doch eigentlich ihre Söhne sind.

Aber nicht nur den Staatsbediensteten, sondern allen Menschen, die sich koalieren und zusammenfinden, um aus eigener Kraft ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, stehen die Regierung und die Mehrheitsparteien spinnende Feinde gegenüber und daher haben sie auch die Beschlüsse des Herrenhauses zu den ihrigen gemacht. Sie haben den Staat vor dem Herrenhause gemacht. Vor einigen Tagen ist in der gelben Presse, im Organ der deutschen Arbeiterpartei, ein Artikel über den Beschluß des Herrenhauses gestanden, den ich vollkommen unterschreiben könnte und der in den Worte ausklingt: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Herrenhaus keine Existenzberechtigung hat,

in so wichtigen Fragen ein Votum abzugeben. Als es aber zur Beschlusssitzung zur Abstimmung im Staatsangestelltenausschuss gekommen ist, waren es gerade diejenigen Vertreter, die vielleicht selbst die Schreiber dieses Artikels gewesen sind, die einhellig

für die Beschlüsse des Herrenhauses stimmten. Wir haben es hier zu dugenden Malen gesehen, wie bei den sogenannten Staatsnotwendigkeiten

die Vertreter des organisierten Vertrages

wie ein Mann aufgetreten sind und stets für neue Lasten votiert haben. Es ist also kein Wunder, wenn sie der Regierung zuliebe — denn sie sind echte Regierungsmamelucken — für diese schwerwiegenden Dinge gegen ihre eigenen Leute stimmen.

Wir haben uns Mühe gegeben, in einer Reihe von Bestimmungen Verbesserungen durchzusetzen,

aber es war der Liebe Mühe umsonst;

da haben wir tauben Ohren gepredigt, daß waren Nase in der Wüste. Da haben sich die Mehrheitsparteien mit seiner Geste gerührt, für sie war es feststellend, daß sie die Beschlüsse des Herrenhauses zu ihrem eigenen Volum machen.

Ich will nur auf eines hinweisen, um zu zeigen, wie „Inkonsequenz“ unsere Mehrheitsparteien urteilen und handeln. Es ist noch gar nicht so lange her, da haben wir erfahren, daß eine Reihe von hohen Regierungsfunktionären aus dem Staatsdienste austreten und sich die Erfahrungen und Kenntnisse, die sie im Staatsdienste gesammelt haben, von

großen privaten Aktiengesellschaften ablaufen lassen.

Ein Sturm ging durch die Öffentlichkeit, daß das ein Akt der größten Korruption sei und daß eine solche Tat einzigt und allein nur in Österreich möglich sei. Als wir beantragten, daß künftig die Wiederkehr einer solchen Sache ausgeschlossen sein soll, ist die Regierung aufgestanden und hat in einer blumreichen Sprache erklärt, daß das eine Verleugnung des staatsbürglerlichen Rechtes der Freizügigkeit sei, man könne doch unmöglich das, was jedem Menschen gesetzet ist, nämlich, wenn er in Pension geht, sich eine andere Arbeit oder einen Nebenberuf anstrebt und annimmt, dem Staatsbeamten verwehrt werden kann. Dieses Begehr hat die Regierung als ein großes Unrecht erklärt und sie hat dafür schöne, südländische Worte gefunden und die Mehrheit überredet, daß auch für

die Zukunft diese Korruption System bleibt.

Auch zu diesem Regierungswunsche haben die Mehrheitsmameluden ja und amen gesagt; das ist eine Schande für unser ganzes öffentliches Leben. Wenn es sich aber darum handelt, die Bediensteten, die niederen Beamten das individuelle Recht, die staatsbürglerlichen Rechte ausüben zu lassen, die ja für jedermann bestehen sollen, dann sagt die Regierung und die Mehrheitsparteien, das sei

ein Ding der Unmöglichkeit,

und sie verschließt sich total vor jeder vernünftigen Auseinanderziehung. In diesem Gesetz werden bekanntlich die aktiven mit den nichtaktiven Bediensteten gleichgestellt. Wenn also draußen im Leben noch irgendein Ausweg gefunden werden könnte, daß vielleicht die Nichtaktiven einmal die Worfür der Aktiven werden könnten, daß die nichtaktiven Leute das Sprachrohr der Würnde und Beschwerden der Aktiven werden könnten, so ist dafür im Gesetz Vorsorge getroffen, daß das für alle Seiten nicht mehr eintrifft kann. Haut und Haar ist einem Beamten und Diener die Verpflichtung auferlegt, bis zu seinem Tode nichts für sich selbst zu unternehmen. Es wird im Gesetz sogar vereinbart,

auch Hemmungen und Störungen

im Dienste mit Strafen, und zwar mit der allerschwersten Strafe, mit der Entlassung belegt werden. Die Regierung fürchtet so furchtbar die passive Resistenz. Die passive Resistenz soll ja eigentlich der normale Gang der Geschäfte sein, weil mit ihr die geltenden Vorschriften angewendet werden, wendet man jedoch diese an, dann entsteht für den Staat, der sie herausgegeben hat, selbst eine große Gefahr. Die Regierung will also verhindern, damit künftig eine solche Störung oder Hemmung, wie sie die passive Resistenz sonst nennt, vermieden werde, und deshalb unterdrückt sie nicht bloß

das Vereins- und Versammlungsrecht,

sondern alle Rechte, die geeignet wären, Hemmungen im Dienste zu verursachen.

Meine Herren! Das Wort Hemmungen läßt sehr viele Deutungen zu. Wo wird das anfangen und wo hört das auf? Mit welchen Mitteln können die Angestellten künftig und die Zeit wird bald kommen, denn die Teuerung schreitet fort — sich in der Öffentlichkeit rühren, der Öffentlichkeit ihre Meinung, ihren Willen bekanntgeben, wenn alle diese Rechte von vornherein negiert werden? Die Presse! Mein Gott, die Presse! Sie wissen, wie sie hier im Hause behandelt wird, wo

der Präsident sich als Staatsanwalt fühlt

und Konfiskationen vornimmt. Wir hören hier mit jedem Tage von neuen Verordnungen darüber, daß ganz nichtssagende Artikel vom Staatsanwalt unterdrückt werden und die Presse verfolgt wird. Daß die Bediensteten etwa durch die Presse die Meinungen der Staatsbeamten und Staatsbediensteten zum Ausdruck bringen könnten, ist nach allen den Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, ein Ding der Unmöglichkeit. An diesem Gesetzentwurf hat ja auch der Justizminister Hochberger mit seiner Hand im Spiele gehabt, und wo der Mann hingreift und hintritt, da wächst beständig länger als

neun Jahre kein Gras mehr.

Und er hat sehr gründlich dafür gesorgt, daß jedes bisschen Freiheitsbestrebung, jede Freizügigkeit, das Koalitionsrecht, das individuelle Recht vollkommen degradiert worden ist. Und die Mehrheitsparteien schauen zu dieser Vergewaltigung hier so ruhig zu, als wenn gar nichts geschehen wäre. Sie wollen für die Wegnahme dieser vitalen Rechte, die dem Bediensteten durch das Staatsgrundgesetz garantiert sind,

in Linkenmus hießen ließen.

einfach für einen Bissen Brot abhandeln. Ich bin überzeugt, daß das, was man den Staatsbeamten und Staatsbediensteten gegenwärtig materiell in dem dritten Gesetz gibt, durch die Macht der Verhältnisse und der exorbitanten Teuerung von selbst getommen wäre und kommen hätte müssen, weil man die Staatsbediensteten doch schließlich und endlich

nicht Hungers sterben lassen kann.

Aber, meine Herren, wenn die Gefahr nur darin liegen würde, daß man bloß für die Staatsbeamten und Staatsbediensteten im eigentlichen Sinne des Wortes diese Einschränkungen statuieren würde, dann wären die Reden vielleicht etwas geringer. Werden diese Einschränkungen einmal Gesetzeskraft haben, dann seien Sie überzeugt, daß die Regierung daran gehen wird, im Verordnungswege diese Bestimmungen auf die anderen Beamten und Bediensteten,

die in Staatsbetrieben beschäftigt sind, auszudehnen, vor allem auf die Eisenbahner, auf die Montanarbeiter, die Tabakarbeiter und alle anderen, die im Be-

triebe einer Staatsunternehmung stehen. Die Länder und Gemeinden werden diesem Beispiel folgen. Das ist wohl die älteste Gefahr, die dieses Gesetz birgt.

Was wollen die Mehrheitsparteien und die Regierung durch diesen Knebelungspfarrgraphen und durch das ganze Knebelungsgesetz? Sie wollen das Vertrauen der Staatsbeamten und Staatsbediensteten zu dem Parlament untergraben, sind wollen das Vertrauen zur Demokratie untergraben, sie wollen haben, daß die Staatsbeamten sagen: wir haben uns mit allen möglichen Parteien auszutauschen, aber es war die Verschämtheit vollständig unison, wir haben vom Parlament nichts zu erwarten und weisen auf unsere Rechte.

Das Parlament, die Mehrheitsparteien wollen nun diese Knebelung hoffen und beruhen sich bei ihrer unfehligen Tat darauf, daß auch ein Teil der Staatsbeamten und Staatsbediensteten dafür sei, dieses Linienmass so rasch als möglich zu bekommen, wenn sie sich damit auch der anderen Rechte begeben. Es mag richtig sein, daß es

einzelne solcher Kreaturen gibt,

die auf ein solch wichtiges Recht verzichten, aber die Mehrheit der Beamten und Bediensteten, soweit dies uns bekannt ist, hat mit dem größten Eifer und mit der größten Wucht dagegen Einspruch erhoben und verlangt, daß wegen dieser kleinen Zugeständnisse in materieller Beziehung, die hier im Gesetz angekündigt sind, sie nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert werden. Es kommt mir vor, als wenn gerade durch diese vier Paragraphen, die §§ 24, 25 und 163, 164, die Regierung quasi

die gelben Organisationen tolerieren

wollte; denn sie will ja nur zu solchen Verbindungen ihre Zustimmung geben, bei denen keine Gefahr für ihren Geldsack besteht. Und wo besteht seine Gefahr? Bei dem organisierten Verrat, bei dem Gelben! Unsere nadensteten Deutschnährerischen fürchten nichts auf der Welt als den Grafen Stürgkh, deshalb appellerieren sie so prompt das Gesetz. Graf Stürgkh kennt die Durch der Nationalverbändler und behandelt sie nach ihrem Verdienst, denn jedermann bekommt jene Achtung, die ihm gebührt. Sie haben, meine Herren, dieser Regierung jeden Wunsch bewilligt und wir sehen schon aus dem Laufe der jehigen Verhandlungen und aus diversen Zwischenakten, die stattfinden, wie nett sich die Regierung gegenüber den Mehrheitsparteien benimmt.

Meine Herren! Es geht nicht an, in letzter Stunde, wo sagungen jeder auf Radus steht, sich vollkommen mit dem Detail dieses Gesetzes zu beschäftigen, das will ich nur so nebenher auf einige geradezu mittelalterlich Besinnungen hinweisen. Im Gesetz heißt es: Der Bedienstete und Beamte soll einfach arbeiten, so lange eine Arbeit vorhanden ist. Die Überstunden, deren Vergütung wir im Ausschuß durchgedrückt haben, haben die deutschen Männer durch einen Neassumierungsbeschluß im Ausschuß wiederum zunächst gemacht. Daß dieselben nicht separat vergütet werden dürfen, war also bei ihnen von

vornherein eine beschlossene Sache.

Die läbliche Regierung brauchte nur mit ihrem Sirenengehang einzusehen und die Mehrheitsparteien verstanden sie: Sie dachte sich: Wenn man die Staatsbeamten fusionieren kann, dann ist es auch leichter,

die Arbeiterschaft zu fusionieren.

Und die Mehrheitsparteien sind zusammengeknüpft und haben auch diesen Beschluss, daß den Bediensteten die Überstunden bezahlt werden, gemacht. Es ist ganz sonderbar, der Staat verlangt Arbeit, viel und gute Arbeit, er will aber diese Mehrarbeit nicht bezahlen.

Wenn wir weiter den § 162 anschauen, so finden wir, daß darin über die Dienstverschwiegenheit gesprochen wird. Was man unter verschwiegen alles verstehen kann, welche Nachregulierungen künftig aus diesem einen Paragraphen entstehen können, davon haben wir jetzt allerdings keine Ahnung, aber es werden künftig durch diese Bestimmungen viele Ereignisse verhindert werden, zahllose Tränen werden von armen Frauen und Kindern vergossen werden, weil ihr Mann, ihr Vater

über diese Fälligkeit gestraubt

und aus dem Dienst entlassen werden ist. Für diese Verbrechen überlassen wir natürlich die Verantwortung vollkommen den Mehrheitsparteien. Sie haben es in der Hand gehabt, aus dem Gesetz etwas Gutes zu machen und die gelegten Zuhängeln darin zu beseitigen. In Ihren Reden sagen Sie immer in der Einleitung, Sie wollen etwas Gutes, aber — dann kommt nämlich immer das große „Aber“ — zum Schluß wird es immer etwas Schlechtes. Das ist eigentlich der Fluch der bösen Tat, daß das, was Sie angreifen, immer in letzter Konsequenz zum

Schaden der Angestellten ausgefallen ist.

Wir haben über 30 Minoritätsboten angemeldet und ich würde recht sehr bitten, daß man wenigstens einige dieser Minoritätsboten zustimmen würde. Und wenn wir uns schon nicht entscheiden können, neue Bestimmungen aufzunehmen, die dem Zeitgeist, den gegenwärtigen Verhältnissen und Mechanismen entsprechen, so kann man doch wenigstens verlangen, daß diejenigen Paragraphen wieder in der Fassung hergestellt werden, die seinerzeit im Abgeordnetenhaus beschlossen worden sind. Wenn man nicht einmal diesem Minimum von Rechten zustimmt, so zeigt man nach außen hin, daß man das, was man seinerzeit beschlossen hat,

gar nicht ernst gemeint

und sich von vornherein auf die Korrektur des Herrenhauses verlassen hat. Auch dort haben die Mehrheitsparteien ihre Parteifreunde sitzen und all das, was Sie vor Ihren Wählern nicht verantworten können, lassen sie im übertragenen Wirkungskreise durch die verantwortungslosen Herrenhäuser besorgen.

Durch ihre Zustimmung im Ausschuß haben sie sich als freigewählte Abgeordnete selbst enthebt. Statt den „Herren“ dort drüber zu zeigen, daß Sie in ihrer Meinung hart wie ein Landgraf sein könnten, haben sie vor den Schwarzenberg und Philippovich ihre Verbeugung gemacht und damit angezeigt, daß

Ihr Stolz vor Fürstentümern

ein Ende hat. Wir waren ja heute des österreichen Augenzeugen von solchen deponen Vorgängen hier. Als das Gesetz über die militärischen Dienstleistungen in dritter Lesung angenommen war, da und unsere nadensteife Deutschen da drüber auf den Landesverteidigungsminister und auf seinen Sekretärchef mit einer Pegeisterung losgerannt und haben ihnen immerfort die Hand geschüttelt und zu dem großen Erfolge gratuliert, den er hier im Hause des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts errungen hat.

Wir wissen schon, daß von diesen Mehrheitsparteien dieses verlangt werden kann, aber ich bin kein Pessimist, ich gebe noch immer nicht die Hoffnung auf, daß Sie sich doch

nicht selbst ins Gesicht spucken und das, was Sie hier einst beschlossen haben, wieder herstellen werden.

Ich bitte Sie also, meine Herren, unseren Minoritätsboten das Entgegenkommen zu bezeugen und daszige Urteil zu fällen, welches diesen Minoritätsboten gebührt. (Lebhafte Beifall und Händelsatschen.)

Gegen die guten Sitten.

Bum Kampf um das Koalitionsrecht.

Es ist ein bedenkliches Zeichen, daß heute in fast allen Ländern mit einer starken modernen Arbeiterbewegung ganz ernsthaft von den Regierungen und der mit diesen verbündeten Unternehmern der Versuch unternommen wird, den Arbeitern, insbesondere aber den verschiedenen Gruppen von Staatsangestellten das Koalitionsrecht zu entziehen. So bildet jetzt die Tatsache, daß sowohl das österreichische Herrenhaus wie die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses der Absicht der Regierung beipflichteten, die dahin geht, zunächst den Staatsbeamten das Koalitionsrecht zu nehmen, ein sehr lehrreiches Vorspiel zu dem Versuch, der bekanntlich in dem Entwurf zur Reform des österreichischen Strafgesetzes in Beziehung auf die Eisenbahner und die Angestellten aller öffentlichen Betriebe von der Regierung unternommen wird und der bekanntlich darauf abzielt, diesen Gruppen das Recht auf Vereinigung und auf gemeinsame Lohnkämpfe zu rauben.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter beruht auf unserer Produktionsweise. Es ist eine notwendige Folge der rechtlichen Freiheit des modernen Arbeiters. Errungen ist es in allen modernen Staaten nach schweren, opfervollen Kämpfen der Arbeiterklasse. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist erforderlich, soll der Verkäufer der wertvollsten nationalen Ware „Arbeitskraft“ nicht schlechter behandelt werden als der Verkäufer irgendeiner anderen Ware. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter enthält — wie der von Bismarck unter dem 10. Februar 1866 vorgetragene auf Aushebung der Koalitionsbeschränkungen auch gegen die Landarbeiter gerichtete Entwurf anerkenn — eine Verkürzung in der Wahl der Mittel, welche auf die Bestimmung der Arbeitsbedingungen, namentlich des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit, einwirken können, da sie die Verabredung des gemeinschaftlichen Handels, durch das allein der Annahme der Bedingungen Nachdruck verschafft werden kann, einengen. Durch das Koalitionsrecht kommt der Arbeiter erst in dieselbe Lage wie jeder andere Warenverkäufer. Koalitionsbeschränkungen gefährden bei der Untrennbarkeit der Ware „Arbeitskraft“ von der Person ihres Eigentümers die persönliche Freiheit des sozial abhängigen Arbeiters. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist ein Namensmittel im Kampf gegen die ökonomische Herrschaft der Arbeiter. Wer das Koalitionsrecht einengt, sei es durch Gesetz oder durch Vertrag, beschränkt die persönliche Freiheit des Arbeiters, beeinträchtigt seine rechtliche Freiheit und mißhandelt die Arbeitskraft. Er lehnt sich also gegen die herrschende Gesellschaftsordnung auf, welche auf der Arbeit rechtlich frei aufgebaut ist, und sucht die Arbeiterklasse in Verhältnisse zurückzudrängen, die für den einzelnen schlimmer als die Lage in einem Sklavenstaat zu ertragen sind.

Wie sehr auch selbst das bürgerliche Recht von diesem bier dargelegten Gedankengang durchdrungen war, das beweist der Umstand, daß der § 138 des reichsdeutschen bürgerlichen Gesetzbuches, der von Verträgen und Rechtsgeschäften handelt, die „gegen die guten Sitten“ verstößen und daher rechtlich unwirksam erklärt werden, unter den Bedingungen und Rechtsprinzipien, die bei einer gültigen Vertragsschließung beachtet werden müssen, auch dem Sinne nach, die Koalitionsfreiheit darunter einbezieht. Damit nämlich Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beeinträchtigen, für nichtig erklärt werden, war bei Schaffung des § 138 in der Kommission zur Bearbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches von sozialdemokratischer Seite beantragt, im § 138 hinter guten Sitten zu setzen: „oder die öffentliche Ordnung“. Der Antrag wurde als überflüssig abgelehnt, weil alle Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beschränken, unzweckmäßig auch gegen die guten Sitten verstößen und deshalb nichtig sind. In dem Bericht der Kommission heißt es: Zur Begründung des Antrages sei ausgeführt:

„Die Rechtsentwicklung habe zur Anerkennung einer Anzahl hochwichtiger allgemeiner Rechtsprinzipien geführt, so beispielsweise der persönlichen Freiheit, der Koalitionsfreiheit, der Gewerbefreiheit, der Gewissensfreiheit, der Feriheit in Ausübung des Wahlrechts und anderer. Täte nun ein Rechtsgeschäft derartige Grundprinzipien der Rechtsordnung an, so müsse es mit Nichtigkeit bedroht werden. Auch der Code civil erklärt in Artikel 6 jedes Geschäft für nichtig, welches mit Geschenk in Biderbruch steht, welche die öffentliche Ordnung betrifft. Wie sich in Frankreich aus dieser Regel eine hochwichtige Zulässigkeit im Interesse des Schutzes der Freiheit entwickelt habe, so werde es bei der Annahme der beantragten Bestimmung auch in Deutschland der Fall sein.“

Von Seiten der verbündeten Regierungen und von verschiedenen Kommissionsmitgliedern wurde dagegen zunächst auf die völlige Unbestimmtheit des Begriffes der öffentlichen Ordnung hingewiesen, welcher auch in Frankreich zu zähstreichen, keineswegs unbedenklichen richterlichen Entscheidungen geführt habe. Freilich sei gewiß

nicht zu verkennen, daß der Schutz der Koalitionsfreiheit, Wahlreiheit, Gewerbefreiheit u. s. w. die Nichtigkeit gewisser Verträge gebietertisch verlangt. Allein diese Nichtigkeit trete dann auch nach dem Entwurf zweifellos ein, da solche Verträge als „gegen die guten Sitten“ verstoßen zu betrachten seien. Ein Vertrag, durch welchen jemand beispielsweise die Koalitionsfreiheit, die Gewissensfreiheit, die Ausübung oder Nichtausübung des Wahlrechts beschränkt, verstoße zweifellos gegen die guten Sitten. Auch Beschränkungen der Gewerbefreiheit, sofern sie das durch wirtschaftliche Interessen berechtigte Maß überschreiten, seien, als den guten Sitten widersprechend, zu verwerfen. Wo aber ein solcher Widerstreit gegen die guten Sitten nicht vorliege, da müsse der Vertrag auch gültig sein, wie zum Beispiel wenn ein Hotelvert ein an ein Hotel grenzendes Grundstück verlasse und sich dabei ausbedinge, daß der Käufer auf demselben kein Hotel errichten oder betreiben dürfe.“

Dieser Standpunkt freilich wurde von der deutschen Reichsregierung zu einer Zeit eingenommen, wo die Schwarzmacherei nicht so wie heute allseits Triumph gewesen ist. Aber um so wichtiger ist es, daran zu erinnern, und aufzuzeigen, daß heute unsere ganze Rechtsetzungswidlung immer mehr nach rückwärts gravitiert. Verleitet mögen die, die eine solche Entwicklung betreiben, dadurch sein, daß sie dem Koalitionsrecht der Arbeiter irrig ein Koalitionsrecht der Arbeitgeber entgegenstellen und daß ihnen die geschichtliche Entwicklung des Koalitionsrechtes nicht vor Augen steht. Ein Koalitionsrecht der Arbeitgeber ist begrifflich total etwas anderes, wenn man überhaupt von einem solchen Recht sprechen darf, als das Koalitionsrecht der Arbeiter. Unter Koalitionsrecht der Arbeitgeber hat man allmählich das Recht verstanden, das Koalitionsrecht der Arbeiter angreifen zu dürfen. Es ist das dieselbe Verirrführung, als ob man den Trick, der das Eigentum einer fremden Sache entwendet, ein Eigentumsrecht dahin vindizieren würde, daß er das Eigentum anderer angreifen darf. Das Vereinigungsrecht des Arbeitgebers beruht nicht auf der Grundlage der Gesellschaftsordnung, eine Beschränkung seines Vereinigungsrechtes beschränkt nicht die Person des Unternehmers, sondern lediglich eine Möglichkeit, höheren Profit aus der Arbeit seiner Mitmenschen herauszuschlagen. Die Koalition der Arbeiter ist erforderlich, um das Maß zu erhöhen, in dem der Arbeitgeber an den Kulturerwerbungen fassen teilnehmen kann. Die sogenannte Koalition der Arbeitgeber hingegen ist ein Mittel, um die Anteilnahme der Arbeiterklasse an der Kultur und damit die Kulturrehöhe selbst zu senken.

Stagnation und Eisenbahnerorganisation.

Es gibt in allen Gewerkschaften eine Zeit des Aufschwunges und eine des Stillstands. So wie es am Meer Ebbe und Flut gibt, so gibt es hier eine Zeit des Aufstammens und eine der Stagnation. Die Gründe hierfür sind teils subjektiver Natur, entspringen aus der Erkenntnis und aus der Anschaungsweise der Mitglieder, zum anderen Teil haben sie in der ökonomischen Entwicklung ihre festverankerten Wurzeln. In Zeiten flauen Geschäftsganges, in welchen an allen Enden Arbeiter entlassen werden, in solchen Zeiten ist es begreiflich, wenn neue Mitglieder für die Gewerkschaften nicht oder nur schwer und vereinzelt gewonnen werden können. In solchen Zeiten nützen in der Regel die schönsten Worte, die überzeugendsten Gründe nichts, um die Massen zu gewinnen. Denn von wo sollen die Proletarier die Mittel hernehmen, die Beiträge für die Gewerkschaften leisten zu können, die ist es eine leistungsfähige Gewerkschaft, der sie beitreten sollen, nicht geringe sind? In solchen Zeiten ist die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, die einmal gewonnenen Mitglieder zu erhalten, die Rades zu formieren, um über die Krise mit möglichst geringen Opfern hinwegzukommen. Solche Zeiten sind naturngemäß die schwersten für die Gewerkschaften. Da müssen oft schlechte Lohnverträge abgeschlossen, Lohnverschlechterungen mit in den Kauf genommen werden; nicht selten werden darob die Mitglieder empört, bekommen eine But auf die Führer, denen sie die Schuld daran zuschreiben, daß ein solcher Vertrag geschlossen worden ist, weil sie von den engbegrenzten Rahmen ihres Dienstortes die Lage nicht so überblicken können, wie die mit der Weltlage förmlich in Wechselbeziehung stehende Gewerkschaftsleitung, und weil sie einfach nicht glauben können, daß es Momente gibt, wo sie, die Mitglieder der mächtigen Gewerkschaft, die jetzt so empört sind, und im Zuge eines Kampfes sich zusammenschließen würden, wie sie sich noch nie zusammengeschlossen haben, den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber zu schwach sein und im Kampf unterlegen könnten. Da heißt es dann für die Gewerkschaftsleitung Mut und Kraft zu haben, der Empörung standzuhalten und wehe, wenn das nicht gelingt.

Die anderen, der Auffassung der Mitglieder entstehenden Gründe der Stagnation in einer Gewerkschaft, nicht Fluktuation, was etwas anderes ist, sind leichterer Natur, trotzdem aber immer noch beachtenswert. Sie sind zum Teil auch eine Schaltenseite der Kollektivverträge. Die Kollektivverträge sind eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft der Gewerkschaften. Hierfür nur ein Beispiel. Wenn ein Arbeitsmangel in einer Branche eintritt, hat der Unternehmer selbstverständlich das natürliche Bestreben, niedrigere Löhne zu bezahlen. Dieses Bestreben wird ihm förmlich suggeriert durch die massenhaft sich anbietenden Arbeiterklände, deren Besitzer sich nur um etwas verdienen zu können, zu möglichst geringem Lohn anbieten. Der Kapitalist könnte also in Zeiten des geistigen Rückgangs, gleichsam von Natur aus, Löhne reduzieren. Da ruft ihm aber der Kollektivvertrag ein nicht zu umgehendes Halb zu. Wer er beschuldigt, muß er vertragsmäßig entlohn. Mit dem

Reduzieren nach Gußdunken ist es also nichts. Diese paradiesischen Zustände für die Unternehmer sind überall dort, wo Kollektivverträge vorhanden sind, vorbei.

Wie werden Kollektivverträge zugunsten der Arbeiter geschlossen? Das weiß heute schon der Oftmälte. Und auch der, der nicht auf das Programm der Sozialdemokraten eingeschworen ist, weiß es: Solches kann nur die Kraft der Gewerkschaften, nur die und sonst gar niemand. Vor kurzem sind Briefe eines katholischen Arbeiters in Buchform erschienen, dort heißt es an einer Stelle: „Für unser wirtschaftliches Wohl sorgt die Sozialdemokratie!“ Das ist heute der Masse schon längst in Fleisch und Blut übergegangen. Und wenn es daher gilt, zum Abschluß eines Vertrages für eine Branche zu schreiten, so strömen sie herbei die Angehörigen der Branche, werden Mitglieder der Gewerkschaft, vermehren deren Kraft, um so zu erreichen, daß ein für die Arbeiter möglichst günstiger Vertrag abgeschlossen werden kann. Das ist die Zeit der Flut. Die Ebbe kommt nach dem Abschluß des Vertrages. Denn wenn der Vertrag geschlossen, die Kraftleistung vorbei, die Zugeständnisse für mehrere Jahre festgelegt, was hat es dann noch für einen Sinn, in der Gewerkschaft zu verbleiben? Ist es nicht besser, man tritt aus, spart die Mitgliedsbeiträge und tritt dann, wenn neuordnungs ein Kampf droht, wieder ein? So urteilen viele und das ist dann die Ebbe, die Stagnation, die als Ursache die Erkenntnis, die mangelhafte Erkenntnis der Mitglieder hat. Diejenigen, die da glauben, so richtig zu handeln, verstehen freilich nicht, daß eine Gewerkschaft ein kontinuierlicher Betrieb für Rüstungsvorzelegenheiten ist, sie wissen nicht, daß eine Gewerkschaft immer rüsten muß, immer gerüstet sein muß. Gelegentlich wird das so mancher Gewerkschaft zum Verderben. Die Unternehmer erspähen den Moment, benützen die Gelegenheit, fallen über die Gewerkschaft her, brechen Aussprungen vom Bau, und die Branche, deren Angehörige sich in Sicherheit gewiegt, und die Gewerkschaft Gewerkschaft sein ließen, und sich um sie nicht kümmerten, haben nun unter verschlechterten Lohnbedingungen zu leben. Das und die Agitation der Gewerkschaftsleitung bringt es mit sich, daß die Massen immer mehr einsehen, daß es nicht gut ist, nur Mitglieder der Gewerkschaft zu sein, wenn es zum Kampf geht. Und allmählich gelingt es dann auch den Gewerkschaften die Stagnation, die aus der mangelhaften Erkenntnis der Mitglieder resultiert, mit Erfolg zu bekämpfen und den Gewerkschaften nicht nur Mitglieder für die Zeit des Kampfes, sondern auch für den Alltag zu sichern. Die stets ansteigenden Bissern des Mitgliederstandes der Gewerkschaften beweisen es.

Jetzt aber kommt die Nuanwendung auf unsere Organisation. Wann sind für uns die Zeiten der Ebbe und wann sind die der Flut? Da muß gesagt werden: „Wir sind nicht zu betrachten unter den soeben angeführten Gesichtspunkten.“ Unsere eigenartigen Verhältnisse bringen eine eigenartige Konstellation mit sich. Nun kann wohl jemand kommen und kann sagen: „Gut, zugegeben, aber daß eure Eisenbahner jetzt mehr als sonst glauben, sich eurer Organisation anschließen zu sollen, das verdankt ihr gegenwärtig doch nur unserer weisen Regierung und der Feigheit und der Erbärmlichkeit der bürgerlichen Parteien. Denn hätten die bürgerlichen Parteien den Mut gehabt, dafür einzutreten, daß den Eisenbahnen die ihnen versprochenen und darum jetzt ihnen auch schon gebührenden 38 Millionen anstatt der 21 gegeben werden sollen, und hätte die Regierung die 38 Millionen gegeben, so wäre das dasselbe, was ein erfolgreicher Kollektivvertrag ist, und es wäre dann sehr die Frage, ob die Eisenbahner, die jetzt mit vollem Rechte entrüstet sind, und nun keinen anderen Ausweg interessieren, die zum Unterschied von allen anderen unentwegt dafür eingetreten ist, daß den Eisenbahnen ihre 38 Millionen voll gegeben werden, sich ebenso um eure Gewerkschaft scharen würden, wie sie sich jetzt um sie scharen.“

Nun, etwas ist, insofern die Wut der Eisenbahner über den an ihnen begangenen Verrat in Betracht kommt und insofern konstatiert wird, daß nun jeder Eisenbahner es förmlich greifen kann, daß seine Interessen in Wirklichkeit ja doch nur von der für sozialdemokratisch erklärten Zentralorganisation verfochten werden, schon daran. Die Erbärmlichkeit unserer Gegner verschafft uns ja wirklich manchmal Seiten der Flut. Und auch das ist richtig, daß sich jeder nur halbwegs denkende Eisenbahner nach diesem Eiertanz, den die bürgerlichen Parteien aufgeführt haben, um nur ja von der Regierung nicht verlangen zu müssen, daß sie ihr Versprechen hält und den Eisenbahnen die noch fehlenden 17 Millionen gibt, denken muß. Willst du für die Verbesserung deiner Interessen etwas tun, bleibst dir, ob du nun willst oder nicht, ja doch nichts anderes übrig, als in diese sozialdemokratische Organisation einzutreten. Man kann noch mehr sagen. Man kann ruhig zugeben, daß der Elan, mit dem unsere Vertrauensmänner jetzt überall für unsere Organisation eintreten, hervorgerufen wurde durch die Tapferkeit unserer Fraktion im Abgeordnetenhaus. Es ist wirklich nicht so ohne, wenn sich ein Mitglied unserer Organisation, so vor alle, die nicht unsere Mitglieder sind, hinstellen und ausrufen kann: „Was, meine Parteigenossen, Sie haben sich gehalten, Sie haben, als links und rechts die falschen Kämpfer von Ihnen absiedeln, den Ritt ins feindliche Land allein unternommen, denn Sie sind, einzig allein, bestellt von dem Gedanken, den Angestellten zu helfen; Sie und sonst niemand!“ Das erhebendste Gefühl im wirtschaftlichen Kampfe ist, einer Korporation anzuhören, die nicht nur stark, sondern die auch unentwegt bemüht ist, die Interessen ihrer Mitglieder rein zu vertreten. Sich diesem Gefühle jetzt unumschränkt hinzugeben, dazu haben die sozialdemokratischen Eisenbahner wirklich ein Recht. Und das recht drastisch einmal zeigen zu können, es vor der ganzen Welt so einmal demonstrieren zu können: wir sind die Partei der ehrlichen Wollenden während aller anderen die Parteien der im trüben fischen Wollenden sind. Das verdanken wir wirklich dem Verrat

der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Das, aber nicht mehr zu glauben, daß, wenn die Regierung den Eisenbahnen die noch fehlenden 17 Millionen geben hätte, wir möglicherweise einer Stagnation begegnen hätten, das wäre falsch. Dazu sind die Eisenbahner, dank unserer Organisationsarbeit, schon zu weit vorgezogen.

Die Eisenbahner sind ein eigentümliches Völkchen und unterstehen eigenartigen Bedingungen. Sie haben in allerster Linie und zum Unterschied von vielen anderen Branchen eine große Verantwortlichkeit für das Leben — anderer! Das Schicksal vieler Hunderte und auch der Höchstgestellten hängt sehr oft von einem Griff so einer schwieligen Eisenbahnerfaust ab. Zu dieser Verantwortlichkeit müssen die Eisenbahner täglich, ständig angefeuert werden. Bei jedem oft unscheinbarsten Griff, den sie im Dienste zu verrichten haben, müssen sie dessen eingedenkt sein, daß hierauf das Leben vieler abhängen kann. Entsprechend der menschlichen Natur kann so ein unentwegtes Fühlen — denn mit dem Denken allein kann der Eisenbahner im Dienste nicht aus, das muß in das Gefühl übergegangen sein — in dem Bediensteten nur hervorgerufen werden, wenn er sich stets bewußt ist, daß er, sobald er dem Dienste nicht genügt, für sich etwas verlieren kann. Dazu muß der Bedienstete natürlich zuerst etwas haben. Und er hat etwas: Rechte. Eine Menge Rechte. In der Dienstordnung, in den verschiedenen Institutionen, da regnet es nur so von Rechten, von Rechten, die sich die Eisenbahner im schweren Klingen mit ihren Arbeitgebern errungen und ausgebaut haben und über deren Wirkung und Ausmaß die Bahnhverwaltungen stets anderer Ansicht sind als die Eisenbahner. Und nebenbei regnet es noch etwas: Hinterhältige Bestimmungen, die stets vermehrt und erneuert werden, wie man die Rechte den Eisenbahnen wieder nehmen und im Interesse des Profits verkürzen kann, um so die Rentabilität der Bahnen auch von dieser Seite her zu erhöhen!

In einer der letzten Nummern des „Eisenbahner“ ist es als die vornehmste Aufgabe einer Gewerkschaft erklärt worden, das bereits Errungene festzuhalten. Da haben wir nun das Spezielle, das die Eisenbahnerorganisation von allen anderen Organisationen unterscheidet und sie von den für diese geltenden Gesetzen, soweit sie vom Verständnis der Bediensteten für die Organisation abhängig sind, emanzipiert. Der Kampf um die einmal gewährleisteten mannigfachen Rechte, der bringt es mit sich, daß es für die Eisenbahner nie eine Stagnation und nur stets ein Vorwärts geben kann. Und daß für die Rechte der Eisenbahner stets gekämpft werden muß, das braucht man wohl nicht erst zu beweisen. Gesagt aber muß werden, der Eisenbahner, der sich um die Rechte der Bediensteten kümmert — nur „Kurist“ soll dabei keiner werden — der sich darum kümmert, daß die Rechte nicht verkürzt und die Pflichten nicht erhöht werden, der trägt in sich, solange das herrschende System währt, stets das Gefühl: Die Eisenbahner können eine starke Organisation nicht entbehren! Wo täglich so viele drastische Beweise für die Notwendigkeit einer starken Organisation geliefert werden wie bei den Eisenbahnen, kann es kein Stagnieren geben.

Denkbar wäre die Möglichkeit einer Stagnation allerdings, aber auch nur denkbar. Wenn das k. k. Eisenbahministerium, die Direktionen, die verschiedenen kleinen gerne groß werden wollenden Unterläufeln aufhören wollten, von den Rechten der Eisenbahner täglich, ständig abzuwischen, wenn, mit anderen Worten, das heutige herrschende System aufhören würde zu existieren, dann könnte sich so mancher Eisenbahner vielleicht denken, wozu bist du bei der Organisation, gibst Geld aus, es geht ja so alles gut?

Da aber dafür keine Aussicht vorhanden ist, daß das geschieht, und da der sehende Eisenbahner täglich merkt, daß er, wenn er um seine Rechte nicht kämpft, verliert, so ist auch jedem Eisenbahner täglich der Nachweis erbracht, daß die Organisation notwendig ist. Und sein Bestreben, ihr anzugehören, kann nicht ermatzen.

Allerdings, welcher Organisation gegenüber kann der Eisenbahner nicht ermatzen? Natürlich nur einer starken gegenüber, die Erfolg verheißt und die auch unentwegt und unablässigt um alles andere für ihn eintritt kann und will. Ließ man jetzt die Blätter unserer nichtsozialdemokratischen Organisationen: Wie ein müdes Nascheln, als wenn im Walde zur Herbstzeit die Blätter fallen, klingt es aus diesen jetzt heraus. Nirgends blinkt bei ihnen Hoffnungsfreude in die Zukunft. Natürlich, von der Notwendigkeit ihres Bestehens sind jetzt nicht einmal ihre eigenen Mitglieder überzeugt; denn außer den Sozialdemokraten, wo gab es bei der Abstimmung über die 17 Millionen noch Männer? Und von den schon wenigen, die noch ihre Mitglieder sind, sind es die meisten nur, weil sie sich schämen, sich selber einzustehen, so lange auf falschem Wege gewesen zu sein! Für alle diese die Eisenbahnerinteressen so schlecht wahren Organisationen gibt es wohl Seiten der Stagnation und auch — Entroddlungerscheinungen. Für uns sind solche Dinge nicht vorhanden, denn für unsere Notwendigkeit sprechen die Zustände auf den Bahnen und unsere Taten. Und das macht uns stark und darum stets gesucht.

A. R.

Die Ausgestaltung der Gewerkschaftskommission.

Schon seit längerer Zeit macht sich das Bedürfnis nach einer weiteren Ausgestaltung der Zentrale der österreichischen Gewerkschaften und damit auch der Festigung ihrer Beziehungen zueinander sehr bemerkbar. Wer aufmerksam Blätter die Vorkommnisse auf jenen Gebieten verfolgt, die von der gewerkschaftlichen Tätigkeit beeinflußt werden, wird sich der ernstesten Befürchtungen um die Zukunft nicht entwinden können.immer rücksichtsloser entwickelt sich der Klassenkampf, insbesondere sowohl der wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiterschaft in Frage kommt, und immer schwieriger gestaltet sich dennoch auch die Tätigkeit der Gewerkschaften.

Die österreichischen Unternehmer haben wohl von ihren ausländischen, in östlicheren Ländern produzier-

enden Klassengenossen nicht gelernt, die Industrie vor der Habgier der Agrarbourgeoisie und der Animosität der feudalen Hochbürokratie zu schützen, um so mehr aber haben sie ihnen die gegen die vorwärtsstrebbende Arbeiterschaft anzuwendenden Lücken und Rüden abgelaufen. In immer größer werdenden Vereinigungen, die nur im hornierten Hass gegen die Einzugsbestrebungen der Arbeiterschaft ihre Entwicklungsmöglichkeiten erblicken, vereinigen sich die Unternehmer, um diesem Hass in allen Formen Ausdruck zu verleihen. Der latente Kampf der Verwaltungsbürokratie gegen das bisherige Koalitionsrecht, dessen sich die österreichischen Arbeiter heute noch erfreuen; die allem normalen Rechtsempfinden hohesprechenden Erpressungsanklagen und Verurteilungen der letzten Jahre; die völlige Stagnation der sozialen und der Arbeiter-Schutzeigebung; das vollständige Verschwinden selbst der wenigen Spuren sozialen Geistes, der noch vor wenigen Jahren im österreichischen Bürgertum zu finden war: dies alles sind die Zeichen der Tätigkeit unserer Unternehmerverbände, die in ihrer Ausübung verständnisvolle Gegenliebe bei der Staatsbürokratie finden, bei welcher der Hass gegen die moderne Arbeiterbewegung die Animosität gegen die Industrie noch weit überwiegt.

Nicht nur die Entwicklung der Unternehmerverbände jedoch legt den Gewerkschaften die Pflicht auf, um die Festigung ihres Gefüges für die Zukunft beizustehen. Auch in den eigenen Reihen zeigte sich doch eine Lockerung, die zu überwinden es schwerer, mehrjähriger Mühen bedurfte. Die nationalsozialistische Strömung in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, die ihren deutlichsten Ausdruck in den separatistischen Bestrebungen der tschechischen Gewerkschaften fand, drohte in sehr empfindlicher Weise die Aktionskraft der internationalen Gewerkschaften zu lähmen.... Nun ist wohl diese Gefahr endgültig beseitigt, und es gibt heute keinen ernst zu nehmenden Gewerkschafter in Österreich mehr der etwa meinen könnte, es liege auch nur im Bereich der Möglichkeit, auf die Wünsche der Separatisten einzugehen. Am Gegenteil: Erst jetzt, da alle Gefahr, die einheitliche Schlagkraft der Gewerkschaften könnte durch den Separatismus leiden, vorbei ist, zeigt sich deutlich, wie wohl diese daran getan, dem separatistischen Ansturm standzuhalten.

Wenn aber der mehrjährige Kampf gegen den Separatismus auch mit dessen restloser Abweitung endete, so lehrte er anderseits den österreichischen Gewerkschaften doch eines: Die absolute Notwendigkeit der Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen und damit auch die Notwendigkeit der Kräftigung unserer Zentralenrichtungen. Nur nicht der Separatismus allein zeigte uns, wie dringend die Befriedigung dieser Notwendigkeiten ist; wie bereits gesagt: Nicht minder war dies aus der Ausgestaltung der Unternehmerorganisation und aus dem völligen Versiegen jedes „Tropfens sozialen Oels“ im gesamten Staatsbetrieb erkennbar. Was jedoch dem Separatismus auf diesem Gebiet zuzuschreiben ist, ist die Verhinderung dieser Ausgestaltung, die schon seit langem erkannt, immer wieder veragt werden mußte, da die Abwehr der separatistischen Bestrebungen alle verfügbaren Kräfte in Anspruch nahm.

Nun aber ist der Kampf endgültig zu Ende und die Gewerkschaften können gemeinsam mit ihrer Zentralstelle darangehen, allgemach jene Ausgestaltung und Festigung ihrer Einrichtungen durchzuführen, die unbedingt nötig sind, sollen sie auch für die Zukunft jener Lichtblick der Arbeiter in der finsternen österreichischen Nacht sein, der sie schon bisher waren. Von dem Interesse, welches die Gewerkschaften dieser Ausgestaltung entgegenbringen werden, wird das Tempo abhängen, in welchem diese zur Durchführung kommen wird. Geplant ist die Befriedigung mancher Notwendigkeit, mancher Unverträglichkeit: Ob und in welchem Ausmaß sie zur Wirklichkeit werden wird, liegt lediglich an den Gewerkschaften. Es ist zu hoffen, daß die drohenden Zeichen der Gegenwart, die uns für die Zukunft noch schlimmeres künden, ihnen jenes Interesse für die Bedürfnisse der Gesamtheit lehren, ohne welches kein Fortschritt möglich ist.

Als erster Schritt zu jenen Zielen, die wir in vorstehendem erörterten, ist die Ausgestaltung der „Gewerkschaft“ ab 1. Jänner zu einem Wochenblatt gedacht*. Allwochenlich wird das Organ der Gewerkschaftskommission mit wesentlich erweitertem Inhalt den Ortsgruppen und den Leitern unserer Gewerkschaften zukommen. Schon daraus, daß die Zentralstelle der österreichischen Gewerkschaften nun offiziell mit diesen in Führung tritt, wird sich eine wesentliche Erstärkung der gegenseitigen Beziehungen ergeben. Wann und in welchem Umfang diesem ersten Schritt die nächsten folgen werden, wird von dem Interesse abhängen, welches die Gewerkschaften für ihr gemeinsames Vorgehen gegen alle Feinde der Arbeiterklasse zeigen werden.

Was ist Krieg?

Einige hunderttausend Mann stark sich versammeln, Tag und Nacht marschieren, ohne Ruh, ohne zu denken, ohne zu lernen und ohne zu lesen, seinem Menschen zu etwas nützlich sein, im Schmutz verfaulen, im Schlamm liegen wie ein Vieh, unausgelebt stummfünfzig dahinsieben, Städte plündern, Dörfer anzünden, Völker ruinieren, beim Zusammentreffen mit einem anderen gleichen Haufen menschlichen Fleisches sich auf ihn stürzen, das Blut in Strömen vergießen, die totige, blutgetränkte Erde mit zerfetzten und durcheinandergeworfenen Menschenleibern bedecken und Berge von Leichen aushäufen, deren Hände und Beine weggerissen und die Gehirne verspielt, ohne Nutzen für jemand; kreppieren in einer Ecke des Feldes, während eure Eltern, Frauen und Kinder vor Hunger daheim umkommen, das ist Krieg!

Oder: In ein Land eindringen, den Mann, der sein Haus verteidigt, erwürgen, die Wohnhäuser der

* Die tschechische Ausgabe wird bis auf weiteres 14-tägig erscheinen. Eine polnische Ausgabe der „Gewerkschaft“, die gleichfalls 14-tägig erscheinen soll, ist im Prinzip bereits beschlossen, mit Rücksicht auf die ungünstigen politischen Ereignisse jedoch auf unbestimmte Zeit verlegt.

Armen und Elenden, die kein Brot mehr haben, in Brand stecken, die Einrichtungsgegenstände zerbrechen, die kleineren Gegenstände stehlen, den Wein in den Kellern saufen, den Rest aussinnen lassen, die Frauen und Mädchen, die man in den Straßen begegnet, vergewaltigen, Millionentwerte vernichten, hinter sich unzähliges Elend und die Cholera zurücklassend: Das ist Krieg.

Guy de Maupassant.

Inland.

Unser Eisenbahnerheim.

Unser Eisenbahnerheim steht unter Tach. Stolz übertrug es seine neben ihm stehenden Nachbarn. Mit voller Gewissheit wird das schöne Heim, das durch eigene Kraft der organisierten Arbeiter entstanden ist, im Juli seiner Vollendung entgegengehen. Tausende Genossen, die zu dem großen Werke beigetragen haben, freuen sich auf den Moment, wo sie in ihr selbstgeschaffenes Heim werden einziehen können. Aber das Werk ist nur bis zur Hälfte gediehen. Die andere Hälfte der Arbeit hat den kommenden Frühling. Mit dem Fortschreiten des Baues wachsen aber auch die Sorgen des Verwaltungskomitees. Der Finanzplan, der auf Grund von Beschlüssen zu stande kam und auf den wir unsere Hoffnung bauten, wurde nicht erfüllt. Viele Ortsgruppen haben an dem großen und schönen Werke fast keinen Anteil genommen und die Beschlüsse und Wünsche des Verwaltungskomitees nicht erfüllt.

Deshalb wenden wir uns zu Neujahr an alle unsere Vertrauensmänner und Mitglieder mit der Bitte, uns die Sorge dadurch zu verringen, daß sie Mitglieder des Vereines des Eisenbahnerheims selbst werden und weitere Genossen zu Mitgliedern anwerben. Auch bei allen Zusammensätzen sollte auf den Haushaufonds nicht vergessen werden. Bei Feierlichkeiten und Bällen sollte immer ein Teil des Neingewinnes diesem erhabenen Zweck zugewiesen werden. Denn so fleißig und tüchtig das Verwaltungskomitee auch sein mag, aber aus Nichts kann es ein so großes Werk nicht vollenden. Mit vereinten Kräften wird es das Schwerste zur Freude aller Genossen leicht vollbringen.

Da das Heim insbesondere für die nach Wien kommenden Eisenbahner eine wahre Erlösung sein wird, so bitten wir heute alle Genossen und Freunde, den Beschlüssen Rechnung zu tragen, damit aus eigener Kraft dieses Heim vollendet werde, den Gegnern zum Trübsaltragen zu Nutz.

Was die Deutschgelben können.

Die Iglauer Deutschgelben hielten jüngst einen „Kreisparteitag“ ab, wie sie das Krägel nannten, das da zusammenkam. Asperl Prayon sprach über Organisation. Das Iglauer deutschgelbe Blättchen berichtet darüber:

In kurzen Zügen wiedergegeben, führte der Redner folgendes aus:

1. Die Deutsche Arbeiterpartei ist eine Notwendigkeit und bei entsprechender Förderung von Seiten deutscher Arbeitnehmer imstande, die breiten Volkschichten in den Dienst der deutschen Arbeiterbewegung zu stellen.

2. Sie kann die Interessen der Arbeiter, Beamten, Lehrer, Gewerbetreibenden und kleinen Bauern vertreten.

3. Sie ist eine Klassepartei, ohne aber diesen Begriff engherzig aufzusuchen. Sie ist selbstständig und unabhängig.

4. Sie gibt öfter Beweise ihrer Selbstlosigkeit.

5. Wir sind als Gemeinburgschaftspartei nie unseren Pflichten untreu geworden.

6. Wir haben nie unsere nationalen Pflichten verletzt oder den allgemeinen nationalen Belangen Schaden gebracht.

7. Die allgemeine Kurie des Landtages gehört der Arbeiterklasse, ist als Vertretung für diese gedacht. Will man daher, daß diese Mandate der Deutschen Arbeiterpartei oder einer der internationalen Parteien gehören sollen?

8. Es müssen die Gemeinburgschaftsparteien unsere Bewerber anerkennen, deren Wahl unterstützen und alles tun, um sie zu sichern, denn nur so ist die Deutsche Arbeiterpartei in der Lage die deutschbürgerlichen Parteien in den anderen Kurien voll und ganz zu unterstützen.

Die Deutschgelben „retten“ Arbeiter, Beamte, Lehrer, Gewerbetreibende und Bauern, sie sind eine „Klassenpartei“ und doch keine Klassenpartei, sie sind „selbstständig“ und tun alles, was die Bürgerlichen wollen; sie sind „treu“ und „selbstlos“ und darum bitten sie ergebenst um Überlassung einiger Mandate. Sie wollen dann gern wieder, wenn der Mandatshunger einiger deutschgelber Strelz gesättigt ist, eifrig kläffend den Sozialdemokraten zwischen die Beine fahren!...

Ein Exposé des Eisenbahministers über Reformen auf den k. k. Staatsbahnen.

Im Staatseisenbahnrat sprach der Eisenbahminister Freiherr v. Forster über die Reorganisation der k. k. Staatsbahnen. Es waren hauptsächlich die obligaten Versicherungen, daß sich die Reformprojekte: Entlastung des Ministeriums, Neuabgrenzung der Direktionsbezirke und Neugestaltung des inneren Dienstes im Stadium des Studiums befinden, aus dem sie nicht herauszukommen scheinen. Freiherr v. Forster berichtete, daß im Kasendienst das Postsparkassenamt zur Geldabfuhr und zum Geldvertrag bemüht werden soll, und daß Vorsorge dafür getroffen wurde, daß Versorgungs- und Ruhegenüsse im Wege des Postsparkassenamtes zur Auszahlung gelangen. Es seien mit 1. Oktober 1912, dort, wo es die Verhältnisse erlauben, im Interesse eines rascheren Wagenverkehrs durchgehende Güterzüge am Stelle etappenweise nach Direktionsbezirken abgestuft eingeführt werden. Aus den Ausführungen des Eisenbahministers heben wir nachstehende Mitteilungen über die Interessierung des Personals an dem Betriebserfolg und über die Reform des Instruktionswesens wördlich hervor. Der Eisenbahminister erklärte:

Eine weitere Anregung des Staatseisenbahnrates, welche wir konkret zu verfolgen Anlaß genommen haben, ist der Gesichtspunkt, daß Personal an den Betriebserfolgen zu interessieren. Das Wort ist leichter ausgesprochen als in die Tat umgebracht. Ein Organismus von der ungeheuren Größe der Staatseisenbahndirektion mit der unweichselhaft gegebenen, dem Staatbetrieb aller Belange eigenständlichen Erziehung des Nivellierens macht es nicht leicht, Punkte herauszufinden, wo überzeugende Dienstleistungen belohnt werden können. Wir haben aber im Bewußtsein dessen, daß das Ziel ein anstrebenwertes ist, trotzdem den Weg beschritten und haben sowohl im Verschubdienst als im Magazindienst — es sind das zwei unserer allergrößten Dienstzweige, die vielleicht noch außen hin nicht so aufschein, aber nach innen eine sehr bedeutende Rolle spielen — versuchsmässig das Prämiensystem zur Einführung gebracht. Zu welcher Weise wir die Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten zu regeln haben werden, ist heute noch eine offene Frage. Ich gestehe aber sofort, daß speziell hier auf dem Gebiete des Werkstättdienstes über die Modalitäten, unter denen die Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Betriebserfolg stattzufinden hätte, nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den Fachleuten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Insbesondere sind die Vorstände der Werkstättenleitungen, also diejenigen Männer, die mitten im Betriebe stehen, bezüglich der Möglichkeit und Zugänglichkeit dieser Neuerung sehr geteilt.

Wir meinen daß die beste Interessierung des Personals an den Betriebserfolgen eine auskömmliche Entlohnung des Personals ist und daß sich aus dem Verschub- und Magazindienst auch mit Prämien nicht mehr herauslösen läßt, als man auch ohne diese herauslösen könnte. Befreits der Reform des Instruktionswesens äußerte sich Freiherr v. Forster:

Ein weiterer Punkt, in welchem wir den Anregungen des Staatseisenbahnrates gefolgt sind, ist die Reform des Instruktionswesens. Ich weiß nicht, ob einer der verehrten Mitglieder des Staatseisenbahnrates jemals Gelegenheit gehabt hat, sich mit unserem Instruktionswesen auch nur ausführlich zu beschäftigen, aber ich verrate kein Amtsgeheimnis, wenn ich mitteile, daß mir ein ganze Bibliothek von Instruktionen besitzen und daß diese Bibliothek Bände enthält, die untereinander nicht immer sonderlich harmonieren, oft en Unklarheiten leiden u. s. w. Zur gewissen Ungereimtheiten Anlaß geben, die schon seit langer Zeit dahin drängen, hier eine Reform vorzunehmen. Auch diese Arbeit ist eine schwierige. Es handelt sich hier um ein ungeheures Material, und auch hier ist das Wort „Reform“ viel leichter ausgesprochen als verwirklicht.“

Auch bezüglich dieser Angelegenheit wird der österreichischen Staatsbahndirektion wohl nie etwas anderes beschieden sein als ein ewiges „Studium“.

Ausland.

Das Emporstellen deutscher Gewerkschaften.

Ein Bild über das riesenhafte Anwachsen einzelner Gewerkschaften in Deutschland zeigt folgendes: Ende 1910 zählten die der Generalkommission der Gewerkschaften angehörenden Verbände 2.128.021 Mitglieder, ein Jahr später, Ende 1911, waren es bereits (ohne Landarbeiter und Hausangestellte) 2.400.018. Und im laufenden Jahre hielt der Aufstieg weiter an: 53 Verbände, die im Juli 1911 erst 1.951.678 Mitglieder zählten, waren im Juli dieses Jahres auf 2.120.088 angewachsen. Die Nischenverbände, solche mit mehr als 100.000 Mitgliedern, deren sieben vorhanden sind, zeigen gegen Ende des Jahres 1910 folgende Veränderungen auf:

Verbund der	Jahrs der Mitglieder	Jahrs der	Bundes
Metallarbeiter . . .	464.014	534.139	70.125
Bauarbeiter . . .	242.518	295.688	53.040
Transvaalarbeiter . . .	152.954	216.261	63.207
Frischlarbeiter . . .	167.007	206.293	39.199
Koarbeiter . . .	164.912	190.746	25.804
Legi.arbeiter . . .	117.241	138.355	21.111
Zusammen . . .		272.466	

Für die Bauarbeiter liegt die Zuliziffer nicht vor; es ist hier der Bestand von Ende 1911 eingeschlossen. Nach die Bergarbeiterorganisation zählt mehr als 100.000 Mitglieder, zurzeit circa 119.000, der Bestand ist infolge des durch christlichen Vertrag verloren gegangenen Streiks etwas gesunken. Die Scharte wird bald wieder ausgeweitet sein. Die Organisationen wachsen also trotz der großen Hindernisse.

Zusammenschluß der Eisenbahner in England.

Nachdem die Delegiertenversammlung der Amalgamated Society of Railway Servants (A. S. R. S.) die Bedingungen für den Zusammenschluß mit der General Railway Workers' Union (G. R. W. U.) und der United Pointsman and Signalmen's Society (U. P. S. S.) angenommen hatte, wurde ein gemischtes Komitee von diesen drei Verbänden ernannt, um die neuen Statuten zu entwerfen. Die Gesamtmitgliederzahl der drei Verbände beläuft sich auf 149.000, die sich wie folgt auf die drei Verbände verteilen: A. S. R. S. 120.000, G. R. W. U. 24.000, U. P. S. S. 5000.

Vor einiger Zeit bestand noch die Hoffnung, auch die Associated Society of Locomotive Engineers (Locomotivführer) für diesen Zusammenschluß gewinnen zu können, leider hat diese Organisation nun aber beschlossen, allein zu bleiben. Sobald die Bedingungen festgelegt sind, werden sie den Mitgliedern unterbreitet werden. Nach endgültiger Annahme der Bedingungen wird dann der Zusammenschluß an einem später zu bestimmenden Datum stattfinden.

Wenn der Zusammenschluß vollzogen ist, an dessen Zustandekommen wohl nicht mehr gezweift werden kann, dann ist England das einzige unter vielen Ländern, wo die Vereinigung aller Eisenbahner ohne Unterschied ihres Dienstgrades in eine Einheitsorganisation die größte Vollkommenheit erreicht hat.

Einigungsbestrebungen unter den Eisenbahnern Italiens.

Vor einigen Jahren ist in der Organisation der italienischen Eisenbahner (Sindacato Ferrovieri Italiani) eine separatischige Vereinigung entstanden, die durch scherhaftische Gegenseite und politische Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen war. Nun haben sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit derart gestaltet, daß eine Anzahl

gewissenhafter Eisenbahner, die sowohl dem alten Sindacato als den anderen drei neu entstandenen Eisenbahnerorganisationen (Verband der Eisenbahnerarbeiter, Bund der Eisenbahnbeamten und Bund der Verkehrsangestellten) angehören, ein Komitee gebildet haben, welches die Förderung der Vereinigung der vier Organisationen beabsichtigt. Das Komitee richtete einen Aufruf an die gesamte Kollegenschaft Italiens mit dem dringenden Erfüllen, ihm bei dem Einigungswork mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Zentralleitung des Sindacatos veröffentlichte in der letzten Nummer des Verbandsorgans eine Mitteilung, in der von diesen Einigungsbestrebungen Kenntnis gegeben wird. Gleichzeitig erklärt die Verbandsleitung, den Verbandsmitgliedern volle Handlungsfreiheit zu überlassen, macht sie aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß nur der Verbandstag die Macht besitzt, Veränderungen im Statut vorzunehmen, sowie über das Schicksal der Organisation zu beschließen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Sicherheitszustände auf den Wiener Stadtbahn.

Zu unserem Gerichtsaalbericht gleichen Titels in unserer letzten Nummer haben wir nachzutragen, daß sich der Vorfall am 23. September 1911 ereignete, also glücklicherweise deshalb noch so glimpflich verlief, weil das entsprechende Hilfspersonal (Stadtmauer) bei den Bürgen vorhanden war. Wir würden jedoch unsere Pflicht nicht erfüllen, wenn wir an die Staatseisenbahndirektion nicht folgende ernste Fragen richten würden:

Hat die Staatseisenbahndirektion folche Vorfälle bedacht, als sie die Stadtmauer von den Stadtbahnzügen wegnahm? Wie und auf welche Weise wurde vorgesorgt, daß sich bei der Durchwegnahme der Stadtmauer verminderter Sicherheit ein solcher Vorfall nicht wiederholen kann?

Diese Fragen werden wir freilich nicht beantwortet erhalten, so wie auch die diesbezügliche Interpellation des Abgeordneten Genossen Tomischl an den Eisenbahminister (27. Oktober 1911) unbeantwortet blieb. Aber im Biederholzfall eines solchen oder ähnlichen Vorfalls werden wir Sorge tragen, daß diese Fragen in den Gerichtsaal dringen, um dort eine Antwort zu erhalten!

Zusammenstoß in Oberhollabrunn. Am 7. März fand in der Station Oberhollabrunn ein Zusammenstoß zwischen dem in der Richtung nach Teisnach verkehrenden Zugzug Nr. 85 und dem nach Wien fahrenden Schnellzug Nr. 4 statt. Zug Nr. 85 stand mit der Lokomotive gegen Norden auf Gleise 4, der Schnellzug fuhr auf Gleise 2 in die Station ein. Die Ursache des Unfalls war der Umstand, daß der Zug Nr. 85 das Merkzeichen des Wechsels Nr. 7 übersehen hatte, so daß die Lokomotive dem Gleise 2 so nahe war, daß eine Streifung unvermeidlich wurde. Die Folgen des Unfalls waren eine Beschädigung beider Lokomotiven und mehrerer Waggons sowie des Bahnhofs, ferner ärztlich festgestellte schwere Verlebungen der Passagiere Viktor Schleim aus Leopold, Julius Rosenfeld aus Wien, Josef Ort aus Kloster und des Zugbegleiters Gottfried Schanda, ferner mehrfache leichte Verlebungen.

Wegen dieses Vorfalls erhob die Staatsanwaltschaft beim Kreisgericht Korneuburg gegen den Lokomotivführer Josef Plas, den Stellvertreterfahrer Josef Wenka und den Weichenwärter Ignaz Bodl die Anklage wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens.

Dem Lokomotivführer Josef Plas wurde zur Last gelegt, daß er das Merkzeichen von 12 Meter überfahren habe und dann etwa vier Minuten an jener Stelle mit der Lokomotive gestanden sei, ohne rechtzeitig zu sehen, daß der Wechsel schon für den Schnellzug auf Ableitung stünde. Der Zugbegleiter Wenka wurde angeklagt, weil er bei der Verschiebung mit dem Zug Nr. 85 sich am rückwärtigen Teil des Zuges aufhielt, so daß er das Überfahren des Merkzeichens nicht beobachten konnte. Dem Weichenwärter Bodl lagte die Anklage zur Last, daß er sich von seinem Wächterposten eigenmächtig entferne, so daß er gleichfalls das Überfahren der Grenzmarke nicht bemerkte.

Bei der am 7. Dezember 1912 vor dem Kreisgericht Korneuburg stattgehabten Hauptverhandlung verantwortete sich der von Dr. Leopold Käh aus Wien verteidigte Lokomotivführer Plas dahin, daß er vor dem kritischen Vorfall lediglich in Befolgung der Signale bei einer Verschiebung vorgesfahren sei und in Befolgung des Haltsignals sofort angelassen habe. Daß er inzwischen das Merkzeichen überfahren habe, könne er von der Fahrerseite nicht sehen, weil es damals (gegen 9 Uhr abends) an jener Stelle sehr dunkel war und an dem auf der Heizerseite befindlichen Merkzeichen der Kastenstrich fehlte. Gegenüber den Behauptungen mehrerer im Unterforschungswege vernommenen Zeugen, wonach schon bei Antritt jener Verschiebung der Wechsel für den Schnellzug gestanden sei, betonte Plas, daß dies unrichtig sei. Offenbar sei der Wechsel erst nach Antritt der Verschiebung umgestellt worden, doch habe er dies nicht bemerkt, weil er auf die Signale nach rückwärts sehen müsse.

Der von Dr. Köcher verteidigte Zugbegleiter Wenka rechtfertigte den bei jener Verschiebung gewählten Platz als vollkommen ordnungsmäßig.

Der Weichenwärter Bodl verteidigte von Dr. Gesch, daß zu seiner Verantwortung herover, daß es zu seinen Pflichten gehört, für die Beleuchtung des von seiner Stellnerhütte circa 200 Schritte entfernten Semaphors zu sorgen. Als nun das Fahrsignal für den Schnellzug erlöst, bemerkte er, daß das Einfahrtssignal nur halb beleuchtet war. Er fragte daher beim Verkehrsassistenten Rausa telefonisch an, ob er den Semaphore beleuchten gehen könne und nahm auf Grund der Neuverordnungen des Verkehrsassistenten an, daß dieser damit einverstanden sei. Bodl erklärte weiter, daß er den Wechsel schon lange bevor der Schnellzug vorgesfahren war, für den Schnellzug gestellt habe.

Nach durchgeföhrtem Beweisverfahren verkündete der Vorsitzende Landesgerichtsrat Dr. Veneditz das Urteil, wonit alle drei Angeklagten freigesprochen wurden.

Eisenbahnygiene.

Die Nervenkrankheiten der Eisenbahner. Auf den Eisenbahnen hängen die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Passagiere nicht allein von der Beschaffenheit des toten Materials, sondern auch von der körperlichen und geistigen Gesundheit des Personals ab. So ist vor allem zu verlangen, daß die Eisenbahner über ein gutes Nervensystem verfügen, aber leider ist die Neurasthenie so außerordentlich bei den Angehörigen dieses Berufes verbreitet,

dass man fast von einer Berufskrankheit sprechen kann. So erkranken nach Schmecken in einem Jahre in Preußen 2773 Angestellte an Neurosen, gegen nur 141 an Überzulose. Das selteneren Vorkommen der letzteren ist auf die strenge Auslese bei der Aufnahmuntersuchung zurückzuführen. Da der Eisenbahner aber durchaus über ein gutes Nervensystem verfügen muss, so müssen alle Individuen mit schwachen Nerven vom Dienst ausgeschlossen werden; dazu gehören auch solche, die von Haus aus erblich belastet sind, sowie die Trinker. Denn an das Nervensystem werden im Eisenbahndienst besonders hohe Anforderungen gestellt und die dienstliche Überanstrengung, Verlebungen und der Alkohol zerstören solche von vornherein nicht normale Nerven bald vollständig, während vollkommene Menschen die Schädlichkeiten eher überstehen. In den Ursachen der Dienstunfähigkeit überwiegen die Nervenkrankheiten. Im Interesse der Betriebsicherheit ist zu verlangen, dass Nervenkranken eine gute speziellärztliche Behandlung zuteilt wird. Zur Bekämpfung des Alkoholismus bei den Eisenbahnen müssen die alkoholhaltigen Getränke während des Dienstes ferngehalten werden. Gewährung anderer und billiger Erfrischungsgetränke, Bereitstellung von guten Aufenthaltsräumen, getrennt von den Restaurants, ist notwendig. Die Neurosenarbeiter unter den Eisenbahnen seien am besten ganzlich entlastet, dasselbe Verlangen ist an die Lokomotivführer zu stellen.

Auf nervöser Grundlage beruhen gewisse Dämmerzustände, die bei Eisenbahnangestellten nicht so selten auftreten werden. Man findet sie bei Epileptikern, Degenerierten, Alkoholikern. Die Krankheit kann durch die Neigung zu phantastischen Sinneswahrnehmungen sowie durch den Hang zu Wachträumen verhängnisvoll werden. Die Kranken erscheinen dabei oft wenig auffällig, obwohl das Bewußtsein getrübt und die Wahrnehmungen durch Traumhandlungen verfälscht sind. Gewaltheitshandlungen können explosionsartig erfolgen. Der Nervenarzt Dr. Ploczki in Berlin erzählte den Fall eines Lokomotivführers, der an Gesichtsschmerzen litt und dadurch am Sprechen kaum und Schlafen verhindert war. Als dieser Mann mit seinen Angehörigen von einem Ausflug heimlich und schon im Abteil Platz genommen hatte, verwehrte er plötzlich den Seinen und Freunden den Eintritt, wurde sehr zornig, verhielt sich dann, als seine Angehörigen durch den Nebenraum eindrangen, ruhig und antwortete auf keine Frage. Zu Hause wußte er nichts mehr von dem Vorfall. Er hatte keinen Tropfen Alkohol getrunken.

Ein tragisches Beispiel von Gewaltheitshandlungen bei Schaftrunkens ist von Professor Gudden mitgeteilt. Ein Stationsvorsteher wurde einmal überfallen; durch dieses Ereignis wurde er ängstlich, fürchtete einen neuen Überfall und schickte zu seinem Schuh ein Mausergewehr und einen Revolver. Eines Nachts schließe er, nachdem er die Züge abgefertigt hatte, fast am Schreibstil ein. Der Zugführer eines eintreffenden Güterzuges ging zum Stationsgebäude, um seine Papiere abzugeben. Ihm folgten zwei Wagenwärter. Er klopfte, horchte dann auf, klopfte nochmals stärker und rüttelte fröhlig am Türgriff. Unmittelbar darauf brachte ein Schuh und der Zugführer sank tot zu Boden. Der Stationsvorsteher war von dem Klopfen jäh aus dem Schlafe erwacht, glaubte überfallen zu werden von einer ganzen Bande, hatte das auf dem Tisch liegende Gewehr ergriffen und einen Schuß gegen die Tür abgegeben. Gleich nach dem Schuß trat er aus der Tür mit dem Gewehr in der Hand. Als die Wagenwärter ihn nun beschimpften, sagte er: „It's euch etwa nicht recht?“ und hielt dabei das Gewehr schußbereit gegen einen der Deute. Ein Mann entwand es ihm. Er sprang sofort ins Zimmer zurück, verschloß die Tür, schob den Revolver ab, lief in den ersten Stock, um den Stationsvorstand zu wecken, zeigte sich sormährend sehr erregt und schrie: „Ich lasse mich nicht erzögeln!“ Klar zeigt dieses Beispiel den Ablauf solcher Schaftrunkens und ihre verhängnisvollen Folgen.

Wie bei anderen Berufen gibt es auch bei Eisenbahnen Nervenkrankheiten, die auf Alkoholismus beruhen. Nach ihrer Häufigkeit und Wichtigkeit hat man sogar in erster Linie auf Schädigungen nervöser und psychischer Art zu achten. Verhältnismäßig häufig und frühzeitig machen sich mit leichtem Zittern verbundene Schmerzen bemerkbar, die auf Nervenentzündungen beruhen, die aber meist unter der Rubrik Rheumatismus behandelt werden. Bei chronischen Alkoholisten ist oft eine gewisse Muskel- und Körperschwäche zu beobachten. Die Behandlung des Kranken muss so frühzeitig wie möglich einsetzen. Am frühesten tut es aber die Verbeugung. Zu wenig Gewicht wurde bisher auf den Alkoholgenuss außerhalb des Dienstes gelegt. Bei ausgebrochener Erkrankung ist eine Belehrung notwendig über die Giftwirkung des Alkohols trotz vielfach nur mäßigen Genusses und über die Notwendigkeit völliger Entzugsmaßnahmen.

Die Frage, ob die Maßnahmen genügen, um geistige Störungen bei den Eisenbahnbeamten frühzeitig zu erkennen, wird von Dr. Salzmann in Altenstein verneint. Er macht daher den Vorschlag, dass eine noch innigere Fühlung zwischen den Vorständen und den zuständigen Bahnräten erfreut werden müsse. Sobald der Dienststellenvorsteher beobachtet, dass ein Beamter eigenartig wird, ein verändertes Wesen zur Schau trägt, dass seine Leistungsfähigkeit zurückgeht, dann muß er verpflichtet werden, dem Bahnnarzt davon Mitteilung zu machen und eine Untersuchung der geistigen Fähigkeiten des verdächtigen Bediensteten beantragen. Wie der Gehör. und Schriftprüfung große Beobachtung geschenkt wird, so muss auch die Untersuchung des Nervensystems mehr berücksichtigt werden. Jeder Beamte, der einen verantwortungsvollen Dienst zu verrichten hat, sollte in gewissen Zeiträumen von einem Bahnnarzt nach einem bestimmten Plan auf sein Nervensystem untersucht werden.

Von Unfällen abgesehen, gibt es im Eisenbahnerberuf mehr Entstehungsmöglichkeiten für Nervenleiden wie in irgend einem anderen. Die im Außendienst tätigen Beamten werden in ganz besonderem Maße geistig wie auch körperlich angespannt. Ihre Tätigkeit erfordert die allergrößte Genauigkeit. Das Bewußtsein, dass jede kleinste Abweichung Menschenleben gefährden kann, strafft ihre geistige Tätigkeit auf das intensive ein, hält sie fast in dauernder Erregung, selbst wenn man die Gewöhnung in Rechnung zieht. Derartige seelische Erregungen, wie sie hier der Dienst mit sich bringt, schädigen einen an und für sich gefunden Menschen nicht wesentlich in seinem Nervensystem. Es handelt sich hier um Menschen, bei denen sich immer wiederholende derartige Anspannungen aller Geisteskräfte die größte Widerstandskraft mindern. Nach den Erfahrungen Professor Meiers in Königsberg trifft man dies besonders häufig bei Personen, die im Innendienst tätig sind. Diese sind nicht den intensiven geistigen Erregungen ausgesetzt, aber beständig seelischen Eindrücken, die gerade in ihrer Dauer schwerer wirken. Hier kommt die grohe Zahl der Unter-

beamte in Betracht, deren verhältnismäßig häufige Nervosität dadurch ihre Erklärung findet, dass ihre Arbeit eine verhältnismäßig einönige ist und doch recht anstrengend; die Möglichkeit, sich zu erhöhen und auszustrecken, ist naturgemäß für sie eine begrenzte. Abgesehen von den dabei häufigen körperlichen Beschwerden, wie Kopfweh, Schwindel, schlechter Schlaf, erscheint vor allem ihr seelisches Gleichgewicht gestört. Einmal sind sie leicht müde, angegriffen, dann zeigen sie weniger Energie und Entschlussfähigkeit.

Die Sterblichkeits- und Invaliditätsverhältnisse der Lokomotivführer. Der Versicherungsmathematiker H. Braun in Ludwigshafen hat auf Grund des Beobachtungsmaterials des Vereins deutscher Lokomotivführer und Heizer in Worms Berechnungen über Sterblichkeits- und Invaliditätsverhältnisse des Lokomotivführers- und Heizerpersonals angestellt. Das Material ist ein gleichartiges, denn als Mitglieder wurden nur aufgenommen Werkmeister, Werkführer, Lokomotivführer sowie Lehrlinge und Heizer, welche zum Führerzeug zugelassen werden. Von den 1909 vorhandenen 18.216 Mitgliedern sind 17.726 im Fahrdienst und 520 in anderen Stellungen beschäftigt gewesen. Die Aufnahmesbedingungen sind derart, dass sie einen Anreiz geben, dass sich die einzelnen Personen gleich nach ihrer bahnamtlichen Anstellung zur Aufnahme in die Versicherung melden. Die bahnamtliche Anstellung erfolgt aber nur, wenn die betreffende Person einwandfreie Gesundheitsverhältnisse aufweist. Die Aufnahme wird durch eine ärztliche Untersuchung beweist, wie bei den Lebensversicherungsgesellschaften. Die Grundsätze über Pensionierung sind wohl bei sämtlichen deutschen Betriebsverwaltungen dieselben. Sie kann ebenfalls nur auf Grund eines ärztlichen Bezeuges erfolgen. Einerseits hat die Verwaltung ein Interesse daran, die Pensionsleistungen für den Staat nicht allzu groß werden zu lassen, andererseits muss sie das Bestreben haben, im Interesse der Betriebsicherheit, die nicht mehr ganz dienstverwendbaren Elementen auszuholen. Alle statistischen Untersuchungen über die Sterblichkeit der allgemeinen Bevölkerung weisen eine bedeutende Abnahme der Sterblichkeit auf, dagegen eine Zunahme der Invaliditätswahrscheinlichkeit. Nach der allgemeinen Erfahrung müssten auch die vorliegenden Untersuchungen ein solches Ergebnis liefern. Die Ergebnisse Brauns, die in der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft“ veröffentlicht sind, bestätigen diese Voraussetzung. Vergleicht man die Sterbenswahrscheinlichkeit der noch im aktiven Dienst befindlichen Lokomotivführer mit der Sterbenswahrscheinlichkeit einer früher, von Zimmerman aufgenommenen Statistik, welche die Jahre 1868 bis 1884 umfasst, so bemerkt man zunächst einen bedeutenden Rückgang der Sterblichkeit in den Altersjahren von 20 bis 60. So ging die Sterbenswahrscheinlichkeit zurück im Alter von 20 Jahren von 8.26 auf 3.14, also auf um 62 Prozent, im Alter von 40 Jahren von 11.42 auf 7.01 Prozent. Der Grund für den bedeutenden Rückgang der Sterblichkeit ist ein zweifacher. Einmal haben sich die Sterblichkeitsverhältnisse allgemein außerordentlich verbessert. Nur dazu kommt, dass sich speziell die hygienischen Verhältnisse im Eisenbahndienst gehoben haben. Das sind die besseren Urlaubsvorhältnisse, das Alkoholverbot, die auf den Lokomotiven geschaffenen Schuhseinrichtungen, die Verbesserung der Aufenthalts- und Übernachtungsräume, mit einem Wort, die durch die Besonderheiten des Berufes entstehenden Gesundheitsgefahren sind abgeschwächt worden. Ganz bestimmt hat die vom Alter von 50 an stark gesetzte Pensionierung dazu beigetragen, dass aus der Reihe der Aktiven die gesundheitlich nicht mehr so festen Personen in größerer Zahl ausgeschieden sind, und dass die verbliebenen Aktiven zu einer Gruppe gelehrter Personen wurden, für die sich notwendigerweise eine recht günstige Sterblichkeit herausstellen musste. Das starke Anwachsen der Sterbenswahrscheinlichkeit Ende der Fünfzigerjahre und der ebenso plötzliche rasche Abfall vom Alter 61 an kann wohl nur als eine Einwirkung der Pensionierungen erklärt werden. Es lässt sich eine Selbstauslese insofern denken, als im Laufe der Fünfzigerjahre allmählich pensioniert werdennde Leute mit Rücksicht auf die Einführung ihrer Pensionsbezüge, die Pensionierung von sich aus möglichst lange hinauszuschieben suchten, und dann aber mit Eintritt in die Sechzigerjahre erfolgten viele Pensionierungen, und es verbleibt ein Bestand gelehrter aktiver Personen, der dann erst unter den Alterseinflüssen rasch absinkt. Zweifellos hat auch eine sorgfältigere Auslese von Personen in den Eisenbahndienst stattgefunden, das heißt es sind strengere Anforderungen bei der ärztlichen Untersuchung in den letzten Jahren gestellt worden.

Nach den Feststellungen Brauns hat die Invaliditätswahrscheinlichkeit in den Altersjahren bis 45 einen auffallend starken Rückgang und von den Fünfzigerjahren eine auffallend große Steigerung erfahren. Lediglich ist dies nur so zu erklären, dass die von den Eisenbahnverwaltungen gestellten gesundheitlichen Anforderungen sehr streng geworden sind. Was die Zunahme der Invalidität in höherem Alter anlangt, so wird als die Zunahme der Dienstuntauglichkeit in erster Linie steigendes Element die erhöhte dienstliche Anspruchnahme und die damit verknüpfte Abnützung der geistigen und körperlichen Kräfte anzusehen sein. Obwohl erscheinen die allgemeinen und speziellen Anforderungen, wie sie an das Lokomotivpersonal früher und jetzt gestellt wurden, wenn man die verschieden... Reglements vergleicht, nicht derart verändert, dass daraus eine größere berufliche Anstrengung und Abnützung geschlossen werden müsste, es ist im Gegenteil die tägliche Dienstdauer allmählich etwas günstiger geworden. Aber wenn auch die Dienstschichten im Laufe der Jahre nicht mehr von so langer Dauer sind wie früher, so gehen doch die zwischen liegenden Ruhepausen (vor allem an den Umkehrstationen) und Ruhezeit oft an die Mindestgrenze dessen, was nach den Bundesratsbestimmungen eingehalten werden soll. Der gestiegene Verkehr bedingt, worauf Braun mit Recht hinweist, eine schnellere Zugfolge und Fahrgeschwindigkeit, die gegenüber früher vermehrten Signalen verlangen eine ausmerksamere Beobachtung, kurz, der Dienst ist in verschiedenen Punkten anstrengender geworden. Wenn auch die früher verwendeten Lokomotiven infolge ihrer technischen Mängelhaftigkeit vielleicht schwieriger zu behandeln waren, so sind die neuern zwar technisch leistungsfähiger, dafür aber auch schwerer zu bedienen. Die Intensität der Arbeitsleistung ist größer geworden, und hat eine größere und raschere Abnützung der Arbeitsfähigkeit zur Folge. Ein Grund für das Ansteigen der Invaliditätsziffer in den allerletzten Jahren ist der, dass früher auf allen Lokomotivstationen es schwere, leichte und ganz leichte Dienste gab, und dass für den letzten die älteren nicht mehr so vollständig dienstbrauchbaren Personen, die zu der Ausübung der schweren Lokomotivdienste sich nicht mehr eigneten, immer noch verwendet werden. Dieser ganz leichte Dienst ist aber jetzt beseitigt, die verschiedenen Dienste sind gleichmäßig schwer, so dass man für diese Teilinvaliden, als welche

man die älteren Lokomotivbeamten ansiehen könnte keine dienstliche Verwendung mehr besitzt, sondern sie eben pensionieren muss.

Eine gewisse Rolle spielt endlich noch die Fortdauerung bezüglichswise die Verschärfung der ärztlichen Untersuchungsmethoden. Da es sich um Berufsunvalidität handelt, so kann bei dem Lokomotivpersonal diese wesentlich vom vorherigen wohlbekannten Hörs- und Sehvermögen (Sehkraft, Farbenunterscheidungsvermögen) u. s. w. abhängt, so bedingt zum Beispiel der Umstand, dass in den letzten Jahren das Farbenunterscheidungsvermögen nicht mehr mit der Holmgrenzschnecke, sondern mit den Farbtäfeln nach Professor Nagel festgestellt wurden, sicher eine Erhöhung der Invaliditätsfälle.

Das Resultat der Betrachtung der Invaliditätswahrscheinlichkeit lässt sich dahin zusammenfassen, dass die Verminderung der Invalidität in den jüngeren Altersjahren im Zusammenhang mit der bedeutenderen Erhöhung für die späteren Alter nur den Schluss zulässt, dass bei der Aufnahme in den Eisenbahndienst zwar eine strenge gesundheitliche Auslese erfolgt, jedoch die dienstliche Anspruchnahme zu einer solchen Abnützung der Kräfte führt, dass die Invaliditätswahrscheinlichkeit in den höheren Lebensjahren gegen früher wesentlich zunehmen mußte. In den jüngeren Jahren lässt sich die Invalidität nur so erklären, dass sie auf zufällig eingetretene Ursäume, Krankheiten und Schwächezustände zurückzuführen ist, während die hohe Invalidität des höheren Alters einmal auf der starken beruflichen Abnützung, andererseits auf in eigenen Ansireben der Pensionierung infolge erreichter hoher Pension beruht.

Streiflichter.

Schädigung von Bediensteten der Österreichischen Nordwestbahn und der L. L. Nordbahn. Abgeordneter Genosse Komischik hat an den Eisenbahminister folgende Interpellation gerichtet:

Die nachstehend mit Namen angeführten Bediensteten der genannten L. L. Direktionen wurden in ihren ihnen auf Grund der Einreichungsgrundlage und durch die Dienstpragmalts gebührenden Rechten gewidmet:

Franz Dobrat, Signalmeister in Chlumek, untersteht der Direktion der L. L. österreichischen Nordwestbahn, wurde bei der Einreihung dieser Bahn in den Status der L. L. Staatsbahnen als Signalmeister eingestellt und hat demnach Anspruch, in dieser Kategorie verbleiben zu können. Trotzdem wurde ihm jedoch von der L. L. Direktion der genannten Bahn aufgetragen, sich als Bahnmeister einschulen zu lassen, und als er ansuchte, als Signalmeister weiterdienen zu können, wurde dieses Ansuchen am 8. April 1. J. von der genannten L. L. Direktion abgewiesen und er wird nun verhalten, sich als Bahnmeister einschulen zu lassen, um nicht mehr Signalmeister, sondern Bahnmeisterdienste zu verrichten. Die L. L. Direktion kann für ihre Verfügung keine stichhaltigen Gründe anführen. Der Hinweis, dass keine Signalmeisterposten disponibel sind, wird durch die Tatsache widerlegt, dass in letzter Zeit sechs Ausflussignalmeister aufgenommen worden sind, die ja schließlich doch mit Signalmeisterposten betraut werden.

Der Punkt 2 des § 40 der Dienstdordnung setzt als ein dem Bediensteten gewährleistetes Recht die dauernde Verwendung auf einem der Bedienstetenstaturen entsprechenden Dienstposten fest. Für einen Signalmeister ist aber der Bahnmeisterdienst keine entsprechende Verwendung. Der Dienst eines Signalmeisters und der eines Bahnmeisters ist derart verschieden, dass ein Signalmeister, der zum Bahnmeisterdienst kommandiert wird, wohl für lange Zeit damit rechnen muss, in seinem neuen Dienst keine vollmögliche Arbeitskraft zu sein. Es ist nun gewiss auch ein Recht der Bediensteten, zu verlangen, dort verwendet zu werden, wo sie schon Erfahrung besitzen. Infolgedessen ist die Vergebung des Signalmeisters Franz Dobrat eine bureaukratische Maßregel, nur dazu geeignet, dem betreffenden Bediensteten Unannehmlichkeiten zu bereiten, ohne dass der L. L. Bahnverwaltung damit genügt wird.

Die bei der L. L. Nordbahn in der Station Brod bei Bediensteten Blocksignalmeister Bolejnit, Slavicka, Chalalit, Bapletal und Luger wurden zu Blockwächtern überstellt. Dasselbe geschah mit dem Blocksignalmeister Johann Berkus in Mährisch-Ostrau. Die L. L. Nordbahn erklärt, der Dienst sei ein Blockwächterdienst. Wer den Dienst der betreffenden Bediensteten kennt und das fachmännisch beurteilen kann, kommt zu dem Schluss, dass dieser Dienst als Blocksignalmeisterdienst qualifiziert werden muss. Trotzdem erklärt die L. L. Nordbahn, der Dienst sei ein Blockwächterdienst. Diese Auffassung der L. L. Nordbahn ist ein Beweis dafür, dass die Tendenz vorwaltet, bestehende Rechte der Bediensteten durch willkürliche Auslegungen zu entziehen.

Die Interpellanten stellen daher an den Herrn Eisenbahminister die Anfrage:

Ist der Herr Eisenbahminister geneigt, dahin zu wirken, dass die den Bediensteten in den Einreichungsgrundlagen und in der Dienstdordnung gewährleisteten Rechte in objektiver Weise gewahrt werden und ist er insbesondere bereit, zu verfügen, dass der Signalmeister Dobrat in Chlumek als Signalmeister verbleiben kann und dass die Blocksignalmeister in Brod und Mährisch-Ostrau nicht willkürlich zu Blockwächtern degradiert werden?

Zu den bevorstehenden Delegiertenwahlen in die Versichertenversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen. Nachdem diese Wahlen bei den Staatsbahnen bald ausgeschrieben werden dürfen, ist es notwendig, die Eisenbahner darauf aufmerksam zu machen, welches Wohlwollen die Patenchräten jener Eisenbahner entgegenbringen, die im Dienste Krüppel wurden oder ihre Gesundheit einbüßten und daher Unfallrenten beziehen.

In Nummer 11 des Verkehrsblattes vom 1. Juni 1912 finden wir folgenden Versammlungsbericht, den wir im Auszug bringen:

Innsbruck. Herr Obmann Thurner (ein Revident) verlas in Abwesenheit des Schriftführers das Protokoll der letzten Versammlung und hielt hierauf einen kurzen Vortrag über die Ursachen der Leistungsfähigkeit der Unfallversicherung. Hierauf wurde die Debatte eröffnet und über Antrag der Herren Köhler, Hagenauer und Schnatter folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Zentralstelle ist aufzufordern, maßgebenden Orts dorthin zu wirken, dass zum Zwecke der Sanierung der Unfallversicherung und zur Belebung der Versicherten jährlich ein Verzeichnis aller Rentner samt deren Bezügen beizulegen, welche veröffentlicht werde, damit durch eine öffentliche Kontrolle die alten Schmarotzer abgeschüttelt werden können.

Was man mit diesem Antrag will, ist klar. Man will alle, die Unfallrenten beziehen, schonungslos dem schäbigsten Denunzianten gejüngel preisgeben, damit, wie es so schön heißt, „die alten Schmarotzer abgeschüttelt werden können“. Man beachte: Die Bahnhverwaltungen kennen die Höhe der Unfallrenten eines einzelnen, der Rente bezicht. Diese, die die Kosten der Unfallversicherung voll und ganz aufzutragen haben, verabschmähen das vorgeschlagene Mittel. Sie haben nie daran gedacht. Es war ihnen wahrscheinlich zu schmälig. Erst den Christlichsozialen war es vorbehalten, diese Erfindung zu machen.

Es wird leider auch jetzt schon viel dominiert. Der obige Antrag zeigt uns wenigstens, wo wir diese gefüllten Ehrenmänner zu suchen haben. Bezeichnend ist, daß die „Christen“ von der unbedingten Ehrlichkeit ihrer Gegner überzeugt sein müssen; sie haben nicht zu fürchten, daß ihnen Gleiche mit Gleichen vergolten wird, sonst könnten sie doch kaum wagen, einen derartigen Antrag zu stellen.

Interessant ist, daß man auf diese Art und Weise die Unfallversicherung „sanieren“ will, obwohl es gar nicht notwendig ist, daß die Herren zu diesem Zweck ihr bisheriges Gehirnschnalz vergeben, denn die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt ist ja ohnehin „saniert“.

Wenn sie die Geschäftsvorberichte der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt lesen würden, so müßten sie wissen, daß die Renten der Versicherten durch das eingezahlte Kapital gedeckt sind und dazu die Versicherten keinen Heller beitragen, sondern daß die Eisenbahnverwaltungen den Abgang zu deder haben.

Die vorgeschlagene „öffentliche Kontrolle“ fände also nur den Eisenbahnverwaltungen zugute.

Korrespondenzen.

Süßenbrunn, Staats-eisenbahn-gesellschaft. (Des inspekto-sarbeiter.) Der Herr Vorstand von Süßenbrunn eignet sich nach und nach alle Tugenden eines würdigen Vorstandes der I. l. Staatsbahnen an. Das zeigt die Drohung an, die er sich kürzlich gegenüber den Arbeitern leistete: „Ich werde es euch schon zeigen, wie ich euch niedergängeln kann!“ So wie sich dieser Herr Vorstand einbildet, Vorstand zu sein, ist das Vorstandsein allerdings nicht schwer; denn die Arbeiter unbedenklich und auf jede Weise „niedergängeln“ bringen auch jeder Prosoh in Russland zusammen. Aber es mußte doch eine Ehre darin liegen, ein wahrhafter Vorstand dadurch zu sein, einen Weg zu gehen, sowohl die Rechte der Verwaltung als auch jene die Bediensteten und Arbeiter immerdar hochzuhalten und zu schützen — allerdings, eine sehr schwierige Aufgabe. Nach einer solchen Ehre zeigt jedoch ein Prosoh in Russland nicht!

Heiligenstadt. Als wir uns an dieser Stelle am 1. August sowie auch am 1. November 1912 mit den Zuständen im Bahnhof Heiligenstadt beschäftigten und auf das Treiben des Vorstandstellvertreters Herrn Offizial K w i t n i o v s k y aufmerksam machten, glaubten die Bediensteten und Arbeiter, die I. l. Staatsbahndirektion werde geordnete Verhältnisse schaffen und den feinen Herrn, welcher von der russischen Grenze stammt, und daher auch hier russische Verhältnisse einführt, auf den richtigen Weg verweisen.

Obwohl der Dienst in dieser Station kein brillanter ist, und vom Personal infolge gesteigerten Verkehrs fast unmenschliches verlangt wird, so hat die I. l. Staatsbahndirektion für solche Wünste und Beschwerden nur taube Ohren und der Herr K w i t n i o v s k y trägt das Seine noch bei. Schon lange bitten die Verschieber von der Lastseite um Verstärkung der Verschubpartien um einen Mann; weil sie die Arbeit infolge gesteigerter Verkehrs nicht bewältigen können, sowie auch die Partien auf der Donauanlände nicht einmal die zum Eisen nötige Zeit haben und ihr Mittagmahl ratenweise einzunehmen müssen, was dann viele Erkrankungen zur Folge hat. Ober sollen es sich die Leute so einrichten, wie man Pferde füttert, nämlich einen Futtertag umhängen?

Auch das übrige Personal ist nicht auf Rosen gebettet, indem der Herr K w i t n i o v s k y ihm den Dienst aus dem Vabn-dienst zu scheiden. Herr Dr. Bauer ist Bahnarzt seit dem Bestand der Krankenfasse und hat sich innerhalb seiner vielseitigen aufopferungsvollen Tätigkeit viele treue Freunde und Verehrer unter den Kassenmitgliedern erworben. Er war stets bemüht, human und gewissenhaft gegen seine Patienten zu handeln und ein Muster von Ehrenhaftigkeit. Der Abgang des Herrn Dr. Bauer wird von den Mitgliedern der Krankenfasse und deren Angehörigen allgemein bedauert. Möge es Herrn Dr. Bauer beschieden sein, noch recht viele ruhige und freundliche Jahre im Ruhestand zu verbringen.

Wir raten diesem Herrn, seine Handlungsweise gegenüber dem Personal zu ändern, sonst müßten wir das nächstmal deutlicher sprechen. Dem Personal aber raten wir, soweit es nicht in unserer Organisation steht, sich derzeitlich anzuschließen, was die beste Antwort auf die geschilderten Verhältnisse ist.

Mährisch-Schönberg. Durch das vor mehreren Jahren bei den österreichischen Staatsbahnen zur Einführung gebrachte Tantiemensystem, hat sich eine fürchterliche Tantiemewirtschaft in der Werkstätte Mährisch-Schönberg ausgebildet. Ein jeder, noch so kleine Vorgesetzte, treibt mit rücksichtsloser Brutalität die Arbeiter zur größten Arbeitsleistung an. Die Werkstättenarbeiter würden sich noch über diese Antreiberei hinwegsetzen, wenn von Seiten der Vorgesetzten die Beschaffung der zur Arbeit erforderlichen Materialien oder Werkzeuge angestrebt würde. Jedoch weit gefehlt! Unbekümmert, ob das zur Arbeit nötige Werkzeug oder Material vorhanden ist, wird nur gesagt und angetrieben. Dass sich dies nicht halten kann, ist begreiflich; das muß sich ändern, und zwar nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Bahnhverwaltung. Eine radikale Verbesserung muß eintreten, wenn nur halbwegs geordnete Verhältnisse Platz greifen sollen. Es heißt immer, die Werkstätte leistet zu wenig, die Arbeiter kommen zu teuer, mordieren beständig u. s. w. Freilich könnte noch mehr geleistet werden, aber dazu ist es notwendig, daß die Werkstätte Mährisch-Schönberg besser technisch auszustatten wäre, und daß das Personal besser zu entlohnen sei. Eine lohnbefriedigte Arbeiterschaft ist auch leistungsfähiger. Keine Privatwerkstätte wagt es, ihre Arbeiter so schlecht zu entlohen, wie die I. l. Staatsbahnen.

Diese Herren haben sich bei dem Tantiemensystem zur Aufgabe gemacht: viel Leistung und wenig Zahlung; da sollen sie nur bei sich selber anfangen, diese Gangarten. Und wenn die Arbeit in der Werkstätte Mährisch-Schönberg zu teuer kommt, so sind nicht die Werkstättenarbeiter daran schuld, die unermüdlich angetrieben werden, sondern diese technischen Anhänger, die von den Werkstättenarbeitern mitgeschleppt werden müssen.

Und nun fragen wir! Wo kommen denn diese Summen von Tantiemen her, welche alljährlich zur Auszahlung gelangen? Offensichtlich nur von den Arbeitsbienen aus der Werkstätte, welche angeblich zu saul sind und zu wenig arbeiten. Für so stumpfsinnig sollten die Herren die Professionisten doch

nicht halten. Am schönsten macht es die Werkstättenleitung in der Abteilung I. Dort findet man bei den Eingangstoren Tafeln angebracht, welche den Zweck haben, die Lieferzeit der in Reparatur befindlichen Lokomotiven und Tender zu bestimmen. Die Tafeln wurden bei den Toren aus dem Grunde dort befestigt, daß erstens jeder Arbeiter, wenn er herein- oder hinausgeht, immer auf die darauf bestimmte Lieferzeit der Maschinen und Tender erinnert wird. Zweitens, daß von den Vorgesetzten immer darauf hingewiesen werden kann: dort steht es geschrieben, die Lokomotive oder der Tender hat unbedingt bis zu dieser Zeit fertig zu sein. Das ist die Erfindung der Mährisch-Schönberger Techniker, wie ohne Werkzeuge und ohne Material rasch gearbeitet wird.

An dem Heißhunger nach Tantiemen ist schon so mancher erkrankt. Der Herr Werkmeister Friedl besorgt die Tantiemenjäger vorzüglich. Das eine steht fest, daß der Werkmeister Friedl mit seiner erprobten Tätigkeit rein gar nichts dazu bringt, um das bekannte Staatsbahndienst zu verringern. Das ist so festgestellt, daß kein einziger Werkstättenarbeiter darüber im Zweifel sein wird. Als wohlergöner Krieger nach oben hat es dieser Mann verstanden, sich auch nach unten entsprechend auszubilden, und die Folgen dieser Ausbildung sind es, die das Werkstättenpersonal nun nicht mehr ertragen kann. Auf Grund seiner auf Müßiggang aufgebauten Macht, wagt dieser Herr die frechsten Neubergriffe, und traktiert diese mit Terrorismus durchzudrücken. Eine Freude ist es anzusehen, wie er wieder so manchem Protegierten auf so hohe Noth hinauf hilft. Friedl ignoriert jede gute Ansicht der älteren Arbeiter, und demütigt diese bei jeder Gelegenheit wie die Lehrbuben. Was er nicht selbst beispielhaft kann, das besorgen seine bekannten Jüdäe im blauen Arbeitskittel, und zwar nicht nur während der Arbeitszeit, sondern sogar nach Arbeitsschluß. Wir werden vorläufig keine Namen nennen, weil wir eine Besserung erwarten.

Wir werden nicht ermangeln, in nächster Zeit noch in ausführlicher Weise die Verhältnisse der Werkstätte Mährisch-Schönberg darzulegen. Es soll vorläufig diesem Herrn ein Fingerzeig sein, wie die Werkstättenarbeiter ihrer beruflichen Ausbildung nach behandelt sein wollen. Aber auch den Arbeitern muß gesagt werden, daß sie ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation ablegen müssen.

Steyr. (Dr. Schwinner Protaktor von Strebern?) Bei den Steyrer Bahnbediensteten zählt auch ein gewisser Erasmus Zimmermann, der von den Mitarbeitern fast allgemein als Streber angesehen wird. Als solcher fehlt er den Mantel natürlich auch in politischer Hinsicht stets nach dem Wind und schlief sich immer dort an, wo für seine Pläne die Aussichten am besten sind. Als die deutsch-nationalen Eisenbahner in Steyr noch einen Anhang hatten, war der Zimmermann „Nas“ natürlich „national“. Heute scheinen ihm die Aussichten bei den Christlichsozialen besser zu sein, so ist er denn „christlichsozial“. Warum? Weil ihm in Steyr, wie es scheint, ein Protaktor zur Seite steht, den er für seine Ziele brauchen kann. Ist wo eine Stelle zum Vororten in Aussicht, so ist der Zimmermann „Nas“ einer der ersten Anwärter und er schafft sich keinen blauen Teufel darum, ob ältere Diener da sind oder nicht. So wars auch vor kurzem, als eine Zugsführerstelle frei wurde. Als der „Nas“ hörte, daß die Stelle ausgeschrieben werde, bekam er sofort Hände und Füße und als er Verdacht schöpfte, daß die Stelle ein anderer bekommen könnte, lief er sofort zu seinem Protaktor — Dr. Schwinner, damit er ihm zur Seite stehe. In der Tat fuhr Dr. Schwinner zur Staatsbahndirektion nach Linz und intervenierte in Gunsten seines — Strebers. Zum Glück ohne Erfolg, da die Direktion erklärte, dem Personal nicht voreilen zu wollen und den mit dem Personal vereinbarten Weg einzuhalten. Hätte Dr. Schwinner ein geeignetes Ohr gefunden, so wäre durch seine Protection und durch das Streben seines Alienten ein älterer Diener zu Schaden gekommen. Die Eisenbahner werden sich dieses Vor-gehen christlichsozialer „Kollegen“ und Anwälte merken.

Lundenburg. Wie uns mitgeteilt wurde, beabsichtigt Herr Dr. Bauer wegen vorgerückten Alters aus dem Vabn-dienst zu scheiden. Herr Dr. Bauer ist Bahnarzt seit dem Bestand der Krankenfasse und hat sich innerhalb seiner vielseitigen aufopferungsvollen Tätigkeit viele treue Freunde und Verehrer unter den Kassenmitgliedern erworben. Er war stets bemüht, human und gewissenhaft gegen seine Patienten zu handeln und ein Muster von Ehrenhaftigkeit. Der Abgang des Herrn Dr. Bauer wird von den Mitgliedern der Krankenfasse und deren Angehörigen allgemein bedauert. Möge es Herrn Dr. Bauer beschieden sein, noch recht viele ruhige und freundliche Jahre im Ruhestand zu verbringen.

Boranzeige!

Das mit allseitigem Beifall ausgenommene
■ Eisenbahner-Faschings-Wochblatt ■

Der Faschings-Courier

gelangt im Jänner 1913 wieder zur Ausgabe. Beiträge die für das Blatt bestimmt sind und Überentwürfe bitten wir schon jetzt an die Redaktion unseres Blattes gelangen zu lassen. Die Bestellungen hierfür sollen rechtzeitig gemacht werden, damit wir die Auslage bestimmen können. Genossen, macht in euren Kreisen auf das Erscheinen des „Courier“ aufmerksam

Redaktion und Verlag: „Der Eisenbahner“

Versammlungsberichte.

Reichskonferenz des Verschubpersonals.

Am 11. Dezember 1912 fand im Arbeiterheim Wien X die von der Zentrale einberufene Reichskonferenz des Verschubpersonals aller Bahnen Österreichs statt. Die außerordentlich große Beteiligung und der würdige Verlauf der Konferenz gaben Zeugnis davon, wie ernst die Lage des Verschubpersonals ist, und welches Interesse es den auf der Tagesordnung der Konferenz stehenden Fragen entgegenbringt. Diese Tagesordnung lautete: 1. Die Forderungen des Verschubpersonals: a) die Dienstzulage von 24 Kr. monatlich und die vom

Eisenbahministerium geplante Einführung der Verschubprämie; b) die anderthalb Jahre Laufzeit der Dienstzeit; c) die übrigen Forderungen des Verschubpersonals. 2. Eventuelles. An der Konferenz nahmen teil: 137 Delegierte von 122 Ortsgruppen und 8 Personalkommissionenmitgliedern; die Zentrale war durch die Genossen Schwab, Wabitsch, Weigl und Adolf Müller, das Prager Sekretariat durch Genossen Brodecky und das Triester Sekretariat durch Genossen Kopal vertreten. Wegen Verhindern des Lemberger Sekretärs wurde Genosse Einfeld von der Zentrale der Konferenz beigezogen. Von Provisionsfondsausschuss war Genosse Tomischek war durch eine Sitzung des Budgetausschusses am Erscheinen in der Konferenz verhindert. Abgeordnete Genosse Tomischek war durch eine Sitzung des Budgetausschusses am Erscheinen in der Konferenz verhindert und ließ sich entschuldigen.

Die Konferenz wurde um 9 Uhr vormittags vom Genossen Schwab mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in der er die Delegierten im Namen der Zentrale begrüßte und sie einlud, durch rege Beteiligung an den Beratungen mitzuholen, die Lage des Verschubpersonals zu verbessern. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergreift Genosse Neidinger das Wort. Er schilderte die Geschichte der Aktion, die von der Zentrale um Erringung der Verschubzulage von 24 Kr. geführt wurde und wies auf die Schwierigkeiten hin, die zu überwinden waren, um vorerst die maßgebenden Maßnahmen von der Berechtigung der Forderungen des Verschubpersonals zu überzeugen. Heute muß das Eisenbahministerium anerkennen, daß das Verschubpersonal, sowohl mit Rücksicht auf seine besondere Dienstleistungen wie auch mit Rücksicht auf die Erfahrungen des Verschubdienstes, auf eine besondere Entschädigung Anspruch haben kann, im Prinzip ist also die Forderung des Personals anerkannt, nur um die Form der Entschädigung muß noch gekämpft werden. Und dieser Kampf ist um so schwieriger, als durch die Ablehnung des vom Abgeordneten Genossen Tomischek gestellten 17 Millionen-Antrages durch die bürgerlichen Abgeordneten, das Eisenbahministerium in seiner bisherigen Personalpolitik unterstützt wird und alle Forderungen des Personals, die in diesem Antrag enthalten sind, unter Berufung auf das Wort des Abgeordnetenhauses ablehnt. Es ist nun in der Sache erforderlich eine Änderung eingetreten, als das Eisenbahministerium die Absicht hat, durch Einführung einer „Verschubprämie“ den berechtigten Forderungen entgegenzutreten und dieses Prämienystem in manchen Stationen bereits probeweise eingeführt hat. Es ist klar, daß abgesehen von den allgemeinen Bedenken, die man gegen jedes Prämienystem haben muß, diejes Prämienystem ganz besonders scharf geprüft werden muß, von dem das Eisenbahministerium selbst sagt, daß es „zur Errreichung möglichster Ökonomie im Verschubdienst“ eingeführt wird und bei dem die Prämie „im Verschubdienst“ zu der bei der Ausführung dieses Dienstes tatsächlich erreichten Verminderung der Auslagen bemessen beziehungsweise ermittelt“ werden soll. Redner bespricht jedoch an der Hand des Nr. 17 des „Eisenbahner“ veröffentlichten Ministerialerlasses die einzelnen Bestimmungen des geplanten Prämienystems und verweist auf die wichtigen Mängel, die das System in der gegebenen Form für das Verschubpersonal unannehmbar machen. Soll das Verschubpersonal von seiner Gegnerschaft dem Prämienystem gegenüber abscheiden und die Überzeugung gewinnen, daß es durch dieses System nicht nur zu Mehrleistungen angetrieben werden, sondern auch eine materielle Verstärkung erreichen wird, dann müssen wenigstens die härtesten Bestimmungen des Prämienystems bestätigt oder gemildert werden. In den provisorischen Bestimmungen über die Verschubprämie ist eine ungleiche Aufteilung der Prämie auf die Platzmeister, Verschubaufseher, Oberverschubmeister und Berichter vorzusehen, was wohl weder gerecht noch förderlich ist. Die Leistungen des Verschubpersonals haben heute bereits überall eine Höhe erreicht, die kaum mehr zu übersteigen ist, es scheint aber, daß man nachgebenden Orts noch eine höhere Leistung herauszufinden hofft und zu diesem Zweck den Platzmeister mit einem größeren Prämienanteil belohnen. Dies bedeutet für das Verschubpersonal eine große Gefahr, die sein Leben und seine Gesundheit bedroht. Wenn eine Erhöhung der Leistungen beim Verschubdienst überhaupt noch möglich ist, dann kann sie nur durch gleiche Interessierung aller Beteiligten an der Prämie erreicht werden. Eine weitere, ganz unbegründete Härte im provisorischen Prämienregulativ ist die Bestimmung, daß „Passiu-posten“ auf die Prämienrechnung des nachfolgenden Monats übertragen werden sollen. Demgegenüber muß das Verschubpersonal verlangen, daß auch die von ihm in schwerer und gefährlicher Würde erarbeiteten, aber nicht ausgezählten „Plusposten“ auf die nächste Monatsrechnung gutgeschrieben werden. Nachdem der Referent noch eine Reihe weiterer Mängel des vorgeschlagenen Prämiensystems besprochen und die notwendigen Änderungen erläutert und begründet hat, empfiehlt er eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution zur Annahme.

An der nun folgenden Diskussion beteiligten sich die Delegierten von Matzleinsdorf, Rusle, Stadlau, Raasdorf, Schönbrunn, Wien, Leoben, Angern, Budweis etc. Fast alle Redner sprachen sich mit Entscheidlichkeit gegen das vom Eisenbahministerium vorgeschlagene Prämienystem aus und machten seine Annahme durch das Verschubpersonal von der Erfüllung der in der Resolution verlangten Änderungen abhängig. Dabei konnten viele Redner ihre Ausführungen auch mit Angaben über die bisherigen Resultate der probeweisen Einführung der Prämie unterstützen. So gab es einerseits Stationen, wo auf den Verschubmeister 6 Kr. Prämie im Monat entfielen, anderseits aber auch welche, wo die Prämie bis 40 Kr. anstieg. Der Delegierte von Stadlau zum Beispiel berichtete, daß dort in fünf Monaten der Prämienturmschnitt 20 Kr. monatlich betrug, wobei als Maximalprämie nur 30 Kr. ausbezahlt wurden, während der rechnerische Prämienanteil 34 und mehr Kronen ausmachte. Die Debatte bewies, wie tief begründet die in der vorgeschlagenen Resolution gestellten Forderungen sind, und daß sie das Minimum dessen sind, was vom Verschubpersonal bezüglich des Prämienystems verlangt werden muß.

Es sprachen noch die Genossen A. Müller und Brodecky. Der erste Redner führte aus: Die Aufgabe, zu deren Lösung wir uns hier versammelt haben, kann man, ohne Übertriebung, eine geschilderte nennen, denn sie wird ohne Zweifel für die weitere Entwicklung der Lage des Verschubpersonals von ganz besonderer Bedeutung sein. Wir dürfen aber in unserer Entschlossenheit zu dieser, für das Verschubpersonal so wichtigen Frage daran nicht vergessen, daß das Verschubpersonal nur ein Teil eines großen Ganzen ist, daß die Lage und die Bedürfnisse dieser Kategorie nur im Zusammenhang mit der Lage des gesamten Personals betrachtet werden können, und daß schließlich die Bedingungen für den Kampf des Verschubpersonals um die Verbesserung seiner schweren Lage von der allgemeinen Lage bestimmt werden. Redner wendet sich dann der Schilderung dieser Lage zu, die durch Teuerung und Kriegsgefahr einerseits und durch Verbrauch des Staatsrechtes und Anebteilung der Pressefreiheit anderseits, charakterisiert ist. Wie schwer aber auch die Lage ist, sie bietet doch noch genug Mittel und Wege, um die dringenden Forderungen des Personals durchzuführen, wenn dieses Personal stark in seiner Einigkeit und stark in seinem Willen ist.

Nach dem Schlußworte des Referenten Genossen Neidinger wurde mit allen gegen eine Stimme nachstehende Resolution angenommen:

Die am 11. Dezember 1912 in Wien X, Arbeiterheim, tagende Reichskonferenz des Verschubpersonals aller Bahnen Österreichs erklärt, daß das vom Eisenbahnministerium zur Einführung beabsichtigte Verschubprämienystem in keinerlei Weise geeignet erscheint, den billigsten Wünschen des Verschubpersonals Rechnung zu tragen. Das vorliegende System hat eine Reihe schwerer Mängel, die für das Verschubpersonal große Nachteile und Schädigungen zur Folge haben werden. Vor allem bildet der Umstand eine schwere Gefahr, daß im vorliegenden System in keiner Weise ein entsprechender Mindestverdienst garantiert erscheint. In zweiter Linie ist das Personal von jeder Einstufnahme und Kontrolle über die Handhabung dieses Prämienystems ausgeschlossen. Die Konferenz fordert daher mit allem Nachdruck, daß

1. jedem am Prämienystem interessierten Verschubbediensteten ein monatlicher Mindestverdienst von 15 Kr. als garantierte Minimalprämie gewährt wird;

2. daß in jeder Station amtlich gewählte Vertrauensmänner des Verschubpersonals zur Berechnung und Kontrolle der Prämien herangezogen werden;

3. die Nachtdienstzulagen sind neben der Mindestprämie als garantierter Nebenbezug sicherzustellen;

4. für die Platzmeister, Verschubaufseher, Oberbeschicker und Beschicker sind die Anteile gleich zu bemessen;

5. im Regulativ des Prämienystems ist festzulegen, daß nicht nur „Passiposten“, sondern auch „Plusposten“ der Prämien der Prämienrechnung für den folgenden Monat zu übertragen sind;

6. die ins Verdienen gebrachten Prämien sind stets am 15. des nachfolgenden Monates zur Auszahlung zu bringen;

7. falls das in Rede stehende Prämienystem mit irgend welchen neuen Ausgabeposten belastet würde, welche derzeit nicht vorgesehen sind, so sind die Einheitsätze dementsprechend zu erhöhen.“

Ferner wurde beschlossen:

Besuch antrag I: Die Reichskonferenz des Verschubpersonals aller Bahnen Österreichs fordert mit allem Nachdruck, daß dem Verschubpersonal der Südbahn neben der bestehenden Verschubzulage von monatlich 12 Kr. und selbstverständlich auch der Nachtdienstzulage, der garantierte Mindestverdienst von 15 Kr. gewährt wird.

Besuch antrag II: Auch bei der B. G. B. sind im Falle der Einführung der Verschubprämie die heute ausgebahlten Verschubpauschale und Nachtdienstzulagen neben der Minimalverschubprämie von 15 Kr. auszuzahlen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung — Die anderthalbsäcige Anrednung der Dienstzeit — erstattete Genosse Kneidinger als Mitglied des Provisionsfondsausschusses das Referat. Er begründet noch einmal diese alte und äußerst berechtigte Forderung des Verschubpersonals und führt die Widerstände an, die sich bisher ihrer Erfüllung entgegenstellten haben. Zu den wichtigsten unter ihnen gehört wohl der Umstand, daß selbst Eisenbahnminister oft von den Gefahren des Verschubdienstes keine Ahnung haben und genugt sind, diese Forderung als im Dienste nicht begründet zu betrachten, wie dies zum Beispiel der ehemalige Eisenbahnminister Weba getan hat. Seither hat sich der Standpunkt des Eisenbahnministeriums etwas geändert, was wohl nicht zuletzt als Verdienst des Provisionsfondsausschusses und der Organisation zu buchen ist. Der Provisionsfondsaußschuss hat in dieser Sache beim Hofrat Dr. Pollak wiederholt vorgebracht, ihm Anträge vorgelegt und sich über deren Erledigung erkundigt. Hofrat Pollak erklärte immer, die Sache sei schon in Bearbeitung, leider aber mußten wir nach dem Ableben des Hofrates Pollak erfahren, daß in der Angelegenheit fast nichts geschehen ist. Der Nachfolger des Hofrates Pollak hat uns empfohlen, die Sache nochmals vorzubringen. Am 5. Juni d. J. ist ein bezüglicher Antrag neuerdings durch den Ausschuß eingebrochen worden; wir haben mit unserer Forderung selbst beim Herrn Eisenbahnminister Verständnis gefunden und hoffen, daß jetzt, nachdem die Urlaubsszeit im Eisenbahnministerium vorbei ist, die Angelegenheit rasch zu unseren Gunsten erledigt werden wird.

Nach einer kurzen Debatte wurde der Bericht des Ge-
nossen Kneidinger von der Konferenz zur Kenntnis ge-
nommen.

Zum Punkt: „Die übrigen Forderungen des Verschubpersonals“ referiert Genosse Deder. Wir haben uns immer — sagt Redner — vom Grundsatz leiten lassen, nur solche Forderungen zu stellen, deren Erfüllung dringend ist, und waren von jeher der Ansicht, daß man viel verlangen muß, um etwas zu bekommen. Wir müssen und wollen auch heute an dem Standpunkt festhalten, daß die Forderungen nur das absolute Notwendige zu enthalten haben. Unser wichtigste und unabdingliche Forderung ist: Verbesserung der Normierung. Wir verlangen für jede Lokomotive einen Platzmeister, einen Oberbeschicker und vier Beschicker. Ferner verlangen wir, daß der Verschubaufseherrang aufgezählt, der Oberbeschicker zur Unterbeamtenprüfung zugelassen und nach Maßgabe des Ranges zum Platzmeister ernannt werden soll. Dies sind Grundforderungen, ohne die unsere Kategorie an ein Fortkommen nicht denkt. Über eine Verbesserung der Normierung allein wird noch nicht Ordnung und Gerechtigkeit in unsere Dienstverhältnisse bringen. Es müssen noch dem üppig blühenden Protektionismus die Egiftengbedingungen genommen werden, und dies kann nur durch Einführung eines Rangstatus erreicht werden. Heute werden bei Besetzung von höheren Posten unter verschwiegender Begründung Protektionistin befördert; einmal ist frühere Stabilisierung, ein zweitesmal die Gehaltshöhe, ein drittesmal wieder das Dienstalter maßgebend — das hängt ganz von den auffälligen Bedingungen ab, denen das betreffende Protektionist entspricht. Es muß deshalb verlangt werden, daß die Besetzung von höheren Posten nach einem bestimmten Rangstatus geschieht.

In der Debatte führte Kneidinger aus: Wir müssen Normierung so vieler Posten verlangen, als für den Dienst notwendig sind. Wir müssen auch gegen die vorgezogene Provisionierung von durch Krankheit oder Unfall dienstunfähig ge-

wordenen Bediensteten auftreten. Dies wird auch vom Provisionsfondsaußschuß bekämpft, weil dieser Fonds unnütz belastet wird, wo der Provisionierte der Bahnverwaltung noch Dienst leisten könnte. Es sprechen noch die Delegierten von Wien II, Russe, Prag, Schrems, Aussig, Groß-Wosel, Krakau, Bodenbach, Leoben u. s. w.

Der Delegierte von Berlin bringt die begründete Beschwerde vor, daß Beschicker, welche die Oberbeschickerprüfung abgelegt haben, zur Unterbeamtenprüfung nicht zugelassen werden. Er stellt auch den Antrag, daß freie höhere Posten im Dienstreite ausgeschrieben und mit Gewährung von Überstiegsgebühren besetzt werden sollen.

Der Delegierte von Wien, St. E. G., führt an, daß den Wienern bei ihren Beschwerden wegen Normierung von Posten von Seiten der Direktionen immer geantwortet wird, daß in der Provinz zu viel Posten normiert sind und deshalb in Wien nicht mehr normiert werden können, während wir hier hören, daß den Bediensteten in der Provinz auf ihre Beschwerden unter Berufung auf die Übernormierung in Wien mit den gleichen Ausreden geantwortet wird. Diesem Zustand muß endlich gesteuert werden, er stellt daher den Antrag:

Alle Ortsgruppen haben cheftens an die Zentrale zu berichten, 1. wie viel normierte Posten unbesezt sind, 2. wieviel häufig verwendete Beschickerarbeiter aus Mangel zu normierten Posten nicht ernannt werden und 3. wie viele auf höheren Dienstposten zum Beispiel als Oberbeschicker, Verschubaufseher oder Platzmeister ohne Ernennung in der Kategorie Dienste leisten.“

Genosse Müller gibt zur Aufführung an, daß dieses Material den Ortsgruppen bereits überlangt wurde, aber von diesen nicht in genügend Weise eingelangt ist. Wir werden es deshalb nochmals den Ortsgruppen zur Pflicht machen müssen, das gewünschte Material zu senden. Nach dem Schlußwort des Genossen Deder wurden die gestellten Anträge zum Beschuß erholet.

Beim Punkt „Eventuelles“ ergriff Genosse Müller das Wort, um über Ausbau und Stärkung der Organisation zu sprechen. Redner weist insbesondere auf die große Bedeutung des Vertrauensmännerstums hin und auf die Erfolge, die das Verschubpersonal dem Vertrauensmännerstum bereits zu verdanken hat und fordert die Delegierten auf, in ihren Stationen mit ganzer Kraft sich dem weiteren Ausbau dieses Systems zu widmen.

Mit einigen anfeuernden Worten schloß dann der Vorsitzende Genosse Schwab um 7 Uhr abends die in jeder Hinsicht bedeutsame Konferenz.

Wien IX (Ausserruhr und) Am 17. und 19. Dezember fanden im Vereinslokal zwei Kategorienversammlungen statt, und zwar von den Wagenpukern und den Lampisten sämtlicher in Wien einlaufenden Bahnen, die als ersten Punkt der Tagesordnung ihre „Lage“ und als zweiten Punkt den „Ausbau des Vertrauensmännerstums“ eingehend berichten. Zu beiden Versammlungen wurde Genosse Smoboda von der Zentrale delegiert. Beide Versammlungen verliefen sehr interessant und wurde nach den treffenden Ausführungen des Genossen Smoboda beschlossen, so rasch als möglich den Ausbau des Vertrauensmännerstums zu betreiben. Die Abreisen der Vertrauensmänner sind an den Obmann der Ortsgruppe IX, Genosse Konstantin Kneidinger, Wien IX, Franz-Josefs-Bahnhof, zu senden.

Wiener-Reintal. Am 3. Dezember tagte im Arbeiterheim eine allgemein zugängliche Versammlung, in welcher Genosse Weigl über „Das Koalitionsrecht und die Eisenbahn“ referierte.

Brud a. d. Mur. Am 17. Dezember sprach hier in einer Versammlung Genosse Gohsler, am 19. Dezember Genosse Scherbaum. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht.

Aus den Organisationen.

Marburg II. Jene Mitglieder der Ortsgruppe, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden, wenn sie nicht ihrer Anrechte verlustig werden wollen, dringendst erachtet, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Bissach I. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags in Unterlasser's Gasthaus eine Diskussion stattfindet. Gleichzeitig werden die Mitglieder erachtet, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an die Mitglieder des Ausschusses abzugeben.

Verschiedenes.

Gewalt und Betrug.

Im Altertum überfielen die Krieger mit ihren Führern die Einwohner eines Landes, unterwarfen sie und plünderten sie aus. Und alle teilten sich in die Beute nach dem Maße ihrer Tapferkeit und Grausamkeit, und jedem Krieger war es klar, daß die Gewalttaten, die er verübt, für ihn von Vorteil seien. Heute überlassen die bewaffneten Menschen, die hauptsächlich der Arbeiterklasse entnommen sind, wahllose Menschen, streitende Arbeiter, Aufrührer oder die Bewohner fremder Länder, unterwerfen sie und plündern sie, das heißt zwingen sie, den Ertrag ihrer Arbeit abzugeben. Aber das tun sie nicht für ihren eigenen Vorteil, sondern für Menschen, die nicht einmal selbst mitkämpfen. Der Unterschied zwischen den Erzählern des Altertums und den heutigen Herrschenden besteht darin: Jene Erzähler überfielen selbst mit ihren Kriegern wahllose Menschen, und im Falle, daß diese sich widersetzen, marterten und mordeten sie selbst. Die heutigen Herrschenden aber bringen die Martern und Morde an wahllosen Menschen nicht selbst zur Ausführung, sondern zwingen betrogene und eigens zu diesem Zweck verirrte Menschen, das zu tun, Menschen, die in vielen Fällen eben dem Volke entnommen sind, das sie vergewaltigen müssen. So daß früher es noch persönliche Anstrengungen zur Ausführung der Gewalttaten bedurfte: der Tapferkeit, Grausamkeit, Gewandtheit der Erzähler selbst; die heutigen Gewalttaten werden aber durch Betrug verübt. Leo Tolstoi in: „Moderne Slaven“.

Blutsteuern für die Völker. Man schreibt uns aus London: Das bekannte Londoner volkswirtschaftliche Wochenschrift „Economist“ enthält eine schätzungswise Berechnung der bisherigen Kosten des Balkankrieges für die beteiligten Staaten. Das Blatt berechnet die durchschnittlichen Kosten eines Soldaten per Tag auf 10 Schilling und kommt auf dieser Grundlage zu dem folgenden Ergebnis:

Bulgarien	300.000 Soldaten	47 Kriegstage	7.050.000 Pfld. Sterl.
Serbien	200.000	47	4.700.000
Griechenland 150.000	" 64	"	4.800.000
Montenegro 40.000	" 56	"	1.120.000
Türkei	400.000	64	12.800.000

Summa: 1.090.000 Soldaten 30.470.000 Pfld. Sterl.

Einschließlich der Mobilisationskosten und der Kriegskosten während des Balkenkrieges belaufen sich die unmittelbaren Kriegskosten der fünf Staaten schon bisher auf 85 Millionen Pfund Sterling (über 700 Millionen Mark). In dieser Berechnung sind jedoch die gewaltigen wirtschaftlichen Schäden, die die fünf Nationen durch den Krieg erlitten haben, selbstverständlich nicht einbezogen.

Zehn Gebote für Diskussionsredner. Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrage folgt, soll Aussprache, Meinungs austausch der Versammlungsteilnehmer über den behandelten Gegenstand sein, denselben nach allen Seiten hin klar legen und die Versammlung zu einem bestimmten Willensentschluß hinleiten.

Hieraus ergeben sich für die Diskussionsredner eine Reihe von Anforderungen, die er streng zu beachten hat.

1. Rede nur, wenn du weißt, wenn du dir klar bist über das Was und Wie dessen, was du vorbringen willst. Ohne dem blamierst du dich und belästigst die Versammlung. Nur der ist verpflichtet zu reden, der was zu sagen hat.

2. Sprich zur Sache! Höre aufmerksam auf das Referat und spreche dich darüber aus. Durch unsachliche und nebenstehende Diskussionsreden werden in der Regel die Versammlungen in die Länge gezogen und ihr Zweck vereitelt.

3. Greife bestimmte Punkte aus dem Vortrage heraus. Säue dich, über alles Vorgebrachte reden zu wollen. Das ist Sache eines Korreferenten. Lieber einzelne Punkte läßt sich in Sache etwas Neues sagen, über alles kann man in der Diskussion nur schwatzen.

4. Werberolle nicht bereits Gesagtes. Habe den Mut, aufs Wort zu verzichten, wenn du bereits auf der Rednerliste stehst und deine Vorträge dir den Stoff weggenommen haben. Du vergißt die dadurch gar nichts, sondern gewinnst in den Augen des denkenden Versammlungsteilnehmers.

5. Mach es kurz! Keine lange Einleitung, direkt aufs Ziel los, präzise Ausführung dessen, was man sagen will, das gibt der Diskussionsredner die Würze. Wenn dir auch eine längere Redezeit garantiert ist, suche dich immer kurz zu lassen.

6. Halte keine Rüttelrede! Mit persönlichem Beobachtungen und Erfahrungen trägst du immer mehr zur Klärung der Sachlage bei, als wenn du nur Erfahrungen oder gar nur Rüttelrede aus Zeitungen, Büchern und Ausprüchen von Rednern vorlegst.

7. Rede nicht im „Ich“-Stile! Man kann persönliche Erfahrungen zum besten geben, ohne in den leidigen, die Zuhörer schrecklich anmindernden Ton zu versetzen: „Ich habe dies und jenes gesehen“; „ich bin der und der Art“; „ich habe dies und jenes erlebt“; „ich habe dies und jenes getan“ u. s. w. Die Redner im „Ich“-Stile werden bald nicht mehr ernst genommen.

8. Vorbereite nicht heraus! Man hat dir nicht das Wort erteilt damit du deine Witze an dieser oder jener anwesenden oder nicht anwesenden Person ausleben kannst. Du hast die Art deines Redens dem höheren Zweck der Versammlung unterzuordnen. Wie oft war das aufreizende Benehmen eines einzigen Diskussionsredners Ursache von Nadauszenen und Versammlungsaufzehrungen! 9. „Ich habe gesprochen“ oder „dies meine Aussicht“ sind höchst überstürzte Redensarten, die mancher Diskussionsredner mit zäher Ausdauer anwendet. Weg damit! Wer nichts mehr weiß und keinen wirkungsvollen Schlussatz findet, der höre ohne Weiteres zu sprechen auf.

10. Rede nicht immer! Viele Diskussionsredner meinen, sie müßten immer in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit reden. Sie erreichen damit, daß über kurz oder lang die Versammlung aufgeweckt, wenn sie das Rednerpult besteigen. Natürlich, der wieder“; „muß auch seinen Senf dazu tun“ u. s. w.

An unsere Vertrauensmänner, Kassiere und Kolportenre des Eisenbahner-Tischkalenders 1913

Hiermit bringen wir zur Kenntnis, daß der deutsche Kalender bereits vergriffen ist und erlauben alle unsere Verbraucher, die noch unverkauften Kalender zu kaufen und keine Aussicht auf Absatz haben, uns dieselben eheständig retour zu senden, damit wir die bei uns erzielenden Bestellungen effektuieren können. Wir machen ausserdem, daß wir nur die uns bis Ende Jänner retournierten Kalender zurücknehmen und auf der Bezahlung aller ab 1. Februar an uns angelegten Exemplare bestehen müssen. Diese Maßregel wird streng durchgeführt, weil wir heute die Möglichkeit haben, die Kalender bis auf das letzte Exemplar anzubringen, was früher nicht mehr der Fall sein wird.

Die Auflage des polnischen Kalenders ist noch nicht erschöpft, und Genossen, die polnische Kalender benötigen, wollen Bestellungen einenden. Weiters bringen wir hiermit in Erinnerung, daß mit dem 1. Jänner die mit dem Kalenderanlauf verbundene Lebenversicherung ins Leben tritt. Jeder Abnehmer, der unser Jahrbuch gekauft und bar bezahlt hat, erhält ohne jede Formalität bei einer Berungslücke im Eisenbahndienst, die den Tod im Kalenderjahr zur Folge hat, 200 Kronen ausbezahlt. Die einzige Bedingung, die daran gefügt wird, ist die vollständige Bezahlung des Jahrbuches mit 1. Jänner 1913. Derjenige, welcher diesen Betrag nicht bar erlegt hat, wird bei einer Berungslücke leer ausgehen. Wir erlauben daher unsere Kolportenre, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu sorgen, dies den Kalenderläufern mitzuteilen, damit nicht der eine oder andere Genosse durch Selbstverschulden um seine Prämie gebracht wird. Die Genossen Kassiere werden daher erachtet, nur jene Polizei einzuladen, für welche der ganze Kalenderbetrag erlegt wurde. Es ergeht an die Genossen Kassiere das dringende Ersuchen, die einklassierten Gelder sofort mit faint der dazugehörigen Polizei an die Administration einzuladen.

Gleichzeitig machen wir die P. T. Ortsgruppenleitungen darauf aufmerksam, daß ein größerer Teil der Kassiere und Kolportenre, welche Vereinsabzeichen bestellten und erhalten, mit ihren Zahlungen noch immer im Rückstande sind. Wir erlauben daher die Obmänner und die geehrte Kontrolle, in ihren Ortsgruppen anzuordnen, damit die schon längst einklassierten Beiträge ihrer Bestimmung zugeführt werden.

Literatur.

Massentod! Preis 10 H. Eine Broschüre, die mit erschütternden Sätzen die Vernichtung der Volksgesundheit durch die Nachlässigkeit des Staates, des Landes und der Gemeinde aufzeigt und durch den klaren Hinweis auf die Berechtigung des Klassenkampfes auch als padende Agitationschrift mit gewißem Erfolg (auch unter Frauen) verwendet werden kann. Zu beziehen durch die Kolportenre und die Volksbuchhandlung, Wien, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 18.

Der Strom, herausgegeben und redigiert von E. Perstorfer, Stefan Grohmann und Arthur Rundt. In der Dezembernummer veröffentlicht Gerhart Hauptmann einen Aufsatz: „Duldamkeit“, Herbert Eulenberg

Vereinsabzeichen

Wir bringen den Or

verkündet in einem Gedicht: „Wie ich gespielt sein möchte“, Thaddäus Mitterer, der in der letzten Zeit vielgern unter befreit. Peter Altenberg mit zwei Stücken: „Schönheit“ und „Ich aber sage Euch“, Wilhelm Schmidtbonn steuert eine Legende: „Heinrich Krauenloß stirbt“, bei Hermann Eising eine Erzählung: „Mehr, Mehr!“, O. M. Fontana einen Aufsatz: „Theaterglück“, und Walter Fürst, ein junger Maler, spricht über die Dekorationen am Theater. Des ferner sind erwähnenswert die Beiträge von Arthur Rundt: „An die Komödianten“, von Berthold Viertel: „Vorlesungen zur Gerhart Hauptmann-Feier“, von Andersen Negro: „Legate“, Union Wildgang und Hans Margulies sind mit Gedichten vertreten, während die kleinen Märchen von Eugen Heltai zweifellos einen weiten Leserkreis interessieren werden. Hat der „Strom“ bis jetzt als Bildbeilage in jeder Nummer ein Dichterporträt veröffentlicht, so enthält dieses Heft eine Beilage in vierfarbendruck, eine Dekoration zur Roszkowschen Posse: „Kampl“. Das Jahresabonnement des „Strom“ kostet 3 Kronen 50 Heller, das Einzelheft 40 Heller. Probenummern versendet der Verlag (Deutschheld u. Comp., Berlin W 15) auf Wunsch gratis und franko.

Eingesendet.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Vilau der V. Eisenbahner-Lotterie „Flugtag“.

Ginnahmen:	Kronen
139.124 Kr. à 1 Kr.	139.124
Ziehung Lisen und Zinzen	4.290,86
Übereinkommungen	191,12
Ausgaben:	143.605,98
Staatliche Gebühren	856,36
Vertriebsprovision	26.961,50
Gehalte der Angestellten	13.091,27
Nominierung der Angestellten	2.200,—
Reklame	453,—
Druck der Lose und sonstigen Drucksachen	5.956,78
Post- und Postkartenspesse	19.684,99
Kosten der Ziehung	210,—
Mietzins, Tanzleipesen und Schreibarbeiten	8.606,52
Treter	4.808,90
Übereinkommungen	5.355,36
Neinertrag	55.391,30

Wien den 3. Dezember 1912.

R. Weigel
Obmann
des Lotterieausschusses.

A. Srb
Lotterieleiter.

Nervenernährung. Ein neues Präparat gegen Nervosität erregt zurzeit brechtiges Aufsehen. Bekanntlich wird das Leцитin seit Jahren von den Ärzten zu einer rationellen Nervenernährung verordnet, da die Nervensubstanz und besonders das Gehirn große Mengen Leцитin zur Verarbeitung benötigen. Die bekanntesten Nervenpräparate enthalten aber so geringe Mengen Leцитin, daß die Zufuhr großer Quantitäten solcher Präparate erforderlich war, um den Nerven das zur Ernährung und zum Aufbau erforderliche Leцитin zu ersorgen; denn unser Nervenaufwand an Leцитin ist bei der Ueberanstrengung des Geistes und der Erfüllung der beruflichen Pflichten von heute ein viel größerer als die Leцитinhinzuflöhr durch die täglichen Nahrungsmittel. Die neueste Errungenschaft besteht nun darin, daß die Firma Gebr. Hiller, G. m. b. H. in Tetschen a. E., ein 70prozentiges Leцитinpräparat mit Natrium animi: posphat unter dem geschicklich geschützten Namen „Nervocyn“ in den Handel bringt, während die anderen besten Nervenpräparate in den günstigsten Fällen nur bis zu 10 Prozent Leцитin enthalten. Außerdem ist das im Nervocyn enthaltene Leцитin voll und ganz assimilierbar. Das ist sehr wichtig. Ärzte und Publikum bringen dieser neuen Errungenschaft Interesse entgegen und man sagt von dem Präparat, daß es eine der größten Erfindungen des Jahrhunderts wäre.

Versammlungsanzeigen.

Zu nächstenden Orten finden Versammlungen statt:
Gmünd. Am 12. Jänner um 1 Uhr nachmittags Generalversammlung im Vereinslokal. (Karl Haas in Unter-Wiendl.)
Teichstadt. Am 4. Jänner um halb 8 Uhr abends im Gasthaus „zum Steinbruch“.

Graz II. Am 4. Jänner um 8 Uhr abends im Hotel „zur Stadt Fürstenfeld“ Generalversammlung mit Vortrag.

Marchegg. Am 4. Jänner im Gasthaus Teutsch Vereinsversammlung.

Teplice. Am 5. Jänner um 8 Uhr abends im Restaurant „zum Spaten“.

Weißkirch. Am 5. Jänner um 8 Uhr abends im Vereinslokal.

Wolfsberg. Am 5. Jänner im Gasthaus Labi Versammlung im Vereinslokal.

Unzmarkt. Am 6. Jänner um halb 8 Uhr nachmittags im Saale des Konsumvereines in Unzmarkt. Vortrag über die Verkehrsgegenständliche Unfallversicherungsanstalt.

Tannwald. Am 6. Jänner Generalversammlung im Vereinslokal.

Göding. Am 5. Jänner um 8 Uhr nachmittags im Gasthaus „zur Krone“ in Göding Generalversammlung.

Auerbach. Am 5. Jänner um 8 Uhr nachmittags im Gasthaus „zum Vielatal“ in Gossler.

Innsbruck IV. Am 2. Jänner um halb 8 Uhr abends Generalversammlung im Arbeiterheim.

Jägerndorf. Am 6. Jänner um 2 Uhr nachmittags Generalversammlung im Arbeiterheim.

Selzthal. Am 6. Jänner um 8 Uhr abends in Gutmanns Gasthaus Generalversammlung.

Pilsen. Am 7. Jänner um 8 Uhr abends im Vereinslokal, Gasthaus Zuna. — Ausschüttung 20. Jänner um 8 Uhr abends.

Stauding. Am 12. Jänner um 8 Uhr nachmittags im Restaurant „zur Nordbahn“ Generalversammlung.

Purkersdorf-Tenzing. Am 10. Jänner um halb 8 Uhr abends in Purkersdorfer Gasthaus, XIII, Reindlasse 11, Versammlung des Wächterpersonals.

Hainfeld. Am 19. Jänner um halb 4 Uhr nachmittags Generalversammlung in Beckmeiers Gasthaus.

Sprechsaal.

Eisenbahner-Taschenkalender 1913.

Hiermit bringen wir zur Kenntnis, daß der deutsche Kalender bereits vergriffen ist und ersuchen alle unsere Verkäufer, die noch unverkaufte Kalender besitzen und keine Aussicht auf Absatz haben, uns dieselben ehe baldigst retour zu senden, damit wir die bei uns erzielenden Bestellungen effektuieren können. Wir machen aufmerksam, daß wir nur die uns bis Ende Jänner retourrierten Kalender zurücknehmen und auf der Bezahlung aller ab 1. Februar an uns angelangten Exemplare bestehen müssen. Diese Maßregel wird streng durchgeführt, weil wir heute die Möglichkeit haben, die Kalender bis auf das letzte Exemplar anzubringen, was später nicht mehr der Fall sein wird.

Die Auslage des polnischen Kalenders ist noch nicht erschöpft, und Genossen, die polnische Kalender benötigen, wosfern Bestellungen einsenden. Weiters ersuchen wir alle Abnehmer, die verkaufen Exemplare bis 31. Dezember zu bezahlen, da nach diesem Datum die Sicherung in Kraft tritt und nur dann als vollzogen betrachtet werden kann, wenn der Betrag bei uns eingelaufen ist.

Zur Nachricht!

Das Arbeiterausschussmitglied der I. I. Staatsbahndirektion Wien gibt folgende Adresse bekannt: Wien XVII, Hallerstraße 19, Tür 7.

Offene Anfragen.

An die I. I. Direktion der St. C. G. in Wien.

Vor kurzem erschien in Wien, St. C. G., eine Kurzrede über den Bezug von Brennstoffen, wo angeordnet wird, daß

an Regelschule kein größeres Quantum als 0,2 Tonnen abgegeben werden darf. Motiviert wurde diese Einschränkung durch den gegenwärtigen Mangel an Kohle. Trotz der Kurzrede und dem angeblichen Mangel hat man dem Herrn Regierungsrat Hirth 2 Tonnen Kohle ausgesetzt. Sollte dieser Dienstbefehl nur für die niederen Beamten und Bediensteten Gültigkeit haben oder wurden die 2 Tonnen Kohle aus Unkenntnis der herausgegebenen Vorschrift Herrn Hirth zugewiesen?

Briefkasten der Redaktion.

Franz Ernst, Weißendorf. Obwohl uns Ihre sogenannte § 19-Berichtigung in dieser trostlosen Zeit einige recht heitere Stunden bereitete, haben wir keinen Anlaß sie abzudrucken. Wir stellen also daraus gerne fest, daß Sie nicht „Hauptling“ des Veteranenvereins sind, sondern zum „Obmann des Militär-veteranenvereines Weißendorf-Umgebung unter dem Protektorat Sr. f. u. f. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl Franz Josef zum zweitenmal einstimig gewählt wurden“. Sie brauchen deshalb aber nicht gründenwahnhaft zu werden und vor Angst zerspringen, wenn die Welt sich deshalb nicht in Ehrfurcht brucht. Lesen Sie daher öfters den schönen Vers:

Dort unten an der Erd
Sieht ein Veteran,
Der's nicht vergessen kann,
Doch er vor 25 Jahr
Bei die Hirschhabschi
Gemeiner war.

23. M. 31. Anonyme Zuschriften werden von uns nicht behandelt. Warum nennen Sie denn die Namen nicht? — J. G. Weißendorf. Sie rücken in die 1200 Kr. auf Grund des Härtenausgleichs am 1. Jänner 1914 vor. Auf die Kürzung auf Grund der Anstellung mit 600 bis 700 Kr. haben Sie keinen Anspruch, da die Wächter von dieser Begünstigung laut Erlass Zahl 36.123 vom 17. August 1911 unbedingt ausschlossen sind. — A. M. 29. Wenn Ihre Angaben richtig sind, rücken Sie in die 1100 Kr. am 1. Jänner 1913 vor.

Für den Inhalt der Inhalte übernimmt die Redaktion und Administration keine wie immer geartete Verantwortung.

Inferate

Für den Inhalt der Inhalte übernimmt die Redaktion und Administration keine wie immer geartete Verantwortung.



Billige Bettfedern und Daunen

1 Kilo grau geschlissen K 2,—, bessere K 2,40, hellweisse prima K 2,90, weisse K 4,—, prima dannerweiche K 6,—, hochreine K 7,—, 8,— und 9,—. Daunen grau K 6,—, 7,—, weisse prima K 10,—, Beuteflasche K 12,— von 5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfülligem roten, blauen, gelben oder weißen Inlett (Nanking), 1 Tuchant ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfkissen, jeder ca. 80 cm lang, 40 cm breit, genügend gefüllt mit neuen grauen, flauschigen und dauerhaften Bettfedern K 16,—, Halbdauen K 20,—, Dauenesdauer K 24,—. Einzelne Tuchanten K 10,—, 12,—, 14,—, 16,—, einzelne Kopfkissen K 3,—, 5,—, 7,—, Tuchante 200x140 cm gross K 12,—, 16,—, 18,—, 20,—, Kopfkissen 40x70 cm gross K 4,—, 6,—, 8,—. Untertuchante aus bestem Bettgrat 180x16 cm gross K 18,— und K 15,— vorsender von K 10,— an franco gegen Nachnahme oder Vorauszahlung.

Mux Berger in Deschenitz Nr. 249, Böhmerwald

Kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückverstattet wird. Hochhaltige illustrierte Preisliste aller Bettwaren gratis.

Versende Waffen aller Art

auf 10 Tage zur Probe
n. Ansicht. Einländer
Lancastergewehre
von K 20,—. Doppelbüchige
Lancastergewehre von K 24,—.
Hammerlussgewehre von K 70,—. Pfeilgewehre von K 6,—.
Revolver von K 6,—.
Pistolen von K 2,— aufw.— Reparaturen
schnell und billig. Illustrierte Preisliste
aller Waffen gratis. **F. Dusek, Waffenfabrik, Opava Nr. 2000,** an der Staatsbahn, Böhmen.

Strioner Rotwein
garantiert naturell, lieferbar zu 48 H. per Liter die Weingroßhandlung Naimund Kaudolin, Pola.

1500 Kronen!
zahle ich Ihnen, wenn meine Wurzelwurzel „Wialafalz“ Ihre Wurzelwurzen, Karotten, zwiebeln in drei Tagen nicht numerlos entfernt. Preis eines Ziegels mit Garantiebrief 1 Krone. **Kemény, Kaschau** 1. Postfach 12 115, Ungarn.

Sie werden reich!
so bis 30 Kr. täglich Verdienst, wenn Sie sich mit dem Verkauf meiner Neuerkeiten befassen. Auch als Nebenbeschäftigung. Gibt es Ihnen Export umso leichter. Wien VII, Neuwaldegg 187.

Nerven-Ernährung!

Ein neues Präparat gegen Nervosität erregt zurzeit brechtiges Aufsehen. Bekanntlich wird das Leцитin seit Jahren von den Ärzten zu einer rationellen Nervenernährung verordnet, da die Nerven und besonders das Gehirn grosse Mengen Leцитin zur Verarbeitung benötigen. Die bekanntesten Nervenpräparate enthalten aber so geringe Mengen Leцитin, daß die Zufuhr großer Quantitäten solcher Präparate erforderlich war, um den Nerven das zur Ernährung und zum Aufbau erforderliche Leцитin zu ersorgen; denn unser Nervenaufwand an Leцитin ist bei der Ueberanstrengung des Geistes und der Erfüllung der beruflichen Pflichten von heute ein viel größerer als die Leцитinhinzuflöhr durch die täglichen Nahrungsmittel. Die neueste Errungenschaft besteht nun darin, daß die Firma Gebr. Hiller, G. m. b. H. in Tetschen a. E., ein 70prozentiges Leцитinpräparat mit Natrium animi: posphat unter dem geschicklich geschützten Namen „Nervocyn“ in den Handel bringt, während die anderen besten Nervenpräparate in den günstigsten Fällen nur bis zu 10 Prozent Leцитin enthalten. Außerdem ist das im Nervocyn enthaltene Leцитin voll und ganz assimilierbar. Das ist sehr wichtig. Ärzte und Publikum bringen dieser neuen Errungenschaft Interesse entgegen und man sagt von dem Präparat, daß es eine der größten Erfindungen des Jahrhunderts wäre.

Unsere neueste Errungenschaft ist ein 70prozentiges Leцитinpräparat mit Natriumammoniumphosphat mit dem gesetzlich geschützten Namen

„Nervocyn“

das, wie durch Untersuchungen festgestellt wurde, voll und ganz assimiliert wird.

Ärzte und Publikum bringen dieser neuen Erfindung lebhafte Interesse entgegen, und man sagt von dem Präparat, daß es eine der größten Erfindungen des Jahrhunderts wäre.

Preis einer Dose K 3,20 in Apotheken und Drogerien.

Broschüre „Nerven-Ernährung“ von Dr. med. Kramer kostenfrei.

Fabrik: Gebr. Hiller, Ges. m. b. H., Tetschen a. E. 92



Die Heilung der Zuckerkrankheit

Broschüre von Dr. med. Richard Buck :: An Interessenten kostenfrei

Eine der verbreitetsten Krankheiten, welche in jedem Alter und in jedem Lande vorkommt, ist die Zuckerkrankheit. Die Anfangsscheinungen pflegen sich subjektiv in Müdigkeit, physiologische Verstimmungen und unregelmäßiges Stuhlgang und häutiglich im Durstgefühl zu zeigen. Im Begleit von Trockenheit und Jucken der Haut sowie Vermehrung der Harnmenge. Dr. Buck zeigt in seiner Broschüre einen ebenso einfachen wie sicheren Weg zur Heilung der Zuckerkrankheit, indem er das Hauptgewicht darauf legt, das Blut sowie die gesamten Körpersäfte auf die Höhe zu bringen und wieder normal zu gestalten, denn auf diese Weise allein wird die Leber in den Stand gesetzt, ihre natürlichen Säfte zu komplizieren und das die Zuckerverbrennung bewirkende Ferment zu bilden. Zu diesem höchst wichtigen Zwecke steht uns

Hillers Diabetiker-Nährsalz

zu Gebote, welches in seiner Zusammensetzung allen Ansprüchen zur Blutverbesserung gerecht wird. Es ist eine ideale Zusammensetzung mineralischer Salze nach den Quellen von Karlsbad, Kissingen, Neuenahr, jedoch regelmäßiger, nach wissenschaftlichen Erfahrungen, voll und ganz assimilierbar; ferner enthaltend sehr Kräuterextrakte aus Pflanzen, die als wertvolle Diabtes-Heilmittel rühmlich bekannt sind.

Hillers Diabetiker-Nährsalz erleichtert uns durch seinen billigen Preis einen ausgedehnten und nachhaltigen Gebrauch, es erspart uns kostspielige Badereisen, und wir können bei richtiger und anhaltender Verwendung nicht allein auf ein vorübergehendes Schwinden der Symptome, sondern auf eine dauernde Hebung des Lebens, somit auf rationelle Heilung hoffen. Es gibt dem Körper die normale elektrische Spannung, versieht die einzelnen Zellen mit der nötigen vitalen Energie, verleiht der Leber Kraft, den Zucker in Glykogen überzuführen und bringt überhaupt den gesamten Organismus wieder in natürlichen Stoffwechsel.

Preis einer Dose K 2.50 in Apotheken und Drogerien

Fabrik: Gebr. Hiller, G. m. b. H., Tetschen a. d. Elbe 92

OLLA-GUMMI

beste existierende Marke für Herren und Damen, per Dutzend 4, 6, 8 und 10 Kronen.
Neuheit für Herren
dauernd zu gebrauchen, per Stück 2 und 4 Kronen.

Fraenschutz, jahrelang haltbar, per Stück 3, 5 und 10 Kronen.
Preisliste der neuesten Schutzmittel, verschlossen, gegen 20 Mark.

J. GRUNER
Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E.
Adresse aufheben, es wird Sie nie reuen.

! Von Versatzämtern!

Modeulster von K 12,-, Winterulster, Herrenanzüge von K 14,-, Knabenanzüge, Ulster von K 9,-, Polzakko K 24,-, Modehose K 4,-, kleine Herren- und Damenschuhe, Tisch- und Bettwäsche K 5,-, Vorhänge K 8,-, Lainenwaren, Polz-Kolliers, alles in grösster Auswahl. Erstaunlich billig.
Goldstein, Kaisersstr. 40.

KAUFET WEBWAREN in SPY!

Verlangen Sie Probesendung per Nachnahme:
23 Meter erhabende Bettdecken-Spannseide „Mordorla“.
78 Centimeter breit, rote oder blaue Streifen . . . Nr. 10.60
23 Meter weiße Seide Hemdenwäsche „Kris“
1 Jugend weiße Leinen-Damast-Handtücher Nr. 7 . . . 6,-
von der Gebirgsweberei
Starek & Maohané, Spy Nr. 35
Adlergebirge (Böhmen).
Für Nichtpassendes Geld zurück. Diverse Neuheiten-Muster gratis!

Albert Kern, Graz, Unnenstraße 28.

Wetterkragen für Herren 9, 12, 15, 18 K
Winterulster 22, 30, 40 „
Raglan 28, 36, 44 „
Modeanzug 22, 30, 40 „

und auswärtig.

Anabenekleider staunend billig.

Eigene Abteilung für Maßbestellungen.

Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem P. T. Bahnpersonal sowie den beschäftigten Personalen der Werkstätten 5 Prozent Rabatt von den jeweils erachtlichen Preisen. — Illustrierte Kataloge und Muster gratis.

Wilhelm Beck & Söhne

k. u. k. Hoflieferanten

Wien VI, Hirschengasse 25

Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungssorten
Preiskurante gratis und franko
Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen)



Fertig gefüllte Betten

aus höchstdünnen rot, blau, gelben Spannseide, 1 Tuchfest, 180 cm lang, circa 120 cm breit, mit 2 Koffflächen, circa 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grau, feinfasigen, flauschigen Bettdecken 18 K. Dörfdecker 20 K. Dönen 24 K. einzeln Tuchfest 10 K. 12 K. 14 K. 16 K. Dörfdecker 3 K. 9 K. 6 K. 4 K. Tuchfesten, 200 cm lang, 120 cm breit, 13 K. 14 K. 16 K. 17 K. 18 K. 21 K. 22 K. 23 K. 24 K. 25 K. 26 K. 27 K. 28 K. 29 K. 30 K. 31 K. 32 K. 33 K. 34 K. 35 K. 36 K. 37 K. 38 K. 39 K. 40 K. 41 K. 42 K. 43 K. 44 K. 45 K. 46 K. 47 K. 48 K. 49 K. 50 K. 51 K. 52 K. 53 K. 54 K. 55 K. 56 K. 57 K. 58 K. 59 K. 60 K. 61 K. 62 K. 63 K. 64 K. 65 K. 66 K. 67 K. 68 K. 69 K. 70 K. 71 K. 72 K. 73 K. 74 K. 75 K. 76 K. 77 K. 78 K. 79 K. 80 K. 81 K. 82 K. 83 K. 84 K. 85 K. 86 K. 87 K. 88 K. 89 K. 90 K. 91 K. 92 K. 93 K. 94 K. 95 K. 96 K. 97 K. 98 K. 99 K. 100 K. 101 K. 102 K. 103 K. 104 K. 105 K. 106 K. 107 K. 108 K. 109 K. 110 K. 111 K. 112 K. 113 K. 114 K. 115 K. 116 K. 117 K. 118 K. 119 K. 120 K. 121 K. 122 K. 123 K. 124 K. 125 K. 126 K. 127 K. 128 K. 129 K. 130 K. 131 K. 132 K. 133 K. 134 K. 135 K. 136 K. 137 K. 138 K. 139 K. 140 K. 141 K. 142 K. 143 K. 144 K. 145 K. 146 K. 147 K. 148 K. 149 K. 150 K. 151 K. 152 K. 153 K. 154 K. 155 K. 156 K. 157 K. 158 K. 159 K. 160 K. 161 K. 162 K. 163 K. 164 K. 165 K. 166 K. 167 K. 168 K. 169 K. 170 K. 171 K. 172 K. 173 K. 174 K. 175 K. 176 K. 177 K. 178 K. 179 K. 180 K. 181 K. 182 K. 183 K. 184 K. 185 K. 186 K. 187 K. 188 K. 189 K. 190 K. 191 K. 192 K. 193 K. 194 K. 195 K. 196 K. 197 K. 198 K. 199 K. 200 K. 201 K. 202 K. 203 K. 204 K. 205 K. 206 K. 207 K. 208 K. 209 K. 210 K. 211 K. 212 K. 213 K. 214 K. 215 K. 216 K. 217 K. 218 K. 219 K. 220 K. 221 K. 222 K. 223 K. 224 K. 225 K. 226 K. 227 K. 228 K. 229 K. 230 K. 231 K. 232 K. 233 K. 234 K. 235 K. 236 K. 237 K. 238 K. 239 K. 240 K. 241 K. 242 K. 243 K. 244 K. 245 K. 246 K. 247 K. 248 K. 249 K. 250 K. 251 K. 252 K. 253 K. 254 K. 255 K. 256 K. 257 K. 258 K. 259 K. 260 K. 261 K. 262 K. 263 K. 264 K. 265 K. 266 K. 267 K. 268 K. 269 K. 270 K. 271 K. 272 K. 273 K. 274 K. 275 K. 276 K. 277 K. 278 K. 279 K. 280 K. 281 K. 282 K. 283 K. 284 K. 285 K. 286 K. 287 K. 288 K. 289 K. 290 K. 291 K. 292 K. 293 K. 294 K. 295 K. 296 K. 297 K. 298 K. 299 K. 300 K. 301 K. 302 K. 303 K. 304 K. 305 K. 306 K. 307 K. 308 K. 309 K. 310 K. 311 K. 312 K. 313 K. 314 K. 315 K. 316 K. 317 K. 318 K. 319 K. 320 K. 321 K. 322 K. 323 K. 324 K. 325 K. 326 K. 327 K. 328 K. 329 K. 330 K. 331 K. 332 K. 333 K. 334 K. 335 K. 336 K. 337 K. 338 K. 339 K. 340 K. 341 K. 342 K. 343 K. 344 K. 345 K. 346 K. 347 K. 348 K. 349 K. 350 K. 351 K. 352 K. 353 K. 354 K. 355 K. 356 K. 357 K. 358 K. 359 K. 360 K. 361 K. 362 K. 363 K. 364 K. 365 K. 366 K. 367 K. 368 K. 369 K. 370 K. 371 K. 372 K. 373 K. 374 K. 375 K. 376 K. 377 K. 378 K. 379 K. 380 K. 381 K. 382 K. 383 K. 384 K. 385 K. 386 K. 387 K. 388 K. 389 K. 390 K. 391 K. 392 K. 393 K. 394 K. 395 K. 396 K. 397 K. 398 K. 399 K. 400 K. 401 K. 402 K. 403 K. 404 K. 405 K. 406 K. 407 K. 408 K. 409 K. 410 K. 411 K. 412 K. 413 K. 414 K. 415 K. 416 K. 417 K. 418 K. 419 K. 420 K. 421 K. 422 K. 423 K. 424 K. 425 K. 426 K. 427 K. 428 K. 429 K. 430 K. 431 K. 432 K. 433 K. 434 K. 435 K. 436 K. 437 K. 438 K. 439 K. 440 K. 441 K. 442 K. 443 K. 444 K. 445 K. 446 K. 447 K. 448 K. 449 K. 450 K. 451 K. 452 K. 453 K. 454 K. 455 K. 456 K. 457 K. 458 K. 459 K. 460 K. 461 K. 462 K. 463 K. 464 K. 465 K. 466 K. 467 K. 468 K. 469 K. 470 K. 471 K. 472 K. 473 K. 474 K. 475 K. 476 K. 477 K. 478 K. 479 K. 480 K. 481 K. 482 K. 483 K. 484 K. 485 K. 486 K. 487 K. 488 K. 489 K. 490 K. 491 K. 492 K. 493 K. 494 K. 495 K. 496 K. 497 K. 498 K. 499 K. 500 K. 501 K. 502 K. 503 K. 504 K. 505 K. 506 K. 507 K. 508 K. 509 K. 510 K. 511 K. 512 K. 513 K. 514 K. 515 K. 516 K. 517 K. 518 K. 519 K. 520 K. 521 K. 522 K. 523 K. 524 K. 525 K. 526 K. 527 K. 528 K. 529 K. 530 K. 531 K. 532 K. 533 K. 534 K. 535 K. 536 K. 537 K. 538 K. 539 K. 540 K. 541 K. 542 K. 543 K. 544 K. 545 K. 546 K. 547 K. 548 K. 549 K. 550 K. 551 K. 552 K. 553 K. 554 K. 555 K. 556 K. 557 K. 558 K. 559 K. 560 K. 561 K. 562 K. 563 K. 564 K. 565 K. 566 K. 567 K. 568 K. 569 K. 570 K. 571 K. 572 K. 573 K. 574 K. 575 K. 576 K. 577 K. 578 K. 579 K. 580 K. 581 K. 582 K. 583 K. 584 K. 585 K. 586 K. 587 K. 588 K. 589 K. 590 K. 591 K. 592 K. 593 K. 594 K. 595 K. 596 K. 597 K. 598 K. 599 K. 600 K. 601 K. 602 K. 603 K. 604 K. 605 K. 606 K. 607 K. 608 K. 609 K. 610 K. 611 K. 612 K. 613 K. 614 K. 615 K. 616 K. 617 K. 618 K. 619 K. 620 K. 621 K. 622 K. 623 K. 624 K. 625 K. 626 K. 627 K. 628 K. 629 K. 630 K. 631 K. 632 K. 633 K. 634 K. 635 K. 636 K. 637 K. 638 K. 639 K. 640 K. 641 K. 642 K. 643 K. 644 K. 645 K. 646 K. 647 K. 648 K. 649 K. 650 K. 651 K. 652 K. 653 K. 654 K. 655 K. 656 K. 657 K. 658 K. 659 K. 660 K. 661 K. 662 K. 663 K. 664 K. 665 K. 666 K. 667 K. 668 K. 669 K. 670 K. 671 K. 672 K. 673 K. 674 K. 675 K. 676 K. 677 K. 678 K. 679 K. 680 K. 681 K. 682 K. 683 K. 684 K. 685 K. 686 K. 687 K. 688 K. 689 K. 690 K. 691 K. 692 K. 693 K. 694 K. 695 K. 696 K. 697 K. 698 K. 699 K. 700 K. 701 K. 702 K. 703 K. 704 K. 705 K. 706 K. 707 K. 708 K. 709 K. 710 K. 711 K. 712 K. 713 K. 714 K. 715 K. 716 K. 717 K. 718 K. 719 K. 720 K. 721 K. 722 K. 723 K. 724 K. 725 K. 726 K. 727 K. 728 K. 729 K. 730 K. 731 K. 732 K. 733 K. 734 K. 735 K. 736 K. 737 K. 738 K. 739 K. 740 K. 741 K. 742 K. 743 K. 744 K. 745 K. 746 K. 747 K. 748 K. 749 K. 750 K. 751 K. 752 K. 753 K. 754 K. 755 K. 756 K. 757 K. 758 K. 759 K. 760 K. 761 K. 762 K. 763 K. 764 K. 765 K. 766 K. 767 K. 768 K. 769 K. 770 K. 771 K. 772 K. 773 K. 774 K. 775 K. 776 K. 777 K. 778 K. 779 K. 780 K. 781 K. 782 K. 783 K. 784 K. 785 K. 786 K. 787 K. 788 K. 789 K. 789 K. 790 K. 791 K. 792 K. 793 K. 794 K. 795 K. 796 K. 797 K. 798 K. 799 K. 800 K. 801 K. 802 K. 803 K. 804 K. 805 K. 806 K. 807 K. 808 K. 809 K. 8010 K. 8011 K. 8012 K. 8013 K. 8014 K. 8015 K. 8016 K. 8017 K. 8018 K. 8019 K. 8020 K. 8021 K. 8022 K. 8023 K. 8024 K. 8025 K. 8026 K. 8027 K. 8028 K. 8029 K. 8030 K. 8031 K. 8032 K. 8033 K. 8034 K. 8035 K. 8036 K. 8037 K. 8038 K. 8039 K. 8040 K. 8041 K. 8042 K. 8043 K. 8044 K. 8045 K. 8046 K. 8047 K. 8048 K. 8049 K. 8050 K. 8051 K. 8052 K. 8053 K. 8054 K. 8055 K. 8056 K. 8057 K. 8058 K. 8059 K. 8060 K. 8061 K. 8062 K. 8063 K. 8064 K. 8065 K. 8066 K.